

Ercheint täglich außer Montags.
Preis prämienfrei: Viertel-
jährlich 2.50 Mark, monatlich
1.10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei
in's Haus. Einzelne Nummer
5 Pf. Sonntags-Nummer mit
Illustr. Sonntags-Beilage „Neue
Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement:
3.00 Mk. pro Quartal. Unter Kreuz-
band: Deutschland u. Österreich:
Ungarn 3 Mk., für das übrige
Ausland 3 Mk. pr. Monat. Einget.
in der Post-Verwaltungs-Verwaltung
für 1895 unter Nr. 7128.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Freitag, den 8. November 1895.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Morgenluft.

Johann Jacoby, das Mensch gewordene Rechtsprinzip, der Schüler und Landsmann Kant's, des Apfels der reinen Vernunft und der idealen Menschlichkeit, sprach vor 29 Jahren inmitten der wilden Orgien des Chauvinismus, die dem Krieg von 1866 folgten und den Krieg von 1870/71 einleiteten — zu Arbeitern das denkwürdige Wort: „Die Gründung des kleinsten Arbeitervereins ist eine größere That als die Schlacht von Königgrätz.“

Das Wort ist oft erwähnt worden und fein gebildeter Mensch bestreitet dessen Wahrheit.

Deute können wir ähnlich sagen: die Ablehnung der eidgenössischen Militärvorlage durch die Mehrheit des schweizer Volks ist eine größere That, als alles, was das monarchische, in Waffen lirkende Europa auf tausend blutgedüngten Schlachtfeldern geleistet hat.

Nicht, daß wir den von dem schweizer Volk verworfenen Gesetzesvorschlag durchaus mißbilligten. Wir haben wiederholt erklärt, daß er nach manchen Richtungen hin Verbesserungen enthielt. Aber gerade das erhöht die Bedeutung der Kulturthat des 8. November. Das schweizer Volk hat sich durch diese unsehbaren Verbesserungen in technischer Hinsicht nicht von dem eigentlichen Kernpunkt der Frage ablenken lassen: es hat mit richtigem Instinkt herausgefunden, daß in dem Entwurf, trotz all seiner fadischen Vorzüge, der Keim des Militarismus verborgen war. Und dieser Keim, der sich zu einer die Freiheit und Wohlfahrt der Eidgenossenschaft bedrohenden Macht hätte entwickeln können, ist am 8. November von dem wachsamsten, durch Deutschlands Beispiel gewigten schweizer Volke zertreten worden. Es war ein Sieg des demokratischen Gedankens, es war ein Volksgesicht. So nennt es auch das Hauptorgan der schweizerischen Demokratie, die „Zürcher Post“, welche in ihrer vorgestrigen (Dienstags-) Nummer, am Tage nach der Abstimmung, also schreibt:

Nicht über die Zentralisation der Militärverwaltung hat gestern das schweizer Volk entschieden — sein wichtiges Mißtrauensvotum galt den Symptomen eines keimenden Militarismus in unserer Armee. In langen Jahren hat der Groll gegen und demokratische Zustände in unserer Milizheer sich langsam festgesetzt, kaum beachtet von den leitenden Personen oder mit einem Achselzucken abgethan. Keine Gelegenheit hat sich dem Volk seit 1874 geboten, sich über seine Heeresverrichtungen auszusprechen; gestern war sie da und sie ist gründlich ausgenutzt worden. Die 70 000 Mehr-Stimmen der verwerfenden Majorität und die Dreiviertelmehrheit der verneinenden Stände haben mit kräftiger Hand den Schleier von der Volksseele weggerissen und Wenige nur können sich rühmen, so viel Groll und Jörn darin gehabt zu haben.

Es war ein Volksgesicht; sein Urtheil zu begründen, bedarf es nicht vieler Worte. Unser Volk will wehrhaft sein, aber auf seine Art; es will, daß auch die

Einrichtungen seines Heeres den politischen Einrichtungen, die es sich in langen, zähen Kämpfen geschaffen, entspreche. Das haben die Führer mißachtet. Sie bildeten das Heer einseitig militärisch aus, von den stehenden Heeren die Grundsätze holend und mit diesen all die und demokratischen Gebräuche, die mit einer zweijährigen oder dreijährigen Dienstzeit hinter den Kasernenmauern geübt, für das Zivilleben der Leute bloß die Bedeutung einer unliebsamen Erinnerung haben, bei unserer kurzen Instruktion aber und dem viel engeren Zusammenhang von Zivill und Militär zum Angelpunkt der Beurtheilung des ganzen Systems geworden sind.

In Bern hat man die Klagen über schlechte Behandlung der Mannschaft, über das Gigerlthum der Offiziere, über Prekariat und dergleichen als natürliche Begleiterscheinungen jedes Wehrwesens aufgeföhrt; man gab sich keine Mühe, den Ursachen nachzuforschen, man handelte von Fall zu Fall, langsam und langsam, verdrücklich über die unangenehmen Geschichten, gab widerwillig zu, wenn eine Beschwerde begründet war und posante jeden unbegründeten Fall demonstrativ in die Welt hinaus. Die verschleppten Untersuchungen gegen Gertsch — (den bekannten Verleumder des Milizheeres, A. d. W.) — sind typische Beispiele dieser verkehrten Auffassung; ist doch, so gefährlich es war, die neueste Gertsch-Affäre nicht vor der Abstimmung zu Ende geführt, sondern über den 8. November hinausgezerrt worden.

Der unglückliche preussische Standpunkt, im Zweifel jede Beschwerde für unbegründet anzusehen, hat sich bitter gerächt. Die Herren in Bern stehen vor einem Massenprotest, von dem sie sich in den schlimmsten Nächten, die dem 8. November vorangingen, nichts träumen ließen. Sie haben ein Volksurtheil in den Händen, das sie, wenn anders sie Lenker eines demokratischen Staatswesens sein wollen, zu vollstrecken haben.

Im weiteren Verlauf des Artikels sagt die „Zürcher Post“:

Ob es die Zentralisation prinzipiell will oder nicht, hat das Volk nicht ausgesprochen, es will sie jetzt nicht, es will erst innere Reformen im System und es will — das Resultat von Groll ist dafür der sicherste Beweis —, daß die Militärfragen hinter die sozialen Reformen zurückgestellt werden.

Und das Volk schließt mit den Worten: Statt falsche Schlüsse aus diesem Votum zu ziehen, könnte das Ausland etwas daraus lernen. Wenn im schweizer Volk, das in den Einzelnen nicht allzu sehr belastendes, in seinem Prinzip durchaus demokratisches Milizsystem besitzt, schon die Symptome eines keimenden Militarismus einen solchen Ausbruch des Grolles erwecken, wie mühte das Urtheil der Völker ausfallen, die unter dem Joche unerträglicher Militärlasten, langjähriger Dienstzeit und eines die Menschenwürde — Militarismus stehen?

In ähnlichem Sinne sprechen sich auch die anderen demokratischen Blätter der Schweiz aus.

Und kein Zweifel: das Votum des 8. November war ein Volksurtheil über den Militarismus — es war aus der Seele eines freien Volkes heraus ein elementarer Protest gegen eine Einrichtung, deren Wirkungen kein Volk der

Erde besser kennt und bitterer empfunden hat und empfindet, als das deutsche.

Doppelt erquickend und doppelt lehrreich ist diese Beschäftigung demokratischen Geistes in dem gegenwärtigen Augenblick, wo das der Demokratie todtfeindlich gegenüberstehende System der Personen- und Klassenherrschaft, aus welchem der Militarismus hervorgegangen ist, die Verderblichkeit seines Wesens und seiner Früchte aller Welt offenbar und immer weiteren Kreisen fühlbar macht.

Da klingt dieser Protest des schweizerischen Volks wie helles Trompetenschmettern in die stidige Nachtluft, den nahenden Tag ankündigend und die Schläfer erweckend.

Und der Protest steht nicht vereinzelt da. An das Votum des 8. November in der Schweiz schließt sich an der Sturz des Kabinetts Ribot und die Bildung eines demokratischen Ministeriums in Frankreich, und der Dortmunder Wahlsieg in Deutschland. Das sind drei Stöße ins Herz des Systems der Personen- und Klassenherrschaft.

Der demokratische Geist lebt noch; und die Sozialdemokratie erkämpft ihm den Sieg.

Politische Uebersicht.

Berlin, 7. November.

Der Reichstags-Abgeordnete Dr. Pütgenau, Redakteur der sozialdemokratischen Arbeiterzeitung, ist, wie ein offizielles Telegramm aus Dortmund meldet, von der Strafkammer in Dortmund wegen Majestätsbeleidigung, bezaggen durch den Abdruck des Artikels „Wieder eine Kaiserrede“, zu 5 Monaten Gefängnis verurtheilt.

Das Urtheil erfolgte einen Tag nach der Wahl, in der Pütgenau im Wahlkampf über den ordnungsparteilichen Kandidaten Möller den Sieg davontrug.

Nach der letzten Wahl in Dortmund wurde ein anderer Sozialdemokrat, der Maler Voigt zu einem Jahr Gefängnis verurtheilt, weil er angeblich das national-liberale Wahlkomitee beleidigt hatte.

Uebrigens widerfuhr auch dem Genossen Schipfel das Mißgeschick, kurz nach seiner Wahl in Chemnitz vom dortigen Landgericht zu 9 Monaten Gefängnis verurtheilt zu werden.

Auf das Uebel folgt stets das Weh,
Das ist die Ordnung im Abc. —

In der „Deutschen Tageszeitung“, dem Organ der Agartier lesen wir folgendes:

Sozialdemokratisches Berlin, 7. November. Man schreibt uns: „Die gestern beschlagene Nummer des „Vorwärts“ sowie etwa dreißig vorhergehende hat „Genosse“ Fröhner aus Schöneberg, ein ehemaliger Lehrer, als verantwortlicher Redakteur bezeichnet. Im Prozeß Dierl u. Gen. wies der Vertheidiger den Vorwurf, die Angeklagten seien Strohredakteure gewesen, entkräftet zurück; Pfund sei im politischen Ressort, der Schriftsteller Dierl bestreift thätig gewesen und Nautmann der einzige Redakteur seiner Zeitung; die Redakteure des „Vorwärts“ betrachteten

19

Ein Verrückter.

(Nachdr. verboten.)

Kampf und Ende eines Lehrers.

Roman von Joseph Ruederer.

Der Wirth fühlte sich gekränkt und zog die Augenbrauen in die Höhe:

„Ich hab' nie was g'habt gegen 'n Herrn Lehrer.“
„Natürlich net,“ spottete Gattl, „wir zwei sind ja immer die besten Spezi gewesen! Gell?“

Herr Kreitmayer war ein Freund der Ruhe und des Friedens. Als guter Bürger hatte er jeden Streit und ließ deshalb den Lehrer bald wieder in der Stube allein.

Gattl lachte dem Abziehenden nach und trank sein Bier weiter. Mit dem hereinbrechenden Abend, der von der Dorfstraße seine Nebel aufsteigen ließ, überkam ihn allmählig eine unglückliche Oede und Verlassenheit in dem muffigen Raume. Alles schien hier von Schmutz zu flarren. Die klebrigen Wände und Tische, von denen ein fader Geruch verschütteten Bieres ausging, der hölzerne, braune Wandschrank mit der offenen Glashüre und den umgestürzten Krügen und Seideln und der kupferne Spülkessel daneben, den trübes Wasser bis zum Rande füllte. Gattl eckte es. Er warf seine Zigarre weg und schritt mühsam durch die dämmerige Stube, um sich zu beruhigen. Aber, was ihn hier umgab, widerete ihm immer heftiger an, er hielt es nicht mehr aus in dem dumpfen Raute, der ihm alle Lust zu nehmen schien. Darum bezahlte er rasch und begab sich vor die Thüre.

Wohler ward ihm hier und er erwachte langsam aus seiner Betäubung. Als er auf der Hochwiese das Forsthaus im Galbunkel liegen sah, packten ihn Reue und Scham über seine Grausamkeit gegen das Mädchen. Er sahte einen raschen Entschluß und sprang mit weiten Schritten über den Hübel ins Forsthaus, wo er alle Thüren aufriß und Anna's Namen brüllte. Als er endlich die Gesuchte fand,

umschlang er sie so leidenschaftlich, daß sie kaum zur Besinnung kam über sein unvermuthetes Hineinstürmen und willenlos in seinen Armen ruhte.

„Sei gut, sei gut!“ lipelte er.

Jetzt erwiderte sie seine Liebesungen und lachte glücklich zu ihm hinauf. Er preßte sie noch fester an sich und sah erregt in ihre Augen.

„Ein Jahr nur noch . . . dann . . . dann g'hörst endlich mir!“

Anna nickte und entwand sich ihm nicht. Er athmete schwerer:

„Dann brauch' ich am Abend nimmer von Dir weg-zugehen, gelt, Anna?“ flüsterte er und neigte sich zu ihrem Ohr. Leicht erröthete sie und ließ den Kopf hängen. Er neigte sich herab und herzte und küßte sie auf's neue, hastig arbeitete seine Brust. Da löste sie sich ängstlich los und trat zurück, indem sie ihr wirres Haar ordnete.

Beide sahen sich aufathmend an. Stürmische Wellen hatte ihre Leidenschaft geworfen und Herz an Herz in mächtigen Schlägen pochen gemacht. Wie ein wilder Mause war es über das Paar hinweggezogen, wie ein Wirbelwind, der beide Menschen für einige Momente so nahe brachte, daß sie sich fast bewußtlos umfingen und nichts anderes mehr fühlten, als das rasende Verlangen nach dem Besitze, das mit Gluthströmen über sie hereingebrochen war und ihre Körper durchtobte.

Gattl fragte sich, warum er so leise und vorsichtig dahinschlich, als er gleich darauf nach einem zärtlichen Abschied das Haus verließ, um die Abendglocke zu ziehen. Er ging wie auf verbottenem Wege, schüchtern und ängstlich, als müßte er ein schweres Geheimniß bewahren und freute sich diesmal wie ein Kind, als er beim Nachtmahl vom Geistlichen keinen Vorwurf bekam über das stark verpätete Gebetläuten.

Am andern Morgen ging er in die wiederbeginnende Schule hinüber, mit einem eigenthümlichen Lächeln auf den

Lippen, und amüsierte sich über die neuneitretenden Kleinen, die ihm noch niemals so viel Vergnügen bereitet hatten, wie in diesem Herbst. Die pausbackigen, runden Gesichtspfe standen an der Hand von Erwachsenen erwartungsvoll vor seinem Pulke und guckten besaggen in diese neue Welt hinein, die sich heute vor ihnen aufthat. Steif und unbeholfen bewegten sie sich, als sie der Lehrer in die Wände schob und ihnen die Plätze anwies. Die Feierlichkeit des ungewohnten Ortes, dessen Wände mit Käfersammalungen und Landkarten bedeckt waren, schien ihnen völlig die Sprache geraubt zu haben, und stammend saßen sie zu dem großen Wandkruzifix empor. In den folgenden Wochen mußte Gattl bei diesen kleinen Wesen weniger das Amt des Unterrichtenden, als die Dienste einer Kindsmagd versehen. Es war keine kleine Arbeit, aus solchen Urwaldsgeschöpfen Menschen heranzubilden, die schreiben und lesen sollten. Aber der Lehrer unterzog sich gerne dieser Aufgabe, der er jetzt mit ganz besonderem Eifer oblag.

Seine Schule war sein Stolz auch in den härtesten Tagen seiner Laufbahn gewesen. Er hätte sie jeden Augenblick unvorbereitet zeigen können und selbst eine strenge Prüfung nicht zu scheuen brauchen. Freilich auch vor einem unparteiischen Richter, und ein solcher war der Benefiziat nicht, der nur Tadel, niemals ein Lob hatte. Der Distrikt-Schulinspektor von Marialinden, ein schwerhöriger, einfältiger Greis, pflegte ohne eigenes Urtheil blindlings die Aussagen seines jüngeren Kollegen zu bekräftigen, wenn er ins Dorf kam, und so hatte Gattl, weil der höchste Prüfungsbeamte durch die schlechten Zeugnisse des geistlichen Vorgeordneten immer fern gehalten blieb, nur ein einziges Mal seine Schule vor einer weltlichen Prüfung zeigen können, vor dem Bezirksamtmann, der einer Schlußfeier beizuwohnte und freundliche Anerkennung zollte, dann aber nie mehr etwas von sich hören ließ.

Gattl wunderte sich, daß der Benefiziat im neuen Schuljahre so selten in die Lehrstunden kam und ihm nur

als Ehrenpflicht, als Verantwortlicher zeichnen zu können. Zu dieser Erklärung können wir feststellen, daß „Genosse“ Krumm nicht Redakteur des „Vorwärts“, sondern dort nur Redaktionssekretär ist. Er ist von der ihm aufgedrungenen „Ehrenpflicht“ durchaus nicht so sehr erbaute gewesen und hat den nun eingetretenen Fall für sich. Die Absicht zu beleidigen, hat der „Vorwärts“ wohl kaum gehabt. Es kann im Gegenteil versichert werden, daß angesichts der bekannten Vorgänge das fast ängstliche Bestreben vorherrscht hat, alles zu vermeiden, was zu einer neuen Auflage Anlaß geben könnte. — Wenn die hier an den Tag gelegten Anschauungen den Thatsachen entsprechen, so wäre ja schon durch das festere Zugreifen der Staatsgewalt gegenüber den sozialdemokratischen Auslassungen wenigstens die gute Wirkung erzielt, daß sich die sozialdemokratischen Intenktualisten fürchten beginnen. Das könnte nur ein Sporn sein, auf jenem Wege fortzufahren.“

Die unausländige Freude über die Strafverfolgung sozialdemokratischer Redakteure, die aus den letzten Zeilen hervordrückt, überhebt uns der Nothwendigkeit, auf diesen Theil der Ausführungen näher einzugehen. Wir wollen uns nur mit den behaupteten Thatsachen befassen, deren Mittheilung augenscheinlich von einem jener halbherzigen Forscher herrührt, die durch den Verkauf von zurechtgefügten Notizen über innere Vorgänge in der Redaktion des „Vorwärts“ sich hier und da bei bürgerlichen Blättern nach ihrem eigenen Eingeständnis „einen loschernen Thaler“ zu verdienen suchen. Unser Kollege K n e r t, auf dessen Diskreditierung für seinen bevorstehenden Prozeß wegen Majestätsbeleidigung das ganze schofele Geschreibsel angelegt ist, war allerdings bis zu seinem Rücktritt vom Amte Lehrer, ist aber seit Jahren als Redakteur thätig gewesen. So hat er die „Schlesischen Nachrichten“ und die „Schlesische Volkswacht“ Jahre hindurch geleitet. Später hat er wiederum jahrelang als Schriftsteller durch die Behandlung sozialpolitischer Fragen sich seinen Unterhalt erworben. Als er in die Redaktion des „Vorwärts“ eintrat, übernahm er zunächst den Sekretärposten. Er hat es dann als eine Ehrenpflicht betrachtet, in dieser politisch bewegten Zeit das schwierige Amt des verantwortlichen Redakteurs zu übernehmen, das bei einer Zeitung in der gefährlichen Lage des „Vorwärts“ die Arbeitskraft eines Mannes vollständig in Anspruch nimmt. Der verantwortliche Redakteur hat jeden Artikel, jeden Satz sorgfältig zu prüfen, nöthigen Falls zu ändern und über Aufnahme oder Ablehnung endgültig zu entscheiden! Wir würden auf alles dies hier nicht näher eingehen, wenn es sich bei jenem perfiden Angriff nicht offenbar darum gehandelt hätte, der Staatsanwaltschaft freiwillig Hilfe zu leisten. —

Militär-Strafprozessreform. Vor einigen Tagen war von einer angeblichen Beratung des preussischen Staatsministeriums über die Frage der Reform des Militär-Strafprozesses berichtet worden. Das Staatsministerium hatte sich danach auf eine beschränkte Öffentlichkeit des Verfahrens geeinigt, obwohl merkwürdiger Weise die einzelnen Minister für unbeschränkte Öffentlichkeit gewesen seien. In der ganzen Angelegenheit, die von den „Münchener Neuesten Nachrichten“ verbreitet, dann offiziös dementirt und abermals wieder aufrecht erhalten wurde, bringt nun die „Militärische u. Politische Korrespondenz“ die Nachricht, sie sei im besten Fluss und es sei auch alle Aussicht vorhanden, daß der betreffende Entwurf noch im Laufe des Winters an den Bundesrath gelangen kann. Ob es dann aber möglich sein dürfte, ihn auch noch an den Reichstag zu bringen, muß schon um deswillen als fragwürdig bezeichnet werden, weil die Reichstags-Session obendrein in einem Maße belastet erscheint, daß es als völlig ausgeschlossen betrachtet werden darf, es werde auch nur die Hälfte des Penums zur Erledigung kommen.“

Das scheint ein recht bequemes Mittel zu sein, die Reform des Militär-Strafprozesses, über deren Nothwendigkeit eigentlich bei niemandem mehr Zweifel bestehen können, auf den St. Nimmerleinstag zu verschieben. Der schwer-

geplagte Reichstag würde es doch vielleicht noch möglich machen können, in die Beratung der Materie einzutreten, warum versucht's denn die Regierung nicht wenigstens einmal? Warum beruft sie ihn überhaupt so spät ein, daß er nur wenig Zeit hat??

Fürst Bismarck und das Klebegehe. Wie konnte der alte Grollen in Friedrichsruh doch so tapfer schmälern über das Klebegehe und die „Kleber“, die daran schuld sein sollten. Da hat ihn seine sonst so gute Erinnerung einmal wieder in Stich gelassen. Der freikonservative Abgeordnete Herr v. Kardorff plagt nämlich jetzt mit einer Enthüllung heraus, nach der Fürst Bismarck mit mindestens ebensoviel Recht wie seine damaligen Kollegen die Verantwortung für das Klebegehe trägt. Arg verspätet, wahr-scheinlich aus zarter Rücksicht gegen den ehemaligen Reichskanzler, bringen die „Berliner Neuesten Nachrichten“ nämlich folgende Zuschrift:

„Wabnig, 29. Oktober 1895. In verschiedenen Zeitungen wurden angebliche Aeußerungen des Herrn Ministers v. Bötticher über das Zustandekommen des Klebe- und Invalidentversicherungs-gesetzes veröffentlicht, welche den Anschein hervorriefen, als ob Fürst Bismarck der Abtönung über das Gesetz trotz seiner Verantwortung desselben im Plenum doch mehr passiv gegenüber-gestanden habe. Dem betreffenden Berichterstatter und ebenso dem Herrn Minister ist wahrscheinlich unbekannt, daß einer oder der andere Abgeordnete vor seiner Abstimmung sich verpflichtet hielt, dem Fürsten Bismarck mitzutheilen, daß er gegen das Gesetz stimmen zu müssen glaube, weil er, obgleich mit der Tendenz ein-verstanden, doch eine ganze Reihe von Einzelbestimmungen für so mangelhaft durchgearbeitet erachte, daß eine nochmalige Durch-berathung des ganzen Gesetzes sehr erwünscht erschiene. Diesen Gedanken gegenüber machte Fürst Bismarck geltend, daß Fehler des Gesetzes sich auch später beseitigen ließen, daß seine Ablehnung aber ein politischer Akt von großer Tragweite sei. Die Stellung des Ministers v. Bötticher, der das volle Vertrauen seiner Majestät des Kaisers besaß, der durch sein großes Talent mit dem Bundesrath zu verhandeln und durch seine hervorragende Arbeitskraft ihm im Augenblicke ein sehr werthvoller Mitarbeiter sei, würde durch die Ab-lehnung so erschüttert werden, daß er kaum glaube, ihn dann noch halten zu können. Herr v. Bötticher's Abgang bedeutete aber eine Erschwerung des Verkehrs seiner Majestät mit ihm, dem Reichskanzler, und so wenig er auf die gestellten Ent-scheidungen von Abgeordneten irgend welche Einwirkung aus-üben wollte, so hätte er seine persönlichen Freunde doch, diejenigen Folgen erwägen zu wollen, welche das Ausscheiden des Ministers v. Bötticher nach sich ziehen könne. Ich bin meinstheils noch heute der Meinung, daß diese Erwägungen es ge-wesen sind, welche die Annahme des Gesetzes ermöglichten, und daß ohne diese Intervention des Fürsten Bismarck die Ablehnung des Ge-setzes damals erfolgt wäre. v. Kardorff-Wabnig.“

Die „Frankfurter Tagespost“ bemerkt zu dem Artikel Ledebour's über die Rautsky'sche Resolution:

„Genosse Ledebour, der uns mit seinen Ausführungen in der Hauptsache aus der Seele spricht, hat unrecht, wenn er behauptet, die bayerischen Landtags-Abgeordneten hätten mit ihrer Erklärung, die agrarpolitischen Grundzüge der Frankfurter Resolution sich zur Richtschnur nehmen wollen.“ Diefelben haben lediglich erklärt, in ihrer praktischen Thätigkeit im Landtag gegen an denselben Standpunkt einnehmen zu wollen wie bisher; eine Thätigkeit, die — mit Ausnahme der vielberufenen Abstimmung über das Finanzgesetz — die allseitige Anerkennung der Partei gefunden hat. Die Erklärung ist außerdem in ihren Haupt-punkten gleichlautend mit Auslassungen des Genossen Engels, welche bisher als Leitende für die Agitation in puncto Landeskultur und Agrarfragen für die Parteigenossen in Deutschland gegolten haben und läßt überdies aufs unzweideutige erkennen, daß die bayerische Fraktion bei jeder an sie heran-tretenden diesbezüglichen Frage prüfen werde, ob und in wiefern eine Bethätigung an deren Lösung mit unseren Prinzipien vereinbar sei. Eine „Auseinandersetzung“ gegen Parteitag-beschlüsse war nicht darin enthalten, höchstens eine indirekte abfällige Kritik der „widerwärtigen“, verführten Reso-lution Rautsky, welche Kritik aber nicht entfernt die Schärfe der Ledebour'schen Ausführungen annahm. Und da ja nach den neuesten „authentischen Interpretationen“ von „Neue Zeit“ und

„I wähl' scho no a was anders zum malen, Herr Lehrer.“

„Was denn?“

„Zu Mariafirken drin“, er lachte wieder schlan, „da hab i amal auf 'm Bildl an Quabu un a Deandl g'seh'n, wia's anander abbuffeln. Grad so mal i de Kathi, mei Schwester, a.“

„Wen maist denn aber da dazu?“ fragte scherzend der Lehrer.

„No, ihren Schatz halt.“

„Wer is denn das?“

Hansl that sehr wichtig.

„Ja, des sag i net.“

„Nacher laßt Du's halt bleiben!“

Der Junge verbesserte sich eilig:

„Na 'm Herrn Lehrer darf i's scho sagen! 's is de der Lechner Toni von Untersteinau.“

„Der Toni, der Holznecht?“

„Ja, der is!“

„Aber was sagt denn da. Dei Vater dazu?“

„O, der spannt nix, es was's niemand außer mir.“

Der Lehrer sah den Jungen schief an. Hansl er-röthete.

„Is denn da was Unrechts dabei?“ stotterte er.

„Das hab i net zu entscheiden“, sagte Gattl, der bald darauf die Stunde beendete. Die merkwürdigen Beobachtungen, die ihm der Junge ausgeplaudert hatte, spukten ihm noch eine Weile im Kopfe. Potiens Kathi und — ein Holz-necht, und noch dazu dieser nichtsnutzige Toni, der als schlimmster Dorf-Don-Juan allgemein verrufen war und abwechselnd bald mit der, bald mit jener Dirne nächtliche Spaziergänge veranstaltete, unter anderen auch mit der braven Marie, der Wirthin des Forsthauses. Wenn das der alte, eigenhändige Potien erfuhr! Wie schlaun mußten die beiden zu Werke gegangen sein, daß außer dem Bruder noch niemand im Dorfe davon wußte, denn solche Ver-hältnisse wurden sonst sofort zum öffentlichen Gespräche. Gattl trug die Neugierde mehrere Tage mit sich herum. Sollte er den Potien vielleicht? ... Ach, was ging's ihn an? Seine Schule war ihm jetzt wichtiger, als müßiger Klatsch über eine verliebte Bauerndirne.

In eifriger Thätigkeit vergaß er bald die ganze Erzählung und nistete sich in seine Lehrstube ein, um die der heranbrausende Winter ein undurchdringliches Flockenmeer vom schmutzigen Himmel hegte.

(Fortsetzung folgt.)

„Sozialdemokrat“ sowohl als durch den Artikel Ledebour's an-erkannt ist, daß auch durch die Rautsky'sche Resolution und trotz derselben „alles beim alten“ bleibt, so waren unsere Landtags-Abgeordneten zu ihrer Erklärung, die noch dazu durch die Geschäftslage im Landtag hervorgerufen war, voll auf Be-achtung und Genosse Ledebour hatte sich seine tabelnnte Be-merkung ersparen können. Dasselbe gilt auch für die Reso-lution's-Erklärung des „Vorwärts“ in dessen neuester Nummer. Ehe man etwas „müßig“, möge man es be-greifen lernen. Wozu noch bemerkt werden mag, daß wir der Redaktion des „Vorwärts“ unter gar keinen Umständen das Recht zugeschieben, sozusagen eine „amtliche“ Erklärung gegen irgend eine Parteigruppe abzugeben. Das ist lediglich Sache des Parteitag's, in diesem Falle also des Partei-tag's zu Göttingen. Und wie der entscheiden wird, das muß erst abgewartet werden. Im übrigen ist, wie kürzlich schon er-wähnt, diese Angelegenheit für die bayerischen Parteigenossen abgethan.“

So die „Frankfurter Tagespost“.

Was sie zu dem Artikel unseres Redaktionskollegen Ledebour sagt, lassen wir hier unberührt. Uns geht bloß der Schlupfheil der Notiz an. Ueber den Begriff des Wortes „begreifen“ wollen wir mit der „Fr. Tagespost“ nicht streiten. Sie hätte aber aus unserer Veröffentlichung des von ihr im wesentlichen ge-billigten Artikels von Ledebour doch wirklich „begreifen“ können, daß es dem „Vorwärts“ fern liegt, die Kritik der Resolution Rautsky beschränken zu wollen.

Wie die „Frankfurter Tagespost“ dazu gekommen ist, die Erklärung des „Vorwärts“ für „amtlich“ zu halten, das „begreifen“ wir nicht. Wir haben in ihr die An-schauung der Gesamt-Redaktion zum Ausdruck gebracht; und daß wir uns im Interesse der Partei-disziplin gegen die „Art und Weise“ des Vorgehens der bayerischen Landtagsfraktion aussprechen, das war unser gutes Recht und unsere Pflicht. Daß wir intolerantes Gehehe und engherzige Regiererei gebührend verurtheilen, das haben wir wohl deutlich genug befundet.

Bei dieser Gelegenheit noch ein Wort:

Von unserem Dresdener Parteiorgan wird uns der Vorwurf gemacht, nach dem Frankfurter Parteitag seien wir nicht für die Parteidisziplin eingetreten, wie jetzt nach dem Breslauer Parteitag. Unser schlesisches Partei-organ denkt offenbar an die Kritik, welcher die Frank-furter Agrarresolution seinerzeit von Bebel unter-worfen ward.

Der „Vorwärts“ hatte jedoch damals keinen Grund, Bebel gegenüber die Parteidisziplin zu betonen, weil Bebel aus-drücklich erklärte: er respektire die Frankfurter Resolution als Beschluß der höchsten Partei-behörde.

Hier liegt der Unterschied.

Und die Haltung des „Vorwärts“ sowohl in Bezug auf die absolute Freiheit der Kritik als auf die Parteidisziplin ist heute dieselbe, welche sie immer war. —

Deutsches Reich.

— **Arbeiterfürsorge im preussischen Kriegs-ministerium.** Es war in einzelnen Zeitungen mitgetheilt worden, daß im Kriegsministerium eine „neue Abtheilung, wenn nicht gar ein Departement“ ins Leben gerufen werden solle, um alle Angelegenheiten, die sich aus der sozialpolitischen Fürsorge für die Arbeiter in den dem Kriegsministerium unterstellten Fabriken und sonstigen Anstalten ergeben, einer Instanz zu unterstellen. Ferner war mitgetheilt worden, in dem „nachschaffenden Militärretar“ werde aller Wahrscheinlichkeit nachfolgender, bereits in Ausführung begriffener Plan zum Ausbau der Heeresverwaltung zum Aus-druck kommen: Die Verwaltung des gesamten, auf 89 Plätzen vertheilten Artilleriematerials, der 17 Traindepots, zu denen demnächst noch die Depot-Verwaltung der Eisenbahn-Brigade und die Verwaltung der bei den Pionier-Bataillonen lagernden Bestände treten, würden zu einer einheitlichen Verwaltung vereinigt werden, deren zutreffende Bezeichnung „Feldzeugmeister-Stat.“ wäre. Wie die „Nat.-Ztg.“ jetzt hört, ist die letztere Mittheilung vollständig unrichtig; ein derartiger Plan besteht nicht, wird also auch nicht im nächsten Etat erscheinen. Von der ersteren Nachricht ist nur so viel zu-treffend, daß in dem nachschaffenden Etat eine nicht erhebliche Summe gefordert ist, um eine Zentralfstelle für die Aufgaben zu schaffen, die sich aus der Für-sorge für die Arbeiter in den Heeresverwaltungen und Betrieben ergeben. Das es sich aber dabei um eine „Ab-theilung“ oder gar ein „Departement“ handle, ist irreführend, — ist auch ganz nebensächlich. Wenn sich die Arbeiterfürsorge des preussischen Kriegsministeriums darin zeigen würde, daß er z. B. seinen englischen Kollegen in der Einführung des Achtstun-den-Arbeitstages in den Staatsbetrieben nachfolgen würde, dann wäre das mit Freuden zu begrüßen. Vorläufig scheinen die Aus-sichten dazu aber weniger als gering zu sein, und einstweilen werden wir deshalb der künftl. preussischen Kriegsministeriellen Arbeiterfürsorge sehr gelassen gegenüberstehen, auch wenn sie in einer Zentralfstelle konzentriert wird. —

— **Die Beschränkung der Lehrfreiheit der Universitäten** scheint zur Rettung von Staat und Gesell-schaft vor den Gefahren des Umsturzes dringend erforderlich zu sein. Ueber neue Pläne wird der „Frankfurter Ztg.“ aus Berlin geschrieben:

„Die Beschränkung der Lehrfreiheit an den preussischen Universitäten, von der es eine Zeit lang still gewesen ist, ist darum nicht aufgegeben. Nachdem das Vorgehen gegen den Berliner Privatdozenten Dr. Krons mit einem gänzlichen Mißerfolge geendet, haben, wie wir zuverlässig erfahren, im Schooße des Ministeriums erneute Erwägungen darüber statt-gefunden, was sich gegen oppositionell gestinnte Univeritätslehrer unternehmen lasse. Wie es scheint, kommt jetzt das Ministerium auf seinen ursprünglichen Plan zurück, die Fakultätsstatuten so zu ändern, daß der Minister wenigstens die Privatdozenten beliebig besetzen kann, ohne an den Spruch der Fakultät gebunden zu sein. Daß der Univeritäts-richter Daube mit der Abfassung einer Schrift über die Stellung der Privatdozenten an den außerpreussischen Universitäten beauf-tragt ist, läßt darauf schließen, daß man außerpreussische (sächsische und süddeutsche) Vorbilder nachahmen will. Die Stellung der preussischen Universitäten zu diesen Plänen ist keineswegs ein-heitlich. Während die Universität Berlin aus weiterhin an dem Grundsatze festhalten dürfte, daß Gelehrte aller Parteien an der Univerität lehren dürfen, heißt es, daß das Ministerium mit seinem Bestreben, diesen Satz zu durchbrechen, an der Univerität Breslau gewissen Sympathien begegne. Uebrigens unterstellt das Ministerium die außeramtliche Thätigkeit der Univeritätslehrer neuerdings einer verschärften Kontrolle, welche ihr Material geben soll, um gegen mißliebigen Kremluth auch die Strafrichter zu Hilfe zu rufen. Unsere von voruberein ausgesprochene Ansicht, daß es sich keineswegs um die Bekämpfung der Sozialdemokratie, sondern um die Niederhaltung von a b h ä n g i g e r M e i n u n g s a u s-sagen überhaupt handelt, beharrt sich vollständig. Gegen-über bereitet die Staatsanwaltschaft einen Prozeß gegen einen angesehenen akademischen Lehrer vor, der weder Sozialdemokrat noch auch liberal ist, dessen freimüthige Urtheile aber hohes Mißfallen erregt haben.“

— **Militärischer Bonfott.** Mehreren Blättern wird übereinstimmend aus Thorn berichtet, daß in Westpreußen durch

bei einer Gelegenheit dreinredete, als der Poiten Hansl an einem freien Nachmittage auf dem Pulte des Lehrers Zeichen-unterricht erhielt. Das war als nutzlose Zeitverschwendung, im Schulzimmer wenigstens, ein für allemal verboten worden. Gattl sollte den Jungen lieber im Ministranten-dienste unterweisen, der noch sehr viel zu wünschen übrig lasse, meinte der Geistliche.

Nun verlegte der Lehrer die Stunden ins Forsthaus, um die aufblühende Gabe des Kindes so weit zu fördern, als es sein eigenes Geschick erlaubte. Er mußte sich sagen, daß Hansl ihn bald überflügeln werde, solch frappante Fortschritte wies der fleißige Junge auf. Hier hatte schon bald eine geübtere Hand eingegriffen, die dieses urwüchsige Talent in die richtigen Bahnen lenkte.

Aber vorerst war noch keine Aussicht dazu, dies zu erreichen. Poiten war noch immer hinfällig und kränklich, und man mußte um so mehr einen geeigneteren Zeitpunkt abwarten, als der schlimmste Gegner solcher Pläne, der Benefiziat, jeden freien Augenblick bei dem Kranken zubrachte.

Wie für sich und für Anna, so hoffte der Lehrer auch für seinen Schüler vom nächsten Jahre, wo ein Maler wieder ins Dorf kommen sollte, der vor zwei Jahren bei seiner kurzen Anwesenheit in Oberlarbach auf Gattl's Bitte die damaligen Leistungen Hansl's betrachtet und für un-gewöhnlich talentvoll bezeichnet hatte. Durch ihn dachte es Gattl durchzugehen, daß die nöthigen Schritte zur weiteren Ausbildung unternommen werden konnten.

Kaum vermochte der eifrige Junge diesen Zeitpunkt zu erwarten.

„Gott, Herr Lehrer, da komm i in d' Stadt nein?“ fragte er oft und lachte über das ganze Gesicht. „Ach, da muß schon sein, de Wagen, de Ros und de hoch'n Kirchna, von bene hat mer der Vater scho alleweil verzählt, daß i viel höher san wie de unfirge. Is a jo, Herr Lehrer?“

Und als dieser lächelnd bejahte, fuhr er fort:

„Was mal i da nacher, wenn i a Maler bin, hans, Herr Lehrer?“

Das fände sich, meinte Gattl.

Der Junge machte prüffige Augen:

„I was's scho, was i mal. D' Muttergottes mal i, wia's mit zwaa goldene Ros in'n Himmel aufsfahrt.“

„Warum grad mit zwaa goldene Ros?“

„Ja, des hat uns der Herr Benefiziat am Himmel-fahrtstag verzählt, daß sie so 'aufsfahrt' is.“

„Aha! Ja, dann mal's nur a jo!“

Hansl trichtete mit dem Bleistift auf der Tischdecke herum.

Korpsbefehl, der bei den Kontrollversammlungen verlesen wird, den Reservisten der Besuch von Lokalen verboten ist, in denen sozialdemokratische Versammlungen stattfinden oder deren Wirt sozialdemokratische Gesinnungen gezeigt hat. Ferner ist ihnen nicht nur das Gehen, Essen und Verweilen sozialdemokratischer Schriften, sondern auch die Verheiligung an Geldsammlungen zu sozialdemokratischen Zwecken und die Teilnahme an sozialdemokratischen Aufzügen und Festlichkeiten verboten. Jeder Reservist wird schließlich verpflichtet, Uebertretungen der Militärbehörde anzuzeigen, und diese Uebertretungen sollen nach der Strenge der Militärgerichtsbarkeit bestraft werden.

Dieses Verbot kann sich natürlich nur auf die Zeit der Reservierungen erstrecken. Ein Reservist außer Dienst untersteht nicht einer derartigen Kontrolle militärischer Vorgesetzter über seine Lebensführung, wie sie in diesem Korpsbefehl beansprucht wird. Unter anderen Umständen kann der Erlaß auch den haben, unterschiedliche, etwas rückständige Reservisten zur Besinnung sozialdemokratischer Schriften nach ihrer Entlassung anzuregen.

Ein bimetalistisches Mandat. Um die Ansichten der deutschen Bimetallisten muß es wahrlich schlecht stehen, denn um ihnen aufzuhelfen, scheint sich ihr Führer, Dr. Arendt, nicht mit gelinde gesagt, nicht unverfänglichen Mitteln vorzugehen. In der zweiten Hälfte des Oktober veröffentlichte der Abg. Arendt einen Brief des englischen Ministers Balfour über die bimetalistischen Bestrebungen. Der erste Eindruck mußte sein, daß Herr Arendt selbst der Empfänger war. Darauf schrieb Herr Arendt an verschiedene Blätter, diese Annahme sei ein Mißverständnis. So hieß es wörtlich in seinem Briefe an die „Neuzeit“:

„Der Brief wurde in der englischen Presse veröffentlicht und von mir mit der Bemerkung in Uebersetzung abgedruckt, daß er vermutlich an eine deutsche Adresse gerichtet sei.“ In dieser Vermutung habe ich einigen Anhalt, ich selbst bin der Adressat nicht.“

In einem Artikel der „Bimetallist. Monatschr.“ schreibt er aber gleichzeitig: „... Jedenfalls wird nach der Veröffentlichung des Balfour'schen Briefes, der übrigens doch halb vernünftig an eine deutsche Adresse gerichtet war ...“ Nur ein Wortchen steht in dieser Formulierung der Vermutung mehr als in den neuen Zuschriften des Herrn Dr. Arendt: „deshalb“. Aber wie charakterisiert dieser anscheinend geringfügige Unterschied den Mann! In dem einen Falle spricht er nur die Vermutung aus, daß der Brief an einen deutschen Adressaten gerichtet sei; im anderen Falle sagt er positiv, daß der Brief an eine deutsche Adresse gerichtet sei. Das sind schon schöne Proben einer „geschickten Kampfesweise“: das Schöne aber ist, daß in dem englischen Original („Times“) der Name des Adressaten groß und deutlich angegeben war.

Die Landtags-Erwahl in Elberfeld für den 2. Düsseldorf Wahlbezirk Elberfeld-Barmen ergab gefolgt: Nach amtlicher Feststellung wurde Heinrich v. Knapp (natl.) mit 528 Stimmen zum Mitglied des Hauses der Abgeordneten gewählt. Der Gegenkandidat Eidworth (freis.) erhielt 277 Stimmen.

— Vesserung der Lebenshaltung. Aus Sachsen schreibt man der „Königlichen Zeitung“: „Wenn die Sozialdemokratie auch in wissenschaftlichen Auseinandersetzungen zuweilen die Vesserung der Lebenshaltung der arbeitenden Klassen in den letzten Jahrzehnten zugeht, so sind ihre Vorkämpfer doch bei der politischen Wahlerei meistens eifrig bemüht, in ihren Hören den Glauben zu erwecken, als verschlechterte sich die Lage der arbeitenden Bevölkerung ständig. Ja, es wird diese angebliche „Verschlechterung“ als eine naturthwendige Folge des „kapitalistischen Klassenstaates“ bezeichnet und den Arbeitern ein immer weiteres Herabsinken des Lohnes in Aussicht gestellt. Die Erfahrung besonnener Arbeiter spricht allerdings gegen diese Trugschlüsse. Aber das ist gerade das Bezeichnende und Gefährliche an der sozialdemokratischen Wühlerei, daß sie durch ihren aufreizenden Wortschwall dem Arbeiter die Fähigkeit des ruhigen Denkens raubt. Auch die wissenschaftliche Statistik beweist, wie hinfällig jene Redensarten von der „Verschlechterung“ der Arbeiterlage in ihrer Allgemeinheit sind. So hat sich nach den Feststellungen der Dresdener Handelskammer in dem Bezirk der letzten das Einkommen an Gehalt und Löhnen, an dem die Fabrikarbeiter am meisten beteiligt sind, von 1881 bis 1894 beinahe verdoppelt. Während 1877 in dem genannten Bezirk der selbständige Betrieb von Handel und Gewerbe noch 15 Millionen mehr einbrachte als das Einkommen der Angestellten und Arbeiter betrug, bezogen diese jetzt, also nach nur 17 Jahren, bereits 112 Millionen Mark Einkommen im Dresdener Handelskammerbezirk mehr als die selbständigen Handel- und Gewerbetreibenden. Bei dieser glänzenden Umkehrung der Lage sind die Vorteile, welche den Arbeitern aus der Versicherung gegen Krankheit, Unfall und Invalidität fließen, nicht einmal mitgerechnet. Während im vorigen Jahre im Kammerbezirk das Einkommen aus Grundeigentum um 2,78 pCt. und das aus Handel und Gewerbe um 2,77 pCt. stieg, erhöhte sich das Einkommen aus Gehalt und Arbeiterlöhnen um 4,52 pCt. Diese Zunahme des Arbeiter-Einkommens entfällt allein auf Dresden; es sind also namentlich die großstädtischen Industriearbeiter an ihr beteiligt, und das trotz der im vorigen Jahre noch sehr gedrückten Lage der meisten Großgewerbe.“

Mit dieser Nachricht freuten natürlich die Blätter der Bourgeoisie umher und meinen damit wieder einmal einen Hauptschlag gegen die böse Sozialdemokratie aushändigen zu können.

In Wirklichkeit kann man daraus höchstens lernen, wie man nicht mit statistischen Zahlen umgehen soll. Zunächst fehlt jeder Nachweis, mit wie viel die Arbeiter an dem Einkommen aus Gehalt und Lohn beteiligt sind; und aus dem Vergleiche der Einkommen der Handel- und Gewerbetreibenden einer- und der Angestellten und Arbeiter andererseits ließen sich erst dann sichere Schlüsse ziehen, wenn man die Zahlen der Beteiligten aus dem Berichte erfassen könnte. So wie die Ziffern hier gegeben sind, scheint sie eher zu beweisen, daß die Akkumulation des Kapitals seit 1877 im Dresdener Handelskammerbezirk sehr rasch vor sich gegangen ist, wodurch die Anzahl der Proletarier in noch größerem Verhältnisse zugenommen hat. Daraus aber, daß die Gesamtheit der Arbeiter mehr Gesamteinkommen hat, nun zu folgern, daß der einzelne auch ein größeres Einzel-Einkommen haben müsse, das ist zum mindesten sehr voreilig.

Unser Agitatoren haben gar nicht nötig, wie es ihnen in dieser Notiz vorgeworfen wird, der Verdüsterung ihre schlechte Lage „wählerisch“ klarzumachen, sie spürt das schon am eigenen Leibe hinlänglich. Wir werden uns aber an das Wohl- oder Uebelwollen der Herren Bourgeois sehr wenig kehren und nach wie vor dem Proletarier klar zu machen suchen, daß er dank dem heutigen Produktionssystem niemals die Lage seiner Klasse dauernd heben kann, sondern immer relativ und absolut auf einem niedrigen Lebensstand gehalten wird. — bis eben die heutige Wirtschaft einer sozialistischen Platz machen wird. —

Der Zentralverband deutscher Juden. — Der Zentralverband deutscher Juden erläßt ein heftiges Rundschreiben an seine Mitglieder gegen den neuen „Bund der Industriellen“. Das Rundschreiben wirft dem neuen Bunde vor, daß er auf die kleinen und kleinsten Unternehmer berechnet sei und auf die Erregung der Leidenschaften spekuliere.

Daß die kleinen mit den großen Geschäftsmännern sich nicht vertragen, ist eine alte Sache. Beide sind aber heutzutage ein, wenn es gegen die Arbeiter geht. —

Das Beschwerdewort des Strafanstalts. — Direktors in der freien Reichsstadt. Kurz nach dem Algerienprozeß kam aus Hamburg die Kunde von einem geradezu unglaublichen Erlaß, den der Chef des Hamburger Justizwesens, Senator Dr. Berg, der zugleich Vorsitzender der Hamburgischen

Gefängnisdeputation ist, in den Hamburgischen Strafanstalten habe anhängen lassen. Darin fand sich folgende Stelle:

„Die Beschwerde (der Strafanstalten) ist selbst dann ungerechtfertigt und disziplinarwidrig, wenn der Beschwerdeführer in dem einen oder anderen Falle die Strafe wirklich nicht verdient hätte. Auch eine unverdiente Strafe, die im Disziplinarwege auferlegt wird, muß mit Bescheidenheit und Ergebung hingenommen werden. Beschwerden gegen die Entscheidung des Direktors in Disziplinarsachen giebt es nicht. Solche werden bei mir nie Gehör finden, und jedesmal scharf, wenn nötig, mit der schärfsten Strafe geahndet werden. Der Präses der Gefängnis-Deputation. Dr. jur. Herr.“

Der Erlaß erregte auch in Hamburg berechtigtes Aufsehen. Vor sechs Wochen richtete die Bürgerschaft das Schreiben an den Senat, ob und inwiefern diese Mitteilungen auf Wahrheit beruhten. Wie jetzt aus Hamburg geschrieben wird, hat der Senat am Mittwoch in der Bürgerschaft erklären lassen, jene Verfügung sei ein Auszug „eines auf die triviale Beschwerde eines Zuchthausgefangenen erfolgten Bescheides“; da der Auszug zur allgemeinen Richtschnur keineswegs geeignet erscheine, habe die Behörde, nachdem sie hierüber Kenntnis erlangt, den Aufschlag wieder eintreten lassen.

Das ist doch noch ein wahres Muster einer obrigkeitlichen Verfügung, die dem Wahren den Pelz wäscht, ohne ihn naß zu machen. Die Behörden müssen immer recht behalten, sonst geht ja der Respekt verloren. —

Neue Handelskammer in Koburg. Der Koburgische Landtag stimmte der Errichtung einer Handelskammer für Koburg zu.

München, 7. November. In der heutigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten kamen die Anträge Pichler (Zentrum) und Ehrhart auf Gründung einer staatlichen Mobiliar-Versicherungsanstalt zur Verhandlung. Der Minister des Innern bekämpfte die Anträge, da die Frage zur Zeit nicht dringlich sei und da die Privat-Versicherungsgesellschaften erst neuerdings namhafte Zugeständnisse gemacht hätten. Zunächst gelte es für Bayern, die Frage der staatlichen Versicherungen zum Abschluß zu bringen. Die Weiterberatung wurde auf morgen vertagt.

Spaltung der Liberalen im bayerischen Landtage. Dem „Berliner Tageblatt“ wird aus München gemeldet, daß die freisinnigen Kammermitglieder den Beschluß gefaßt haben, sich ohne den Zusammenhang mit der liberalen Vereinigung zu lösen, als besondere Gruppe zu konstituieren. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ wollen offenbar diese Thatsache nicht gerne zugeben, denn sie schreiben in einem „keine Trennung in der liberalen Partei“ überschriebenen Artikel:

„In der heutigen Sitzung der liberalen Vereinigung wurde eine Mitteilung des Freiherrn von Stauffenberg von der Vorstandschaft bekannt gegeben, wonach gegenüber den Zeitungsberichten über eine beabsichtigte Trennung der deutsch-freisinnigen Mitglieder von der liberalen Vereinigung erklärt wird: „Daß die deutsch-freisinnigen Mitglieder nicht die Absicht haben, aus der liberalen Vereinigung auszutreten.“

Der ganze Vorgang hat übrigens sehr wenig Bedeutung, da auch eine besondere freisinnige Gruppe im bayerischen Landtage nach wie vor „voll und ganz“ mit den übrigen Liberalen zusammengehen wird. —

Holland.

Zur Wahlrechtsfrage. — Als ein gewöhnlicher Schwindel stellt sich so nach und nach der Entwurf eines neuen Wahlrechts. Geschied des Ministers van Houten heraus. Als van Houten den Entwurf seines Vorgängers Tal van Boortvliet bekämpfte, behauptete er, ein weit besseres Gesetz schaffen zu können, das trotzdem die Zahl der Wähler zu derselben Höhe bringen sollte, wie der verpönte Entwurf Tal van Boortvliets. Das Ministerium führte über die Wahlrechtsfrage, van Houten wurde Minister des Innern und machte sich an die Arbeit, um ein Gesetz anzubereiten, das eine Vermehrung der Wähler bis 800 000 herbeiführen sollte, obwohl die Zahl der großjährigen männlichen Einwohner 1 200 000 beträgt. Der van Houten'sche Entwurf war sehr gelinde gewesen. Beinahe niemand, der in den großen Städten wohnhaft war, weniger als 2½ Gulden (4 M.) Wohnungsmiete bezahlte und in kleineren Städten einen Gulden (1,60 M.), wird das Wahlrecht bekommen. Auch Arbeiter, die zwischen August und Februar umziehen oder die weniger als 13 Monate hintereinander bei einem und demselben Arbeitgeber gearbeitet haben, wird das Wahlrecht vorenthalten. Van Houten giebt also den Hauswuchsern und Arbeitgeber die Macht, Arbeiter des Wahlrechtes verlustig zu machen. Dazu kommt noch, daß der van Houten'sche Entwurf das Alter von 25 Jahren fordert, was gegen das jetzt herrschende Wahlrecht einen Rückschritt bedeutet. Kein Wunder, daß der Entwurf in größeren Kreisen mit Mißtrauen entgegengenommen wurde. Allein der Minister versprach, die Zahl der Wähler bis 800 000 zu steigern und das wäre eine Ausdehnung, die jedenfalls etwas bedeutete. Mißtrauische Leute, denen die Vergangenheit des Renegaten van Houten (unser Minister gehört zu der Art der Miguel-Crispi) schon so wie so kein Vertrauen einflößte und denen abendrein das verzwickte „System“ nicht einleuchtete, haben nun die Aufstellungen des Ministers nachgerechnet und da kam heraus, daß bei diesem Entwurfe nur 450 000 Wähler herauskommen würden. Wenn auch in den rückständigen Gegenden, wo der kleine Grundbesitz sich noch erhalten hat, der Kleinbauer in ziemlich großer Zahl zum Wahlrecht herangezogen wird, so bleiben doch von den industriellen Arbeitern und Handwerkern ungefähr neunzig Prozent ausgeschlossen! Das System war versteinert gescheit! —

Es ist erklärlich, daß unter diesen Umständen unser Verhalten dem Entwurfe gegenüber mehr als kühl ist. Wenn auch jeder einigermaßen bedeutende Fortschritt mit Freuden zu begrüßen ist, so kann sich die Arbeiterschaft mit diesem schmachvollen Vinsengerichte doch nicht abgeben lassen. Der Vorstand der sozialdemokratischen Arbeiterpartei hat denn auch einen kräftigen Protest gegen diese offenkundige Verleumdung der Arbeiterschaft erhoben und zum Kampf für das Wahlrecht aufgerufen. Auch der Ausschuss aller demokratischen Parteien wird nächstens zusammentreten und zum Entwurfe Stellung nehmen.

Oesterreich.

Der Wiener Bürgermeister. Der Kaiser von Oesterreich hat nun doch den Vorschlag des Ministerpräsidenten Grafen Badeni folgend, dem Antisemiten Dr. Lueger die Bekämpfung als Bürgermeister von Wien versagt. Offiziell wird dazu bemerkt, daß die Regierung sich nicht unter die Demagogie einer bestimmten Partei, der Antisemiten, habe beugen wollen; aber auch von liberalen Einflüsterungen habe sie sich frei gehalten. So sagt das offiziöse Wiener Fremdenblatt:

„Ein konfessioneller Zitat darf Graf Badeni sich rühmen, indem er unbeirrt durch etwaige Einflüsterungen bequemer Opportunität für die Verwaltung großer Gemeinwesen seine anderen Grundsätze gelten läßt, als die sicheren Voraussetzungen für deren erprobte, unbedingte Pflege erfordern. Das Kabinett, dessen Chef die „führende Hand“ zur Devis hat, muß auch die Führung in der Klärung des Volksgeistes auf sich nehmen. Der Bürgermeister der Residenz muß durch seine ganze Vergangenheit Garantien für die neutrale Wahrnehmung der Rechte aller bieten, welche der bisherige durch Agitation ausgefüllte Lebenslauf Dr. Lueger's keineswegs bietet. Falls die Mehrheit des gegenwärtigen Gemeinderaths die Person Lueger's höher stellt als die Autonomie der Stadt, wären allerdings Konflikte zwischen der Partei und der Regierung unvermeidlich; dann würde das Kabinett hoffentlich in

der Lage sein, die Wahrung der Interessen der Stadt selbst in die Hand zu nehmen.“

In Wien wird nach diesem Vorgehen der Regierung zweifellos eine sehr rege Agitation der Antisemiten beginnen, die keineswegs gewillt sein dürfte, sich den Entschuldigungen der wohlwollenden Obrigkeit ohne weiteres zu fügen. Eine nochmalige Wahl Lueger's ist nicht ausgeschlossen und dann wäre ja der Konflikt, den Graf Badeni andeutet, da das Ministerium Badeni kann vorläufig nur noch auf die Unterstützung der Polen und Deutschliberalen rechnen. Da sich mit diesen beiden Parteien allein nicht regieren läßt, so ist eine Auflösung des Abgeordnetenhauses nicht unmöglich. Dasselbe Schicksal würde von neuem den Wiener Gemeinderath treffen, wenn bei der Wahl des Bürgermeisters am nächsten Freitag wiederum Dr. Lueger den Sieg davonträgt.

Bei dieser Gelegenheit zeigt sich übrigens der österreichische, aber auch der deutsche sogenannte Liberalismus in voller Glorie. Er fühlt scheinbar gar nicht, mit welcher Annäherung sich der polnische Junter Badeni über den durch Lueger's Wahl kundgegebenen Willen des Wiener Gemeinderaths hinwegsetzt. In der That raubt doch der Ministerpräsident der Stadt Wien jetzt schon die Autonomie, die er durch Lueger's Wiederwahl für bedroht erklärt. Oder kann etwa die Autonomie einer Stadt sich in einer wichtigeren Angelegenheit betätigen, als in der Wahl ihres Oberhauptes? Aber alles das nehmen die Liberalen nicht nur ruhig hin, sondern find dem Grafen Badeni auch noch dankbar dafür, aus keinem anderen Grunde, als weil es sich zufällig hier um einen ihrer Gegner handelt; das ist doch noch Prinzipienlosigkeit! Freilich verstehen sich die österreichischen Liberalen — und die Berliner „Volksg.“, der die Angst vor dem Antisemiten den Blick völlig getrübt und die „unentwegte“ Fahne der Demokratie aus der Hand geschlagen hat, macht es ihnen nach —, hinter der verantwortlichen Person des Monarchen und hinter angeblichen Schwierigkeiten, die der Liberalismus in Ungarn von Lueger's Regiment in Wien haben würde; wenn er sich dort aber nur halten kann durch den Eingriff eines reaktionären Junkers in das Selbstbestimmungsrecht der österreichischen Hauptstadt, dann hat er sicherlich verdient, zu fallen. Lueger ist nicht betätigt, aber die Verhältnisse, die zur Wahl eines anti-liberalen Bürgermeisters führten, bestehen in Wien fort.

Landtags-Wahlen in Tirol. Am Montag haben in Tirol die Landtags-Wahlen begonnen und zwar zuerst für die 34 Mandate der Landgemeinden. In den italienischen Wahlbezirken wurden ausschließlich Anhänger der Abstinenzpolitik gewählt. Aus den deutschen Landgemeinden gingen durchwegs Merkale theils der gemäßigten, theils der extremen Richtung hervor. Entscheidend ist, daß die italienischen Wähler Südtirols die Enthaltungspolitik ihrer Kandidaten ausdrücklich gebilligt und sie ermächtigt haben, dieselbe fortzusetzen. Die Städtewahlen werden in Südtirol zweifellos die gleiche Thatsache bezeugen. Daraus erwächst der k. k. Regierung eine neue Schwierigkeit, die sie aber im Zeichen des „Fortwurstelns“ mit Eleganz — auch nicht lösen wird. —

England.

London, 7. November. Zu seiner gestrigen in Derby gehaltenen Rede führte der Unterstaatssekretär des Äußeren Curzon aus, daß nach einer längeren Winkstille verschiedene auswärtige Fragen abermals ihr Haupt über den Horizont erheben. Die Welt sei unruhig; es lägen beunruhigende Symptome vor: man höre das Stöhnen der kranken Nationen auf ihren Lagern und sehe den Todeskampf sterbender Männer. Dieser Zustand dürfte sich eher weiter entwickeln, als abnehmen. Mit der Zunahme des Bedürfnisses nach neuen Absatzgebieten vermehren sich die Verärgrungen und Reibungspunkte zwischen den weitverbreiteten Völkern. Dies müsse jedoch nicht notwendigerweise die Gefahr eines Krieges erhöhen. Der Krieg werde von Jahr zu Jahr unpopulärer und die eifrig betriebenen Rüstungen deuten, obwohl sie nach der einen Seite gefährlich seien, eher auf Frieden als auf Krieg hin.

So die Verhütungsbepfehle, die viel beruhigender sein würde, wenn Herr Curzon ein Mann wäre, dessen Stimme und Urtheil Gewicht hätte. Ein Unterstaatssekretär kann sich in den Tag hinein reden, wo ein Staatsmann, wie Lord Salisbury sich hüten muß, ein Wort zu sagen.

Auch über Affen wird eine Verhütungsbepfehle verbreitet. Dieselbe lautet:

London, 7. November. Der britische Delegierte zur Pamir-Kommission Oberst Gerard erklärte einem Vertreter der Presse, daß er seitens der russischen Offiziere eine überaus herzliche Aufnahme gefunden habe. Eine große Streitmacht im Pamir-Gebiet zu halten, würde unüberwindliche Schwierigkeiten bereiten. Gerard glaubt nicht, daß Rußland jetzt einen Zweck haben könne, sich Indien zu nähern; dafür scheine es den Engländern zu wohlgefühlt. Rußland vermüdere eher seine Garnisonen in Turkestan. Selbst wenn die britischen Interessen mit den russischen kollidieren würden, könne Rußland, obgleich es natürlich seine Okkupation Turkestans zu befestigen suchen dürfte, angesichts der Terrainschwierigkeiten nicht hoffen, das Pamir-Plateau erfolgreich zu überschreiten. Alles deute darauf hin, daß die russischen Pläne daselbst vornehmlich kommerzieller Natur seien. (Herr Gerard hat den Herren der Presse jedenfalls nicht auf die Nase gebunden, was er ermittelt hat.) —

Frankreich.

Die Program-Erklärung der französischen Minister ist so wichtig, daß wir nachstehender Korrespondenz eines unserer Pariser Korrespondenten, obgleich sie zum theil schon Besprochenes betrifft, noch zum Abdruck bringen:

Paris, 6. Nov. Die vom Ministerpräsidenten Bourgeois in der gestrigen Sitzung der Kammer verlesene Erklärung der Regierung hat das gehalten, was man von ihr erwartet hat. Darum ist sie denn auch sowohl vom Zentrum wie von der Rechten ganz eifrig aufgenommen worden. Wer eben nicht verpönt, dem Ausbeutertum zu dienen und der organisierten Arbeiterschaft heftig feindlich zu begreifen, hat auf ihren Beifall keinen Anspruch. Und damit haben sich diese Herren nun selber gerichtet. Denn die Erklärung ist nichts weniger als sozialistisch und enthält kein Wort, das nicht ein anständiger bürgerlicher Republikaner unterzeichnen könnte. Die Erklärung befaßt nämlich im wesentlichen: Die Regierung werde gemäß der letzten von der Kammer angenommenen Tagesordnung, betreffend die Substanzfrage, eine Ergänzungs-Untersuchung anstellen und zu welchen Schlüssen dieselbe auch führe, die vollständigen gerichtlichen Untersuchungsakten veröffentlichen, um dem Parlament zu erlauben, ein den Handlungen entsprechendes politisches und moralisches Urtheil zu fällen. (Beifall auf der Rechten und äußerster Linken.) Gleicher Weise werde sie einen Gesetzentwurf vorlegen, wonach kein Parlamentsmitglied bei Verlust seines Mandats dem Verwaltungsrath einer mit dem Staate in Vertragsverbindung stehenden Gesellschaft angehören oder sich an Finanzsyndikaten beteiligen dürfe. (Neuer Beifall auf denselben Banken.) Endlich werde sie alle Anträge unterstützen, die auf Einführung des kontraktualistischen Verfahrens in Justizpolizei- und Kriminal-Angelegenheiten abzielen. So weit es mit der Sicherheit der gerichtlichen Verfolgung verträglich, werde sie selbst als sichersten Schutz gegen die Angriffe auf die Justiz die Publizität der Untersuchung verlangen. (Beifall auf der äußersten Linken.)

Als erste aller Reformen betrachte sie die rechtzeitige Vorlegung des Budgets. (Sehr gut!) Die Progressiv-Erbsteuergesetze, die auf der Tagesordnung der Kammer steht, werde sie unterstützen. (Beifall auf verschiedenen Banken.) Die Getränkesteuer-Reform, die gegenwärtig dem Senate vorliegt, werde sie auf der Grundlage gänzlicher Steuerlosigkeit der hygienischen Getränke, die ihr einen wesentlich demokratischen Charakter verleihen, anstreben. (Beifall links.) Die allgemeine Einkommensteuer erweise ihr als das geeignetste Mittel, um die Steuerlast

dem Vermögen der Bürger angemessen zu verteilen (Weisfall links) und werde sie demnach eine dementsprechende Vorlage einbringen. Zusammenhängende Anträge betreffend das Hilfs-, Spar- und Versicherungswesen seien in Vorbereitung und werde sie dieselben vor der Kammer vorbringen. Desgleichen werde sie die Organisation der Arbeiter-Altersversicherung beschleunigen. Ein Gesetz, betreffend die Assoziationsfreiheit hatte sie nicht nur als Vorbereitung zu einer definitiven Regelung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche für nötig, sondern auch zur Beilegung so mancher politischen und sozialen Konflikte, indem es an Stelle von Sondergesetzen, welche Privilegien zu bilden scheinen, ein wahres gemeinsames Recht setzt, das die Freiheit des Individuums und die Sicherheit des Staates gleichermaßen respektiert. (Weisfall links.) An dem demokratischen Regime wolle sie nichts ändern; nur werde sie die Maßregeln zur Verteidigung der Landwirthe gegen gewisse internationale Spekulationen verlangen. (Lebhafter Weisfall links.) Der Erwartung des Landes, das, ohne die Opfer zu scheuen, vertrauensvoll in den moralischen Kräften der Armee und Marine, die nützlichste Anwendung der Hilfsquellen des Vaterlandes durch eine strengere Kontrolle und stets vollkommene Organisation gesichert wissen will, werde sie zu entsprechen sich bemühen. (Sehr gut, sehr gut.) So werde sie in kürzester Frist ein Projekt betreffend die Schaffung einer Kolonial-Armee vorlegen. Den Allianzen, die sich das im republikanischen Frieden rekonstruierte Frankreich erworben, werde sie treu bleiben und in allen Punkten, wo dies die Pflicht erheischt, mit ihnen die friedliche Entwicklung des Einflusses, wie der Interessen und Rechte Frankreichs verfolgen. Sie glaube, heißt es weiter, daß in den beiden Kammern wie im Lande eine Majorität außerhalb der Gegner der Republik und derjenigen bestehe, die die Form der republikanischen Institutionen ohne deren Geist und deren politische und soziale Konsequenzen angenommen haben (Lebhafter Weisfall links), was außerhalb derjenigen, welche glauben, daß der Fortschritt aus dem Klassenkampf und der Gewalt hervorgehen könne und die, dem Geiste der Revolution entgegen, vergessen, daß das individuelle Eigentum die materielle Manifestation und die sicherste Garantie der Freiheit der menschlichen Person ist. (Sehr gut, sehr gut.) Sie glaube, daß diese Majorität bereit sei, sich um eine dem alten republikanischen Geiste treue Regierung zu gruppieren, die entschlossen sei, die Gesetze zu verteidigen, die man mit Recht die unantastbaren Gesetze genannt, unparteiisch in den wirtschaftlichen Konflikten zwischen Kapital und Arbeit zu sein, die Freiheit der individuellen Arbeit wie die durch die Gewerkschaftsgesetze garantierte kollektive Freiheit zu schützen, den Frieden und die Ordnung in der Straße zu sichern und unaufhörlich bedacht, das Loos der Kleinen und Schwachen zu verbessern, die Lasten und Vortheile der gesellschaftlichen Organisation besser zu verteilen — überzeugt mit einem Wort, daß die Republik nicht bloß der Name einer politischen Institution, sondern das Werkzeug des moralischen und sozialen Fortschritts, das fortwährende Mittel, die Ungleichheit der Lage zu mindern und die Solidarität zwischen den Menschen zu erweitern. In diesem Geiste und zur Vollführung dieses Programms habe sie die Macht übernommen.

Die Erklärung schließt: „Wir verlangen Ihr Vertrauen, nicht um zu leben, sondern um zu handeln. (Lebhafter Weisfall links.) Wenn Sie glauben, daß die Ideen, denen wir zu dienen bereit sind, nicht den Wünschen und Interessen der Republik entsprechen, dann sagen Sie es klar heraus. Wir lassen unserem Programme ein anderes entgegenstellen. Das Land wird zwischen beiden urtheilen.“ (Anhaltender Weisfall auf der Linken und äußerster Linken.)

Zur Verwunderung und Galle der Panamisten und Südisisten haben trotz der Stelle vom Klassenkampf und Privateigentum auch die Sozialisten der ministeriellen Erklärung lebhaften Beifall gesendet. Die Herren vergessen aber, daß die Sozialisten von keiner Regierung verlangen, daß sie ihre Geschäfte besorge. Alles, was sie von einer republikanischen Regierung verlangen und zu verlangen berechtigt sind, daß sie auch wirklich republikanisch sei und nicht den demokratischen Prinzipien entgegenhandele; für die Durchführung der sozialistischen Prinzipien werden sie schon selber sorgen.

Paris, 6. November. (Eig. Bericht.) Zum Streit in Carmaux. Gewohnt, in den öffentlichen Gewalten nichts als den Willen des Willens des Ausbeuterthums zu sehen, troht Herr Mességuier der Regierung und stößt die vom neuen Kabinett auf Grund des Gesetzes vom 27. Dezember 1892 empfohlene Einsetzung eines Schiedsgerichts unter dem Vorwande zurück, daß von dem Tage an, wo nicht jeder das ausschließliche Recht hätte, sein Personal nach Belieben zu wählen, jede Freiheit vernichtet und die französische Industrie zum Schaden der Arbeiter selber und zum großen Vortheil der ausländischen Industrie zu Grunde gerichtet wäre. „Wohin käme es auch in der That mit „jeder Freiheit“, wenn die Arbeiter sich einem politischen oder gewerkschaftlichen Verein anschließen dürfen, ohne Gefahr laufen zu müssen, dementhalben an die Lust gesetzt und ausgehungert zu werden? Und ist es nicht klar, daß die Industrie zum Schaden der Arbeiter selber zu Grunde ginge, wenn sie das Recht hätte, ihre Interessen selber zu verteidigen und Klassenangehörige anstatt Unternehmer in die politischen Vertretungskörper zu entsenden, ohne darum gemindert zu werden? Ja, nach Mességuier steht es außer Zweifel, daß die Freiheit wie die Industrie nur da gedeihen können, wo jeder Unternehmer das ausschließliche Recht hat, seine Arbeiter als Sklaven zu behandeln. Nur schade, daß die Arbeiterklasse anders denkt und Herr Mességuier außerhalb der panamistischen Kreise, die ihn zur Zurückweisung des Schiedsgerichts angeleitet haben, niemanden findet, der seinen Absagebrief gutheißt. Und diesen Kreisen ist der Widerstand Mességuier's schon darum willkommen, weil sie dadurch hoffen, das ihnen so verhasste Kabinett Bourgeois in Verlegenheit zu bringen und desto leichter aus dem Wege räumen zu können.

Angesichts dieses Widerstandes gegen die Einsetzung eines Schiedsgerichts haben die sozialistischen Abgeordneten einen Appell an die Arbeiter und Republikaner Frankreichs gerichtet, in welchem sie zeigen, daß Mességuier durch sein arrogantes Vorgehen, seine wiederholte Weigerung, ein Schiedsgericht anzunehmen, sowohl das Gesetz betreffend die Einigungs- und Schiedsämter wie das Gewerkschaftsgesetz mit Füßen tritt. „Die Landesvertreter — heißt es dann im Appell — werden sich gewiß fragen, ob es nicht unerträglich sei, daß derart einer oder einige Menschen die ganze Arbeitsgesetzgebung der Republik zu Falliment bringen können. Sie werden sich fragen, ob es in den republikanischen Gesetzen kein Mittel giebt, diesen unversöhnlichen Absolutismus, der die Verneinung der Republik selbst und eine fortgesetzte Ursache des Bürgerkriegs ist, zu brechen. Bis dahin werdet Ihr Arbeiter alle, die Ihr Euer Recht behalten wollt, Ihr Republikaner alle, die Ihr die Republik behalten wollt, durch Eure Subskriptionen und Eure Sympathien die Glaskarrieren von Carmaux unterstützen.“ Nachdem sodann noch darauf hingewiesen, daß die Arbeiter der anderen Länder sich den französischen Arbeitern bereits anschließen — in der That haben sich sowohl in London wie in Glasgow Unterstützungscommittees gebildet, um den Arbeiterorganisationen hingeworfenen Fehdehandschuh aufzunehmen — schließt der Appell: „Arbeiter der weiten industriellen Welt, die Ihr überall unterdrückt, überall bedroht seid; Republikaner, die Ihr nicht die Republik bis auf den Namen verlieren wollt; klarschauende Patrioten, die Ihr das französische Vaterland nicht von der Idee des Fortschritts und der sozialen Gerechtigkeit trennt, Ihr werdet unsern Appell hören!“

Telegraphisch wird gemeldet, daß die Regierung das neue Vereinsgesetz schon ausgearbeitet hat, und daß die neue Untersuchung der Südbahn-Angelegenheit schon begonnen hat.

Bulgarien.

— Die Adresse der Sobranje. Die Erwiderungsadresse der bulgarischen Volksvertretung auf die Thronrede des

Kaisers ist nunmehr überreicht. In dem bombastischen Worten, mit denen solche offiziellen Aktenstücke auch bei halbwillkürlichen Staaten schon abgefaßt werden, heißt es darin u. A.: Wir hoffen, daß durch Akte der Sympathie das für unser Vaterland so ersehnte Ereignis, die Wiederveröhnung zwischen uns und unserer großen Schwester, sich erfüllen wird. Ueberzeugt von ihren unentwegten Wünschen für das Wohlergehen des bulgarischen Volkes und ihrer Liebe für Bulgarien, betrachten wir es als unsere heilige Pflicht, Ihnen unseren glühenden Wunsch zu unterbreiten, daß unser vielgeliebter Thronfolger Prinz Boris zur heiligen orthodoxen Kirche übertritt. Dadurch wird der Haß, welcher die nationale Dynastie begründete, untrennbar mit dem Lande vereint werden. Dieser Staatsakt ist sowohl von der historischen Aufgabe, als von den Idealen des bulgarischen Volkes diktiert.

Die „nationale Dynastie“ reist in diesem Wortschwall ebenso zum Lachen, wie „das Ideal und die historische Aufgabe“ des bulgarischen Volkes; das Ideal besteht nämlich wesentlich im russischen Rubel, und die Wiederveröhnung mit der großen Schwester wäre, wenn Rußland freie Hand hätte, darin bestehen, daß Bulgarien einfach zu einer russischen Provinz gemacht würde.

Türkei.

— Tolle Alarmanachrichten werden verbreitet. Die „Mächte“ hätten gedroht, militärisch zu interveniren. Der Sultan habe eine Verfassung bewilligt, dann aber wieder zurückgezogen. Der Sultan habe die Ermordung aller Armenier befohlen. Und so weiter. All diese Nachrichten bedürfen keiner ernstlichen Widerlegung. Den Wählereien der Herren Diplomaten ist es gelungen, die Türkei in eine akute Krisis zu stürzen, aber der „ranke Mann“ am Bosphorus ist wohl kaum kränker, als verschiedene seiner Herren Doktoren.

Ruba.

— Der Aufstand. Auf Ruba wird die Entscheidung wohl bald fallen; wie dem Madrider „Geraldo“ aus Havanna gemeldet wird, wird Magimo Gomez, der Oberanführer der Aufständischen an der Spitze bedeutender Streitkräfte die Bewegung weiterführen, um in die Provinz Sancta Clara einzubringen; zu gleicher Zeit werde der Rebellenführer Antonio Maceo in die Provinz Puerto Principe eindringen. Das Blatt bemerkt hierzu, daß diesen Bewegungen in Havanna viel Aufmerksamkeit zugewendet wird.

Aus wird geschrieben:

Wie sich die Reiten und mit ihr die Urtheile ändern.

In dem Protokoll über den Erfurter Parteitag (1891) findet sich auf Seite 219 eine Rede unseres Genossen Dr. Bruno Schoenlant, welche wie folgt lautet:

„Die Reden des Herrn von Vollmar in München hätten viel eher von einem volksparteilichen, als einem sozialdemokratischen Manne gehalten werden können. Es ist ein geradezu bewundernswerther Optimismus, wenn man zwei Tage nach Caprioli's Erklärung, die Kornzölle nicht auszuheben, die Hoffnung ausspricht, daß man auch in sozialistischen Sachen von der Regierung Konzessionen auf dem Wege der Verhandlung erwarten könne. Darin hat sich Vollmar getäuscht wie in anderen Punkten. Er sieht die Bismarck'sche Gewaltpolitik beseitigt und erkennt gerade darin den neuen Kurs. Bei Gelegenheit der Beratung der Unteroffiziers-Petitionen im Reichstage hat aber Caprioli erklärt, er rechne darauf, daß es einmal zum Straßenkampf käme und für diesen Fall müßten die Unteroffiziere warm gehalten werden. Solche Dinge sind gesprochen worden und Vollmar redet davon, daß der Weg der Verhandlung betreten werden müsse. Seine Rede war eine volksparteiliche, nicht aber eine sozialdemokratische. Wegen eines zufälligen Ereignisses, wegen des Sturzes Bismarck's verlangt er eine Aenderung der Tendenz unserer ganzen Bewegung, nicht bloß der Taktik; er will an die Stelle der revolutionären Auffassung, daß nur durch Umänderung der Produktionsweise die heutige Unterdrückung der Arbeiterklasse beseitigt werden kann, eine gemäßigtere bürgerliche Arbeiterpartei setzen, er will uns abspalten mit kleinen Vorden! Von niemand mehr als von ihm hat mich das gewundert, solche Ausführungen zu hören. Vollmar war als einer der Radikalführer in der Partei bekannt und plötzlich entpuppt er sich als ein Opportunist, wie er schöner nicht gedacht werden kann. Er hat sich früher doch ein bißchen anders festgelegt. Im Jahre 1882 hat er in Zürich eine Broschüre erscheinen lassen, worin er ausführt, daß es schädlich wäre für die Partei, wenn das Ausnahmegefeß aufgehoben würde, wir müßten nicht nur die Evolution, sondern auch die Revolution wollen, wir akzeptiren zwar alle Zustände, gäben uns aber damit nicht zufrieden. Noch im vorigen Jahre galt Vollmar in Halle als Schirmherr und Schutzpatron der Berliner Opposition. Ich kann mir daher den Seelenschmerz der Berliner „Jungen“ schon vorstellen, der sie ergrieffen hat, als sie diese Rede vom 1. Juni lasen und nun sahen, wie Vollmar vom großen Revolutionär zu einem Sozialdemokraten in Schuallenschuhen und Gestirps gekommen ist.“

So Schoenlant über Vollmar vor vier Jahren. In der letzten Mittwoch-Nummer 258 der „Leipziger Volkszeitung“, deren Chefredakteur bekanntlich Genosse Schoenlant ist, befindet sich nun ein Leitartikel, in dem die Gegner des Agrarprogramms im allgemeinen und die Resolution Rautsky im speziellen mächtig heruntergeputzt werden und dessen Stil und Inhalt zweifellos auf den Chefredakteur als Verfasser hinweisen.

In diesem, mit der ganzen Berve eines Neubefehlten geschriebenen Artikel befindet sich folgende Stelle: „Mit einem glänzenden Erfolge, den niemand bestritten, haben unsere bayerischen Genossen im Landtage, die die Eigenart ihrer Verhältnisse von Grund aus kennen, die Sache der Sozialdemokratie gefördert. Ihre Taktik hat sich bewährt, die Partei in Bayern ist damit einverstanden, den Wählern gegenüber haben sich die Erwählten zu einer bestimmten Politik verpflichtet. Sie handeln im Einverständnis mit jenen und nach ihrer eigenen Ueberzeugung. So versteht sich die Schern'sche Erklärung. Die Bayern haben eine praktische-revolutionäre Politik getrieben, die einzig richtige und die einzig mögliche. Und auf einmal sollten sie Sozialpolitik treiben? Das sind doch Menschen von Fleisch und Blut, und nicht Figuren im Puppentheater, die der Draht bald hierhin, bald dorthin lenkt.“

Anmerkungen zu diesen beiden sich so schroff gegenüber stehenden Urtheilen erübrigen sich wohl. Nur so weit von der Politik die Rede ist, sei die Bemerkung gestattet, daß gegen Vollmar und seinen bayerischen Freunden dieser Vorwurf nirgends erhoben ist. Wenn es irrig ist, so ist das sicher anderwärts der Fall.

J. Auer.

Partei-Nachrichten.

Parteifinanzien. In der Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den 3. Hamburger Wahlkreis wurde berichtet, daß die Einnahme im 3. Quartal 7626,10 M., die Ausgabe 5951,61 M. betrug. Von dem verbleibenden Bestand von 1674,49 M. bewilligte die Versammlung dem Vertrauensmann 500 M. zur Agitation. — Der Sozialdemokratische Verein für den 1. Hamburger Wahlkreis hatte in demselben

Quartal eine Einnahme von 7449,10 M., eine Ausgabe von 8202,05 M. Ein Antrag des Kassiers, dem Vertrauensmann 2000 Mark zu überweisen, wurde mit großer Majorität angenommen.

Politikalisches, Gerichtliches etc.

— Zum Prozeß gegen Genossen Gildenberg in Erfurt (siehe „Vorm.“ vom Donnerstag d. 7. d.) entnehmen wir dem Berichte der „Thür. Tribüne“ noch folgende Einzelheiten: Den 18 Fällen von Majestätsbeleidigungen, welche in der Anklageschrift aufgezählt waren, wollte der Staatsanwalt noch zwei weitere zugefügt wissen. Alle inkriminirten Artikel waren aus der „Thür. Tribüne“ auch in das Kopfblatt „Nordhäuser Volksblatt“ übergegangen. Da das letztgenannte Blatt einen anderen Versteckort habe, so führte der Staatsanwalt aus, so lägen auch bei jedem Blatte selbständige Handlungen vor. Dieser Auffassung traten die Verteidiger entgegen. Rechtsanwalt Jander weiß nicht, daß hier ungewissheit nur eine fortgesetzte Handlung vorliegen könne. In allen Artikeln sei nur auf die Rede einer Person Bezug genommen. Wenn die Staatsanwaltschaft die mehrfache Handlung darin suche, daß das Kopfblatt „Nordh. Volksbl.“ für einen anderen Versteckort bestimmt sei, so müsse man schließlich zu dem Schluss kommen, daß die Herstellung jedes einzelnen Exemplares einer Zeitung eine selbständige Handlung bedeute, sei doch jedes Exemplar auch für einen anderen Versteckort bestimmt. — Diesen Ausführungen schloß sich das Gericht an und verurtheilte den Angeklagten, wie bereits mitgeteilt, wegen einer fortgesetzten Handlung zu 5 Monaten Gefängnis, während der Antrag des Staatsanwalts zusammengezogen auf 18 Monate lautete. Von der seit 19. September erlittenen Untersuchungshaft werden 6 Wochen angerechnet. Genosse Gildenberg wurde auf seinen Antrag vorläufig auf freien Fuß gesetzt, da ein Fluchtverdacht nicht mehr begründet schien. — Schließlich sei noch erwähnt, daß es der Staatsanwalt Schubert für gut fand, Genossen Gildenberg einen „gewerblich- und gewohnheitsmäßigen Beleidiger“ (nicht „Verleumder“, wie im Falle Halle) zu nennen, gegen welchen Vorwurf Rechtsanwalt Jander entschieden protestirte.

Gewerkschaftliches.

Sämmtliche Mittheilungen von Organisationen, vor allem solche über Nachhänge oder Ausperrungen, müssen nicht den Stempel der betreffenden Organisation tragen.

Au sämmtliche im Malergewerbe beschäftigten Arbeit-

nnehmer Berlins und sämmtlicher Vororte! Kollegen, Berufsgenossen! Nachdem in den Versammlungen vom 11. und 27. September beschlossen worden war, im kommenden Frühjahr in eine Lohnbewegung einzutreten, wurden in der Versammlung vom 29. Oktober die von der Lohnkommission im Lohnarif formulirten Forderungen einstimmig genehmigt. Mit der Verendung des Lohnarifs an die Prinzipale sind die Würfel gefallen. Jetzt bereits wird der Kampf entbrennen. Um nicht ohne Substanzmittel, sondern allen Anforderungen gewachsen zu sein, beschloß die Versammlung mit großer Majorität, daß von Sonnabend, den 2. November ab jeder im Malergewerbe beschäftigte Arbeiter 25 Pfennige wöchentlich zum Streikfonds zahlen solle. Nun, Kollegen, kommt diesem Beschluß auch nach; diejenigen, denen der Betrag zu hoch schien, dürfen nicht vergessen, daß die Majorität erkannte, daß mit den niedrigen Beiträgen nicht mehr auszukommen sei, weshalb die Beiträge zum Streikfonds auf 25 Pf. zu erhöhen wären. Für diejenigen Kollegen, die in Werkstätten arbeiten, wo keine Werkstattheilgenoten vorhanden, sind die neuen Streikmarken à 25 Pf. und abgestempelte Streikarten in allen Zahlstellen und Bihalen zu entnehmen und es ist dabei Wohnung und Name genau anzugeben. Die Werkstattheilgenoten haben jedoch ihren Bedarf an Karten und Marken nur von den Lohnkommissions-Mitgliedern zu entnehmen. Die Abrechnungen müssen wochentäglich geschehen. Wir möchten jedoch bitten, daß in allen Werkstätten, wo noch keine Werkstattheilgenoten ernannt sind, die Kollegen unverzüglich Delegirte wählen. Zur Entnahme von Marken werden die Lohnkommissions-Mitglieder an folgenden Stellen zugegen sein: J. Däker in Charlottenburg im Lokale Bismarck- und Rüderstraßen 5 Ecke, Sonntags vormittags 10—12 Uhr. Carl Kasser für Friedenau und Umgegend in Friedenau, Kirchstr. 15, Restaurant Hohl, Sonntags 10—12 Uhr vormittags. K. Kroll für Moabit und Norden, bei Gieshoit, Sogenstraße, Sonntags 10—12 Uhr vormittags. G. Böbling für Ost und Nord-Ost, bei Biedemann, Blumenstr. 58, Sonntags 10—12 Uhr. J. Link, Süden und Südost bei Stramm, Ritterstraße 123. Sonntags abends 5—7 Uhr. G. Ziebarth für Rixdorf bei Thomas, Vergstraße. Sonntags 10—12.

Die Abstempelung der Streikarten für Arbeitslose geschieht an jedem Freitag vormittags von 10—11 Uhr für Berlin im Restaurant Köllig, Neue Friedrichstr. 44; für Charlottenburg, Friedenau und Rixdorf an allen Freitagen von 10—11 Uhr in oben genannten Lokalen. Sämmtliche Zuschriften und Anfragen sind an Unterzeichneten zu richten.

Die Lohnkommission.

J. A. G. Link, Ritterstr. 123, Restaurant Stramm.

Der Korbmacherstreik in Halle a. S. ist siegreich beendet. Die Firma hat die Forderung der 10 ausstehenden Korbmacher voll bewilligt. Er handelte sich um den Preis der Körbe für Säureballen. Bisher wurden pro Stück 21 Pf. bezahlt, jetzt ist der Forderung der Gehilfen auf 25 Pf. voll Rechnung getragen worden. Der Streik hat genau drei Wochen gedauert.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Weiskensfeld, 7. November. (B. H.) Durch eine Feuersbrunst wurden der Förderturm, das Maschinenhaus und das Maschinenhaus der Genossenschaftsgrube „Neuglück“ zerstört. Der Materialschaden ist bedeutend.

Wien, 7. November. (B. H.) Der Immunitäts-Ausschuß beschloß in seiner heutigen Sitzung, dem Hause vorzuschlagen, es sei dem Ansuchen des Kreisgerichts Kornburg um Auslieferung des Abgeordneten Schneider wegen Vergehens nach § 302, sowie um Ansuchen des Bezirksgerichts Wien um Auslieferung des Abg. Dr. Suger wegen Ehrenbeleidigung stattzugeben.

Paris, 7. November. (B. H.) Die Nachricht, daß die Regierung gegen alle Parlamentarier und Verwalter der Südbahn eine neue Untersuchung eingeleitet hat, erregt hier ungeheure Sensation. Wie noch gemeldet wird, ist der Gouverneur Christoffe vom Credit foncier seines Postens enthoben und an seiner Stelle Labery zum Gouverneur ernannt worden.

Paris, 7. November. (B. H.) Die Regierung wird die Arbeiterbörse wieder eröffnen unter der Bedingung, daß nur gesetzlich konstituirte Syndikate auf derselben seien und daß diese sich nicht mit politischen Fragen beschäftigen.

Glasgow, 7. November. (B. H.) Die strenge Aufrechterhaltung der Auslieferung seitens der Schiffsbauer am Clyde hat den Einstuß gehabt, daß noch andere Arbeiter sich dem Ausstand anschlossen. Man glaubt, daß die Regierung wegen der am Clyde im Bau befindlichen Schiffe für die Marine eingreifen wird. Es ist jedoch trotz dem keine Aussicht auf nahe Beilegung vorhanden. Der Streik verspricht sich lang und erbittert hinzuziehen, da die Ausständigen größere Fonds besitzen.

Konstantinopel, 7. November. (B. H.) Der Vorkläster am Berliner Hofe, Zewski Pascha, zum Minister des Aeußern ernannt worden.

Parteigenossen! Arbeiter!

Wähler der III. Abtheilung!

Auf zur Stadtverordneten-Wahl, die

Heute Freitag von 9 Uhr früh bis 7 Uhr abends

in den unten bezeichneten Lokalen stattfindet. Geht Mann für Mann an den Wahlstisch und gebt Eure Stimme nur den sozialdemokratischen Kandidaten.

Es gilt nicht nur, die in unserem Besitz befindlichen Bezirke wieder zu gewinnen, nein, auch die übrigen Bezirke der III. Abtheilung müssen erobert werden. Nur bei starker Vermehrung der sozialdemokratischen Stadtverordneten wird es gelingen, in Berlin bessere Verhältnisse in den Schulen, bei der Krankenpflege, sowie beim Armenwesen und der Vergabung städtischer Arbeiten zu schaffen, wird es möglich sein, die Forderungen der Arbeiterklasse auf vernünftige Lohn- und Arbeitsbedingungen durchzusetzen, wird der Ausbeutung städtischen Besitzes durch das Privatkapital ein Ende gemacht werden können.

Parteigenossen! Laßt Euch durch Niemanden zurückhalten, Eure Pflicht zu erfüllen. Werbt neue Streiter für die Sozialdemokratie, indem Ihr dafür sorgt, daß die Wähler der III. Abtheilung ihr Wahlrecht ausüben und ihre Stimmen den Vertretern der Armen und Bedrückten, den sozialdemokratischen Kandidaten geben.

Arbeiter! Parteigenossen! Folgt dem Beispiel der tapferen Dortmunder Genossen. So wie diese die nationalliberale Hochburg gestürmt haben, so wollen wir in Berlin

Heute Freitag

der freisinnigen Kommunalwirthschaft die verdiente Niederlage bereiten.

Vorwärts also zum Kampf und Sieg! Hoch die Sozialdemokratie!

Wir veröffentlichen nachstehend das Tableau der bevorstehenden Stadtverordneten-Erwahlungen und bemerken ausdrücklich, daß diejenigen Wähler, welche seit dem 1. August verzogen sind, in demjenigen Bezirk zu wählen haben, in welchem sie zur Zeit der Aufstellung der Wählerlisten — also im Juli d. J. — gewohnt haben.

Wähler ist jeder Preusse, der 24 Jahre alt, seit einem Jahre in Berlin wohnt, seit dieser Zeit keine Armen-Unterstützung aus öffentlichen Mitteln erhalten und die ihn betreffenden Gemeinde-Abgaben bezahlt hat, sowie mindestens in die zweite Steuerstufe (600—900 M. Einkommen) eingeschätzt ist.

2. Kommunal-Wahlbezirk, enthaltend die Stadtbezirke 6—10 und vom Stadtbezirk 144: Kleine Kurstr. 9, Niederwallstraße 24 u. 25, Spittelmarkt 14 u. 14a, in welchem ein Hausbesitzer zu wählen ist.

Wahllokal: Niederwallstr. 20 bei Kühne.

Kandidat: Expedient August Jacobey, Gochstr. 33.

5. Kommunal-Wahlbezirk und zwar: Theil I, enthaltend die Stadtbezirke 21, 29 u. 30 und vom Stadtbezirk 22: Wilhelmstraße 42a, Zimmerstr. 1 mit Ausschluss des Grundstücks Königgräberstr. 121 von Stadtbezirk 21.

Wahllokal: Albrechtsgarten, Wilhelmstr. 105.

Theil II, enthaltend die Stadtbezirke 26, 27 und 28, mit Ausschluss der Grundstücke Charlottenstr. 11—12 von Stadtbezirk 26, Lindenstr. 89, Markgrafenstr. 10—16 und 85—94; Junkerstr. 1 von Stadtbezirk 27.

Wahllokal: Friedrichstr. 228 bei Frick.

Kandidat: Zigarrenhändler Otto Nutria, Steinmetzstr. 60.

7. Kommunal-Wahlbezirk, in welchem ein Hausbesitzer zu wählen ist, und zwar: Theil I, enthaltend die Stadtbezirke 31, 32, 38 und 39 und vom Stadtbezirk 46: Wilowstr. 98; von Stadtbezirk 45: Frobenstr. 1—11 und 41, An der Aposteltirche 1, Kurfürstenstr. 29—46 und 139—150; mit Ausschluss des Grundstückes Linkstr. 46 von Stadtbezirk 31.

Wahllokal: Potsdamerstr. 128 A bei Zimmermann.

Theil II, enthaltend die Stadtbezirke 33—37.

Wahllokal: Friedrich Wilhelmstr. 13 bei Grundmann.

Kandidat: Stadtv. Friz Zubeil, Lindenstr. 106.

11. Kommunal-Wahlbezirk, in welchem ein Hausbesitzer zu wählen ist, und zwar: Theil I, enthaltend die Stadtbezirke 63, 65 und 67; mit Ausschluss der Grundstücke Belle-Alliancestraße 90, Gneisenaustr. 1 vom Stadtbez. 63.

Wahllokal: Habel's Brauerei, Bergmannstr. 5—7.

Theil II enthaltend den Stadtbezirk 64.

Wahllokal: Bodbrauerei, Fiedrichstr. 2—6.

Theil III enthaltend den Stadtbez. 66.

Wahllokal: Fossenerstr. 30 bei Jaap.

Theil IV enthaltend den Stadtbezirk 75.

Wahllokal: Viktoriapark, Gneisenaustr. 67.

Theil V enthaltend die Stadtbezirke 74 und 77.

Wahllokal: Grimmstr. 6 bei Schröder.

Theil VI enthaltend den Stadtbezirk 76.

Wahllokal: Gappold's Brauerei, Hasenheide 32—38.

Theil VII enthaltend die Stadtbezirke 78 A und 78 B.

Wahllokal: Gräferstr. 76 bei Fiebrer.

Kandidat: Stadtv. Friz Zubeil, Lindenstr. 106.

13. Kommunal-Wahlbezirk, in welchem ein Hausbesitzer zu wählen ist, und zwar: Theil I, enthaltend die Stadtbez. 88, 89, 90 und vom Stadtbez. 87: Admiralsstr. 36—40a, Bräuerstr. 25, Kottbuserstr. 7 und 8; mit Ausschluss des Grundstückes Neichenbergerstr. 173 von Stadtbez. 89.

Wahllokal: Mariannenstr. 19 bei Giltsher.

Theil II enthaltend die Stadtbezirke 91—94; mit Ausschluss der Grundstücke: Laufgerstr. 1, Staligerstr. 89, 40 und 46, Wienerstr. 68 und 69 von Stadtbez. 94.

Wahllokal: Reichenbergerstr. 147 bei Gansewig.

Kandidat: Stadtv. Gottfr. Schulz, Admiralsstr. 40 a.

15. Kommunal-Wahlbezirk und zwar: Theil I, enthaltend die Stadtbezirke 82 und 83 und vom Stadtbezirk 81: Elisabethstr. 36 mit Ausschluss der Grundstücke: Adalbertstr. 65, Raunynstraße 59 von Stadtbezirk 83.

Wahllokal: Adalbertstr. 21 bei Koll.

Theil II, enthaltend die Stadtbezirke 84 und 85 und vom Stadtbezirk 86: Oranienstraße 24—26 und 180—183; von Stadtbezirk 95: Rantessstraße 42, Oranienstraße 1; von Stadtbezirk 97: Mariannenstr. 61—63, Raunynstr. 2—15, Mariannenplatz 6a.

Wahllokal: Oranienstr. 190 bei Ischenge.

Kandidat: Stadtv. Th. Mehnert, Oranienstraße 184.

17. Kommunal-Wahlbezirk und zwar: Theil I, enthaltend die Stadtbezirke 115, 116 und 117; mit Ausschluss der Grundstücke: Brandenburgstr. 17 und 64, Wasserthorstr. 25a von Stadtbezirk 116.

Wahllokal: 57/72. Gemeindeschule, Brandenburgstraße 78/79 — Turnhalle.

Theil II, enthaltend die Stadtbezirke 114, 123 und 124; mit Ausschluss der Grundstücke: Prinzenstr. 91, Ritterstr. 19a—29 und 96—103 von Stadtbezirk 123.

Wahllokal: Fürststr. 10 bei Wilke.

Kandidat: Zigarrenhändler Wilhelm Börner, Ritterstraße 15.

24. Kommunal-Wahlbezirk und zwar: Theil I, enthaltend die Stadtbezirke 168, 169 und 172; mit Ausschluss der Grundstücke: Breslauerstr. 17, Fruchtstr. 9—10 und 81—82, Schleifacher Bahnhof, Empfangsgebäude und Bahnanlagen bis zur Warschauerstraße von Stadtbezirk 168, Hübnerdörferstr. 41—51 von Stadtbezirk 172.

Wahllokal: Langestr. 65 bei Gwazarek.

Theil II, enthaltend die Stadtbezirke 170, 171 und 173; mit Ausschluss des Grundstückes: Koppensstr. 34 von Stadtbez. 173.

Wahllokal: Franer's Hülselein, Koppensstr. 68.

Kandidat: Wildhauer Paul Dupont, Solmsstr. 33.

27. Kommunal-Wahlbezirk, und zwar: Theil I, enthaltend die Stadtbezirke 152, 154 und 155 und vom Stadtbez. 146: Große Frankfurterstr. 70, Schildingstr. 20; mit Ausschluss der Grundstücke: Gr. Frankfurterstr. 49 und 89, Markusstr. 30 von Stadtbez. 152, Pallisadenstr. 88—89, Straußbergerstr. 9 und 85 von Stadtbez. 155.

Wahllokal: Weberstr. 24 A bei Freihaupt.

Theil II enthaltend die Stadtbezirke 153, 156 und 159 und vom Stadtbez. 151: Krantzstraße 1a—2 und 54a—55a; von Stadtbez. 162: Andreasstr. 41—44 und 47, Blumenstr. 34a—41 und 43—51, Krantzstr. 53—54; mit Ausschluss der Grundstücke: Große Frankfurterstr. 90—109 und 127, Markusstr. 29, Koppensstraße 85 von Stadtbez. 153, Gr. Frankfurterstr. 38—48, Weberstraße 64 von Stadtbez. 156, Gr. Frankfurterstr. 19, Koppensstraße 37—40, Pallisadenstr. 88 von Stadtbez. 159.

Wahllokal: Gr. Frankfurterstr. 99 bei Marlini.

Kandidat: Stadtv. Julius Henke, Raunynstr. 27.

30. Kommunal-Wahlbezirk und zwar: Theil I, enthaltend die Stadtbezirke 202—206, mit Ausschluss der Grundstücke: Alexanderstr. 53, Frenzlauerstraße 50/51 von Stadtbezirk 202, Mühlstr. 8—9 von Stadtbezirk 205, Mühlstr. 1—7, Kochstr. 1 bis 6 und 15—19, Neue Schönhäuserstr. 21, An der Stadtbahn 40 von Stadtbezirk 206.

Wahllokal: „Mühlhof“, Mühlstr. 20.

Theil II, enthaltend die Stadtbezirke 207—209 und vom Stadtbezirk 213: Liniestr. 202; von Stadtbezirk 210: Gipsstr. 18, Rosenthalerstr. 25; mit Ausschluss der Grundstücke: Neue Schönhäuserstr. 1 und 1a, Weinmeisterstr. 1a—8 von Stadtbezirk 207.

Wahllokal: Rosenthalerstr. 4 bei Fiedler.

Kandidat: Tischler Rudolf Millarg, Prinzessinnenstr. 8.

33. Kommunal-Wahlbezirk und zwar: Theil I, enthaltend die Stadtbezirke 226, 227 und 235 und vom Stadtbezirk 221: Angermünderstr. 1, Christinenstr. 1, Lotzbringerstr. 23—27; von Stadtbezirk 225: Chorinerstr. 4—6 und 78—86, Geddenickerstr. 9, Stadtbezirk 237: Adlerstr. 27—28 und 143, Invalidenstr. 5 und 159—163; mit Ausschluss der Grundstücke: Fehrbellinerstraße 58 bis 62 von Stadtbezirk 226.

Wahllokal: 67. Gemeindeschule, Adlerstraße 28 A — Turnhalle — Eingang: Elisabethkirchstr. 19.

Theil II, enthaltend die Stadtbezirke 236, 268 und 269 und vom Stadtbezirk 237: Invalidenstr. 148—152, Bergstr. 30 u. 31, Pappelplatz; von Stadtbezirk 267: Bergstr. 62; mit Ausschluss der Grundstücke: Gartenstraße 26—35 und 145—155, Invalidenstr. 18—23 und 129—132 von Stadtbez. 268, Elsfasserstr. 27 bis 30 von Stadtbez. 269.

Wahllokal: 67. Gemeindeschule, Adlerstr. 28 a — Aula — Eingang: Elisabethkirchstr. 19.

Kandidat: Uhrmacher Otto Naether, Anklamerstr. 44.

35. Kommunal-Wahlbezirk und zwar: Theil I, enthaltend die Stadtbezirke 229 und 230.

Wahllokal: Fehrbellinerstr. 25 bei Dahlenburg.

Theil II, enthaltend die Stadtbezirke 231, 232 und 233; mit Ausschluss der Grundstücke: Rastanten-Allee 86 und 70, Schwedterstraße 29 von Stadtbez. 233.

Wahllokal: Swinemünderstr. 140 bei Holm.

Theil III, enthaltend die Stadtbezirke 234, 235 und 236; mit Ausschluss der Grundstücke: Bernauerstr. 26 von Stadtbezirk 235, Rheinsbergerstr. 79 von Stadtbez. 236.

Wahllokal: Rheinsbergerstr. 64 bei Pröll.

Kandidat: Stadtv. Robert Herzfeldt, Plan-Wer 41.

39. Kommunal-Wahlbezirk, in welchem ein Hausbesitzer zu wählen ist, und zwar: Theil I, enthaltend die Stadtbezirke 216, 217 und 230 und vom Stadtbez. 211: Artilleriestr. 13—16, Ziegelstr. 14—21; von Stadtbezirk 215: Artilleriestr. 4a—4c, 21 und 31—31a, Auguststraße 4, Oranienburgerstraße 85—89 und 64—69; mit Ausschluss der Grundstücke: Auguststr. 1—2 und 89—93 von Stadtbez. 216.

Wahllokal: Friedrichstr. 123 bei Krämer.

Theil II, enthaltend die Stadtbezirke 279, 281—283 und 285 und vom Stadtbez. 286: Alt-Moabit 129, Werstr. 21; mit Ausschluss der Grundstücke: Invalidenstr. 80—83 von Stadtbez. 282.

Wahllokal: Fulsenstr. 55 bei Krenz.

Kandidat: Stadtv. Robert Herzfeldt, Plan-Wer 41.

42. Kommunal-Wahlbezirk, in welchem ein Hausbesitzer zu wählen ist, und zwar: Theil I, enthaltend die Stadtbezirke 276, 277 und 278.

Wahllokal: Neue Gochstr. 49 bei Altmann.

Theil II, enthaltend die Stadtbezirke 319 und 320, mit Ausschluss der Grundstücke: Pantstr. 7 und 47 von Stadtbezirk 319.

Wahllokal: 118. Gemeindeschule Pankstr. 8 (Turnhalle).

Theil III, enthaltend die Stadtbezirke 321—323.

Wahllokal: Stettinerstr. 57 bei Schulz.

Theil IV, enthaltend die Stadtbezirke 324—326 und vom Stadtbezirk 313: Grezgerstr. 12, Schulstr. 61—86.

Wahllokal: Marienbad, Badstr. 35/36.

Kandidat: Expedient August Jacobey, Gochstr. 33.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Öffentliche Sitzung vom Donnerstag, 7. Nov., nachmittags 5 Uhr.

In der letzten Woche sind die Stadtverordneten C. und E. Mann und P. C. Sohn gestorben. Der Vorsteher widmet ihnen einen ehrenden Nachruf.

Nachdem erst vor wenig mehr als Jahresfrist die neue Befoldungsordnung für die städtischen Lehrer und Beamten in Kraft getreten ist, hat der Magistrat bei der Veranlassung einer Abänderung derselben beantragt, welche sich auf die Normierung des Gehalts für die ordentlichen Lehrer an den Real- (höheren Bürger-) Schulen bezieht und zugestandenem Maße von Ersparnismaßnahmen diktiert ist. Magistrat will nämlich die vier untersten Lehrstellen an jeder der 12 Realschulen in Zukunft mit seminaristisch vorgebildeten Lehrern besetzen, während diese Stellen jetzt wie alle übrigen mit akademisch gebildeten, den Titel „Oberlehrer“ führenden Lehrkräften besetzt sind. Das Gehalt soll, um nicht die tüchtigen Lehrkräfte aus dem Gemeindebezirk abzuführen, mit demjenigen der Elementarlehrer an den höheren Mädchenschulen gleichgestellt werden. Der Ausschuss für die Vorlage hat sich indes weder mit der beabsichtigten Neuordnung an sich, noch mit der Ersparnis von 4–500 M. pro Stelle befreunden können und die Vorlage einstimmig abgelehnt. Der Versuch des Stadtschulraths Bertram, sie zu retten, bleibt erfolglos; ohne Debatte wird die Verwerfung beschloffen.

Vom 1. Januar 1898 ab soll als Berechnungsnorm für den gesamten Verbrauch von Elektrizität die Kilowattstunde (= 1000 Volt-Ampere) gelten und diese mit 60 Pf. berechnet werden, zugleich sollen verschiedene Tarifermäßigungen in Kraft treten, die bisherigen Grundtarifen (Lampengebühren) fortfallen und die Normallampen-Vernunfttarife (der städtische Verbrauch einer Glühlampe von 16 Normalkerzen Leuchtkraft 50 Watt) allgemein als 50 Wattstunden definiert und mit 8 Pf. berechnet werden. Die Tarifermäßigungen betreffen hauptsächlich in erhöhten Quantitätsrabatten, wodurch u. a. die Stadt selbst an den Kosten für die elektrische Beleuchtung der städtischen Gebäude, Straßen, Plätze u. etwa 20 pCt. erspart wird. Der Magistrat hat die vorliegenden Vorschläge genehmigt und macht davon der Versammlung Mitteilung, weist auch bei dieser Gelegenheit auf die seit einigen Monaten von den Berliner Elektrizitätswerken getrossene Einrichtung hin, wonach diese zunächst versuchsweise auch im Innern der Häuser elektrische Leitungen anlegt und dieselben gegen Zahlung einer Beisteuer zu den Installationskosten, im übrigen unter den tarifmäßigen Bedingungen den Abnehmern zur Benützung überläßt.

Die Vorlage wird ohne Debatte zur Kenntnis genommen. Mit der Gemeinde Waghagen-Kummelsburg soll städtischerseits ein Vertrag über die Lieferung von Gas aus den städtischen Gasanstalten zur öffentlichen Beleuchtung und zur Abgabe an Private in diesem Gemeindebezirk auf die Dauer von 30 Jahren abgeschlossen werden. Als besondere Konzession hat dem Gemeindevorstand der ermäßigte Preis von 12 Pf. für den Kubikmeter Gas zur Beleuchtung der Straßen und Gemeindegebäude bewilligt werden müssen. Zu neuen Rohrleitungen sind 65 750 M. erforderlich.

Die Versammlung giebt dem Vertragsskizzen ihre Zustimmung und bewilligt die geforderte Summe.

Der Stadts. Sach. II beantragt, unterstützt von 37 Mitgliedern:

Den Magistrat zu ersuchen, der Versammlung schleunigst eine Vorlage betr. Festlegung einer der späteren Errichtung einer Uferstraße ermöglichenden Baufluchtlinie zwischen Mühlenhamm- und Waisenbrücke am rechten Spree-Ufer zu unterbreiten.

Stadts. Sach. II hebt hervor, daß die äußere Veranlassung seines Antrags der Umstand sei, daß privaterseits das an das städtische Waisenhaus grenzende Grundstück angekauft ist zu dem Zwecke, darauf eine große Fabrikanlage zu errichten, die natürlich auch den betreffenden Uferstreifen okkupieren würde. Um dem vorzubeugen resp. um zu verhindern, daß später nach dem beabsichtigten Vorgang mit der „Alten Post“ die inzwischen aufgeführten Gebäude mit unverhältnismäßigen Kosten für die Stadt zurückzuerwerben werden müßten, habe er den Antrag eingebracht.

Nach einer kurzen Bemerkung des Stadtschulraths Voigt, der erklärt, daß es innerhalb des Magistrats in der Sache noch zu keiner abschließenden Entscheidung gekommen sei, wird der Antrag einem Ausschuss überwiesen.

Vom Stadts. III ist ein Antrag vor, den Magistrat zu ersuchen, die projektierte Steigung der Königin-Augustastrasse an der von der Heydbrücke mit Rücksicht auf die dem Wagenverkehr, insbesondere dem Lastfuhrverkehr drohenden übermäßigen Schwierigkeiten einer Prüfung zu unterziehen.

Der Antrag wird nach einer entgegenkommenden Erwiderung des Stadtschulraths Schöblich zurückgezogen.

Schluß 1/27 Uhr.

Eine Umwälzung auf dem Gebiete der Textilindustrie.

Im Gegensatz zu den letzten Jahren ist in der Textilindustrie dieses Jahre ein entschiedener Aufschwung zu verzeichnen; der Inlandkonsum hat sich vergrößert, der Export stieg wesentlich. Die Fabriken haben vollauf zu thun, neue Etablissements werden angelegt und betheiligen sich an dem Erfolge aufsteigender Konjunktur. Auch für die Arbeiter der Textilindustrie ist diese Wendung zum Besseren ein Anlaß, weniger von der Sorge der Arbeitslosigkeit bedrückt in die Zukunft zu blicken. In den letzten Jahren war der Verdienst klein; entweder trat in gewissen Monaten verkürzte Arbeitszeit mit Lohnkürzung ein oder standen gar die Spindeln ganz untätig, und das nackte Elend der Arbeitslosigkeit suchte einen jämlichen Theil der im Textilgewerbe beschäftigten Personen heim. Angesichts dieser trüben Vergangenheit wäre der frohe Ausblick in Gegenwart und Zukunft der Arbeiterwelt, soweit sie von der Spinnerei lebt, wohl zu gedenken, aber die Folgen des kapitalistischen Systems sind unerbittlich und jeder technische Fortschritt vermag sich zum sozialen Nachtheil der Arbeiterwelt und den Arbeitern der Textilindustrie nicht in solcher Schlag jetzt bevor. Im Jahre 1880 erfindet Ernst Hekner in Aue eine ganz einfache, aber damals noch ziemlich unbrauchbare Maschinenverbesserung, den sogenannten Heknerheiler. Im Laufe der vergangenen 34 Jahre ist dieser Heknerheiler derart verbessert und modifiziert worden, daß er den Krepelpfropfen einer totalen Wende unterwerfen wird. Auf die technischen Einzelheiten haben wir nicht einzugehen, wohl aber interessiert uns die Leistungsfähigkeit des Heknerheilers, die durch ihn bewirkte Erhöhung der Produktivität, speziell der Streichgarn-Spinnerei. Die ersten praktischen Proben haben ergeben, daß die Vortheile des neuen Krepelpfropfes sich nach zwei Seiten äußern: einmal werden die Abfallstoffe um nicht weniger als 6 pCt. reduziert; bisher betrug der Abfall 8 pCt. des verarbeiteten Materials; nach Einführung des Heknerheilers beträgt er nur noch 2 pCt. Dann aber erhöht der neue Krepelpfropfen die Leistungsfähigkeit der Maschine um nicht weniger als 50–75 pCt., eine Steigerung der Produktivität, die unter dem heutigen Produktionsystem geradezu einen vernichtenden Schlag auf die Arbeiterzahl bedeutet, welche in den von der Umwälzung betroffenen Spinnereien beschäftigt ist. Denn diese Mehrproduktion wird, wie ein Fachblatt

schreibt, erreicht „ohne jede Krepelpfropfen an Platz, Kraft, Krahenkonsum, Arbeits- und Meisterlohn u. s. w.“; der Steigerung der Produktivität steht also absolut keine vermehrte Ausgabe gegenüber, wodurch die Mehrproduktion vermindert würde. Vielmehr beträgt bei einer täglichen Produktion von 500 Pfd. die Mehrproduktion ca. 200 Pfd., das Pfund Krepelpfropfen zu 10 Pf. hierbei gerechnet, ergibt täglich 20 M., wöchentlich 120 M. Gewinn. Zusammen also beträgt der Nutzen des neuen Systems durch Ersparnis an Abfall und Gewinn an Mehrleistung pro Sortiment und Woche 210 M. und jährlich in 300 Arbeitstagen 10 500 M. Eine der ersten Firmen, welche das System praktisch verwertet hat, ist C. G. Schön in Werbau. Sie hat in ihrer ruffähigen Filiale nach Prüfung eines Probefortmittes gleich 7 solcher Sortimente aufgestellt und beabsichtigt mit der weiteren Durchführung des Systems fortzufahren. Der Textilindustrielle J. Singa in Rastdorf bei Reichenberg arbeitet schon seit 1 1/2 Jahren mit einem solchen Sortiment und äußert sich darüber: „Der Vorzug dieses Systems gipfelt besonders in einer nicht unbedeutenden Mehrleistung gegen andere Maschinen gleicher Breite.“ Auch in Hof und Spremberg sind Sortimente dieser Art in Thätigkeit. Noch ist in Betracht zu ziehen, daß die Einführungsbedingungen verhältnismäßig günstig sind und nur eine bescheidene Summe zur Umänderung des bisherigen Systems nöthig ist, so daß nach den bisherigen Erfolgen gar kein Zweifel an der raschen Einführung des Systems in der Textilindustrie auskommen kann.

Nur kurze Zeit also kann noch darüber vergehen, bis sich die Folgen dieser technischen Umwälzung bemerkbar machen. Mag auch eine Verbilligung der Textilwaren eintreten, mag der Konsum dadurch eine Steigerung erfahren, wie wird der Umsatz in Textilwaren sich um 50–75 pCt. innerhalb kurzer Zeit erhöhen lassen. Nun aber wird sich infolge der Neuerung die auf den Markt geworfene Waarenmenge mindestens um 50 bis 75 pCt. vermehren; es wird daher überschüssige Waare vorhanden sein, die in ihrer Nachwirkung notwendig die Produktion in ihrem heutigen Umfange unmöglich machen wird. Betriebe werden eingehen oder die Arbeiterzahl einzelner Betriebe wird beschränkt werden müssen; jedenfalls werden die nachtheiligen Folgen in letzter Linie den Textilarbeiter treffen.

So wird dieser technische Fortschritt das Proletariat vermehren, die Arbeitsgelegenheit vermindern, den Gegensatz zwischen Produktionsbedingungen und Produktionskosten verstärken und verschärfen, rückwärtend den Klassenkampf steigern und damit die unaufhaltsame Vorwärtsbewegung des Proletariats auch auf politischem Gebiete beschleunigen.

Kokales.

Achtung, Wahlergebnisse! An die Parteigenossen, in deren Händen die Agitation zur heutigen Stadtverordneten-Wahl ruht, ergeht hiermit das dringende Ersuchen, uns die Wahlergebnisse aus jedem Bezirk sofort nach deren Bekanntwerden durch einen mit Legitimation versehenen Voten genau mittheilen zu lassen. Auch wolle man die Voten, die ermächtigt sind, über den Ausfall der Wahl aus den anderen Kommunalwahl-Bezirken auf unserer Redaktion erlaubungen einzuziehen, mit entsprechender Legitimation versehen.

Die Redaktion des „Vorwärts“.

Agitation zur Stadtverordneten-Wahl. Die Parteigenossen und Genossen, die heute bei der Stadtverordneten-Wahl agitatorisch thätig sein wollen, werden ersucht, sich morgens zeitig an folgenden Stellen zu melden:

11. Wahlbezirk: Judeil, Lindenstr. 106.
12. Wahlbezirk: Wittenberg, Manteuffelstr. 60, v. p.
13. Wahlbezirk: Th. Meyer, Oranienstr. 134, Hof geradeg.
14. Wahlbezirk: Lindemann, Moritzstr. 9; Börner, Mitterstr. 15.
15. Wahlbezirk: Gastwirth Ehrbach, Langestr. 64; W. Eod, Grüner Weg 46.
16. Wahlbezirk: W. Maigut, Beberstr. 42; Jost, Rink'scher Bierauschank, Gr. Frankfurterstr. 39.
17. Wahlbezirk: Bernau, Hofenthalerstr. 37.
18. und 19. Wahlbezirk: Wigel, Adlerstr. 145.

Achtung, Rixdorf! Die Parteigenossen und Genossen, welche bei der Verbreitung des Flugblattes helfen wollen, werden ersucht, sich am Sonntag, den 10. November, vormittags 7 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Kummer, Berlinerstr. 3, zu melden. Das Gewerkschafts-Karteell.

Gebrauchsanweisung für die Kommunal-Wahlkarte. Durch einen raschnen Geschäftssinn suchen die „Freisinnigen“ die Ruinen ihrer Hochburg, soweit deren Trümmer noch im festen Wahlkreis unterliegen, wenigstens bei den Kommunalwahlen zu retten. Im 33. Bezirk verbreitete in letzter Stunde das liberale Wahlkomitee Wahlkarten zur Stadtverordneten-Wahl, welche den amtlichen Wahlkarten bis auf einige kleine Weglassungen genau nachgebildet sind. Es ist nur das Wort „Amtlich“ am Kopf und die Unterschrift „Magistrat“ am Ende fortgelassen. Ferner ist der Satz „diese Karte dient zur Legitimation bei der Wahl“ geändert in: „diese Karte dient zur Information bei der Wahl“.

Außerdem aber enthält die Karte den Zusatz: „Zu wählen ist der blick“.

Da dieses Flugschriftchen hoffentlich nicht gar darauf berechnet ist, als gültige Legitimation an Stelle der amtlichen Karte anerkannt zu werden, so warnen wir hiermit davor, dieselbe überhaupt zur Wahl mitzubringen, und fordern die Wähler auf, nur die amtliche mit „Magistrat“ unterzeichnete Wahllegitimation resp. eine eigene Legitimation, am besten den Steuerzettel, mitzubringen.

Manneßfeelen. Ein Kandidat der freisinnigen Volkspartei, der sich nicht durch politische oder religiöse Meinungen beeinflussen läßt, wird den Kommunalwählern des 35. Wahlbezirks in der Rosenthaler Vorstadt vom „liberalen“ Wahlkomitee in einem mit dem üblichen Adressalender freisinniger Manneßfeelen unterzeichneten Flugblatt offerirt. Da dem braven Wählermeister auch nicht zugemuthet werden wird, daß er sich etwa gar durch eine wirtschaftliche Meinung, die bei einer Stadtverwaltung unter Umständen entscheidend sein soll, beeinflussen ließe, so sehen wir hier das Ideal von einem Gemeindevorsteher aus dem Lande der Philister, von dem das betr. Flugblatt die hoffnungsvolle Behauptung aufstellt, daß es bestrebt sein wird, „unsere freisinnigen bürgerlichen Rechte nachdrücklich zu behaupten resp. zu ergänzen.“ Wer dann noch nicht an die Qualifikation des Kandidaten glaubt, der wird sicher aber ganz „bass“ sein, wenn er die besondere Anpreisung liest, daß besagte Unschuld „ein Bürger der Rosenthaler Vorstadt“ ist.

Zur Nichtigstellung erhalten wir von den in der Offizin unseres Blattes beschäftigten Stereotypisten die folgende Zuschrift: Einige bürgerliche Blätter brachten dieser Tage eine Notiz, wonach die unterzeichneten Stereotypisten des „Vorwärts“ in den letzten vierzehn Tagen 200 Ueberstunden gemacht haben sollen. Das entspricht nicht der Wahrheit. Wir sind von der Geschäftsleitung engagirt worden zur Herstellung der Platten des „Vorwärts“ und der damit zusammenhängenden Arbeiten, als wie Herstellung der Platten für den Roman-Nachdruck für neu hinzukommende Abonnenten u. s. w., während etwa vorkommende andere Arbeiten nach den hier am Platze üblichen Sätzen besonders bezahlt werden, gleichviel ob dieselben in der laut Arbeitsordnung vorgeschriebenen achtstündigen Arbeitszeit fertig gestellt werden oder nicht. Die Herstellung der Zeitung nimmt im Durchschnitt

nicht mehr als fünf, höchstens sechs Stunden in Anspruch. — von uns während unserer achtstündigen Arbeitszeit geleistete, nicht für die Zeitung bestimmte Arbeit wird uns in Form von Ueberstunden besonders bezahlt. In den letzten vierzehn Tagen sind wir ausnahmsweise einen Tag um den anderen drei Stunden früher gekommen, um eine Arbeit fertig zu stellen, und haben die üblichen Preise hierfür in Stunden umgerechnet aufgeschrieben. Thatsächlich haben wir während der vierzehn Tage an sechs Tagen je drei Stunden länger, also durchschnittlich 9 1/2 Stunden pro Tag einschließlich der Pausen gearbeitet. Wir wünschen nur, daß die Stereotypisten anderer Zeitungsdruckereien dieselben koulanten Arbeitsbedingungen hätten wie wir.

M. Heyne, Th. Meyland, C. Bielefeld.

Mit der neuesten Verleumdung unserer lieben Feinde ist es also wieder einmal nichts.

Ein alter Freiheitskämpfer, der Kaufmann S. Levi, ist, wie wir in der „Volkszeitung“ sehen, dieser Tage gestorben. Levi hat im Kampfe für die bürgerliche Freiheit schwere Tage durchgemacht gehabt. Er war lebhaft an der 1848er Bewegung theilhaftig und galt nachher, als die Kontrerevolution gesiegt hatte, bei den Volksfeinden als ein Mann, an dem man von rechtswegen nach Kräften sein Mißthun fällen müsse. Und Levi ist hart getroffen worden. Im März 1853 wurde er in den Landensdorffschen Hochverraths-Prozess verwickelt, und das Zeugnis eines notorischen Schuftes, des berüchtigten Henze, genügt den Richtern, Levi gleich den andern im Prozeß verwickelten Ehrenmännern auf Jahre ins Zuchthaus zu bringen. Erst beim Regierungsantritt Wilhelm's I. wurde Levi gleich seinen Leidensgefährten durch Amnestie aus der Gefangenschaft befreit. Levi war kein Sozialdemokrat; als aber 1878 das Sozialistengesetz unser Vaterland mit tiefer Schmach befiel, und als der kleine Belagerungsstaat hunderte schuldloser Männer von Weib und Kind riß und sie ins Elend jagte, da war Levi mit rühmendwerthem Eifer thätig, die Noth unter den Opfern des Ausnahmegesetzes zu lindern. Der Theil der Parteigenossen, denen sein Wirken aus dieser Zeit in Erinnerung ist, wird das Andenken des Verstorbenen in Ehren halten. Die Achtung, die Levi auch in bürgerlichen Kreisen genoß, gab sich u. a. darin zu erkennen, daß ihm, dem Zuchthauskaiser, von der Stadt das Amt eines Schöppen übertragen war.

Der Fall Hammerstein auf der Kanzel. Aus Gernsdorf an der Nordbahn berichtet die „Staatsbürger-Zeitung“: „Hier ist man sehr erkaunt über die Art und Weise, in der sich ein Bewerber um die hiesige Predigerstelle am letzten Sonntag eingeführt hat. Am letzten Sonntag predigte ein Bewerber, namens Boller, der zum Erschauen der andächtigen Gemeinde plötzlich in seiner Predigt auf den — Fall Hammerstein zu sprechen kam und diesen in seine Predigt verflocht. Er nannte zwar den Namen nicht, meinte aber, daß ein Mann aus den höheren Kreisen, der im öffentlichen Leben und namentlich im Zeitungsweesen eine große Rolle gespielt, sich schwerer Verbrechen schuldig gemacht habe; zwar sei er entflohen, aber wenn er gefast würde, harre seiner schwere Zuchthausstrafe. Es ist nicht die schlechteste Idee eines Pastors, das Blut und Ende des frummen Bandenführers Hammerstein seinen andächtigen Zuhörern zu Gemüthe zu führen.“

Herr von Hammerhahn und von Lieberstein heißt ein Komplet von B. Strzelowiez, das jetzt auf dem Wege nach Ostpreußen verlagert werden soll. Als wir das Poem gestern lasen, dachten wir zuerst, daß Apoll sich in höchst eigener Person wegen der entsetzlich holperigen Verse beleidigt gefühlt habe; nachträglich wurden wir jedoch dahin aufgeklärt, daß das königlich preussische Kriegsministerium wegen angeblicher Beleidigung des Offiziers gegen den Verfasser und den Verleger Genosse Hofmann Strafantrag gestellt hat. Worin diese Beleidigung liegt, konnten wir nicht entdecken.

Die Gendarmen gegen die Staatskasse. Außergewöhnliche Gendarmen dürfen, der Mittheilung eines Berichterstatters zufolge, die neueste Erscheinung der nächsten Zukunft bilden. Seit Jahren besteht nämlich ein Rechtsstreit derjenigen Gendarmen, welche in den nächsten Vororten Berlins stationirt sind und den Staatsbehörden. Es handelt sich dabei um die Rückzahlung vorgeschuldeter oder zu unrecht empfangener Zengengebühren. Schon früher bestand für alle unmittelbaren Staatsbeamten, welche lediglich auf festes Gehalt angewiesen sind, eine Verfügung, nach welcher derartige Beamte, wenn sie als Zeugen vor Gericht geladen wurden, nur dann Gebühren, Marschkompetenzen u. s. w. erhalten durften, wenn die Entfernung von einem Orte zum anderen mehr als zwei Kilometer betrug. Vor etwa vier Jahren erließ aber der Justizminister eine neue Verfügung bezüglich der Stadt Berlin und Umgebung, dahingehend, daß nur die Entfernung von der Berliner Reichsgränze bis zum Mittelpunkt des Ortes gerechnet würde, in welchem der Beamte stationirt ist, während früher vom Mittelpunkt Berlins, dem Dönhofsplatz aus, gerechnet wurde. Ehe die neue Verfügung zur Ausführung gelangte und richtig interpretirt wurde, hatten die betreffenden Beamten in zahlreichen Fällen Gebühren empfangen, welche später von der Ober-Rechnungskammer beanstandet wurden. Es war z. B. bei der Gebührenberechnung die falschermaßen festgestellte Entfernung zu Grunde gelegt worden, während es in der Verfügung heißt, daß derjenige Weg in Betracht kommen soll, welcher die Staatskasse am wenigsten belastet. Die Entwidlung der Bauhätigkeit an der Peripherie hat aber eine Menge neuer Straßen und Wege geschaffen, welche unter Umständen die Entfernung abkürzen. Z. B. wird im Zuge der Frankfurterchaussee die Ecke der Prospektstraße als Reichsgränze angenommen. Die Dorfkirche gilt als Mittelpunkt des Amtsbereichs Pichtenberg-Friedrichsberg. Die Frankfurter Chaussee entlang beträgt die Entfernung aber 1 Kilometer, die Eidenstraße entlang dagegen weniger als 2 Kilometer. Derartige Verhältnisse finden sich in allen Zonen. Die Ober-Rechnungskammer verlangte daher Rückzahlung der zu viel erhobenen Gebühren, machte aber dabei einen ebenso auffälligen wie befremdlichen Unterschied zwischen der Staatskasse und dem Beutel der Staatsbürger. Die Minderstammung wurde nämlich nur in denjenigen Fällen verlangt, in denen die Kosten des Verfahrens durch richterliches Urtheil der Staatskasse auferlegt worden waren, oder in denen die Kosten-Zwangsbetreibung fruchtlos ausfiel. In denjenigen Fällen dagegen, in denen die Verurtheilten die Kosten bezahlt haben, wird die Rückzahlung nicht beansprucht, mögen die Bürger auch durch die vorchristliche Gebührenhebung geschädigt worden sein. Nun giebt es Beamte, welche mehr als 200 oder gar 300 M. zurückzahlen sollen, wozu dieselben garnicht in der Lage sind. Die Gendarmen haben sich daher an das Brigade-Kommando gewendet und sich darauf berufen, daß sie nur die vom Kommando stipulirten Sätze erhoben hätten. Das Kommando ist aber nicht für seine Beamten eingetreten, sondern hat den Petenten anheim gestellt, daß jeder für sich allein seine Ansprüche bei Gericht geltend machen solle. Dieselben haben sich dem beschwerdeführend an das Amtsgericht, dann an das Landgericht und an das Kammergericht gewandt, wurden aber überall abgewiesen. Zuletzt gingen sie an die Ober-Rechnungskammer. Letztere Behörde verwies die Entscheidung der Sache an den Kammergerichts-Präsidenten, welcher dieselbe dem Straßsenat unterbreitete. Dieser hat die Petenten kürzlich kostenpflichtig abgewiesen. Da nun die Beamten nicht so gestellt sind, um erhebliche Ersparnisse zu machen und aus dem vollen Beutel heraus das Geld zurückzahlen, so wird es — da die Vorbereitungen dazu bereits im vollen Gange sind — demnächst zur Plünderung kommen. Abdann wird man vielleicht einen Ausweg finden, die Streitfrage beizulegen. So?

Die Ueberfüllung der Gemeindeschulen wurde in der Stadtkommission-Sitzung vom 31. Oktober vom Stadtschulrat Bertram wieder einmal bekräftigt. Die Durchschnittsfrequenz sei stetig herabgegangen und stelle sich jetzt auf 52,8 Kinder pro Klasse. Dieser Befund aber der Durchschnitt herab zu sein, den oberen Klassen liegt nämlich die Frequenz erheblich unter, in den unteren ungefähr ebenso weit über dem allgemeinen Durchschnitt. Wie sie sich augenblicklich für die einzelnen Klassen stellt, ist uns nicht bekannt. Aber nach dem letzten bisher veröffentlichten Bericht der Schuldeputation (über 1893/94) war Ende 1893 die Durchschnittsfrequenz aller Gemeinde-Schulklassen 53,8, dagegen die der Klassen I 40,8, II 47,0, III 52,8, IV 56,2, V 59,8, VI 60,4. Schon der allgemeine Durchschnitt 53,8 ist aus pädagogischen und sanitären Gründen sehr bedenklich. Für den Durchschnitt 60,4 der Klassen VI gilt das in noch höherem Maße, und selbst eine Frequenz von 40,8, wie sie die Klassen I aufweisen, ist noch zu hoch. Auf den höheren und mittleren städtischen Lehranstalten hütet man sich denn auch, solche Massen von Kindern in die Klassen hineinzustopfen. Ende 1893 kamen durchschnittlich auf eine Klasse: auf den Gymnasien 31,6 (I), Realgymnasien 38,0, Oberrealschulen 38,5, Realschulen 38,0, höheren Mädchenschulen 46,0. Warum drückt man nicht auch die Gemeindeschul-Frequenz auf die Zahlen herab, die einen volleren Unterrichtsfolg und größeren Schutz gegen die gesundheitlichen Gefahren des Schulbesuchs gewähren? Nun giebt natürlich noch innerhalb jeder Stufe große Abweichungen vom Durchschnitt. Auf den Gemeindeschulen betrug für die Klassen V und VI, wie gesagt, schon der Durchschnitt 59,8 und 60,4 Kinder. Als Maximum ist aber hier 69 gefordert! Ist das eine Ueberfüllung? Doch für den Magistrat sammt der „liberalen“ Stadtkommission-Majorität fängt die Ueberfüllung ja erst an, wenn das festgesetzte Maximum überschritten ist. Wie oft das — notgedrungen, weil zu wenig Räume und Lehrkräfte bereit gestellt werden — geschieht, das läßt sich aus den von Zeit zu Zeit immer wieder auftauchenden Klagen beurtheilen. Der Bertram freilich glaubt nicht, daß so etwas vorkommt. Wie weit bei anderen Lehranstalten das Maximum vom Durchschnitt abweicht, ist aus den Berichten leider nur für Real- und höhere Mädchenschulen zu erfahren. Ende 1893 saßen in den Realschulen nur in 14 von 114 Klassen über 60 Schüler und das Maximum war (in einem Falle) 61. In den Mädchenschulen saßen in 29 von 95 Klassen über 50 Schülerinnen und das Maximum war (ebenfalls in nur einem Falle) 56. Das ist doch erheblich weniger als 69! Warum übrigens die unteren Klassen der Gemeindeschulen stärker besetzt werden als die oberen, das wäre schwer erklärlich — im Interesse des Unterrichts müßte das Umgekehrte geschehen — wenn man sich nicht erinnert, daß kleine Kinder weniger Platz brauchen als große. Es gehen mehr von in die Klasse, also rein mit ihnen! Doch die Frequenz hat ja in den letzten Jahren abgenommen. Herr Bertram sagt, und es stimmt auch: der allgemeine Durchschnitt ist in 1889—93 von 55,4 auf 53,8 gesunken, macht 2 Kinder pro Klasse. Soll das eine „Besserung“ sein? Aber selbst diese unbedeutende Abnahme ist nur zum geringsten Theile das Verdienst der Schulverwaltung; die Sache hat sich vielmehr so gut wie von selber gemacht. Der Rückgang der Geburtenziffer hat den Zugang an Schülern verringert. Merkwürdiger Weise haben aber gerade die untersten Klassen am wenigsten davon profitirt. In 1889—93 ist der Durchschnitt gesunken in den Klassen I von 43,8—40,8, II von 50,0—47,0, III von 55,2—52,8, IV von 57,4—56,2, V von 61,1—59,8, VI von 61,7—60,4. In IV, V, VI ist die „Besserung“ ganz winzig, das Meiste kommt auf I, II, III. Wahrscheinlich hat man in den oberen Klassen die Abnahme des Zuwachses nicht so leicht durch Umschulungen u. dgl. wett machen können, wie in den unteren; denn 600 sechste Klassen lassen sich, wenn sie nicht „hinreichend“ voll werden, leichter durch einander wärfeln, und dann, unter Wegfall einiger „überflüssiger“ geworbener, auf andere Art gruppieren, als das bei 4—600 ersten Klassen möglich ist. Daraus deutet auch der Umstand hin, daß in 1889—93 die Klassen I, II, III um 11,2 pCt., die Klassen IV, V, VI aber nur um 8,4 pCt. zugenommen haben, während die Zahl der Kinder in I, II, III um 4,7 pCt., in IV, V, VI dagegen um 6,3 pCt. zunahm. Verringerung hat sich die Frequenz pro Klasse, aber, wie gesagt, in nennenswerther Weise nur in den oberen Klassen, wo man es nicht hindern konnte. In den unteren, wo das möglich war, hat man einfach in der Vermehrung der Klassen nachgelassen und dann fleißig umgeschult. Gätte wirklich eine allgemeine wesentliche Herabsetzung der Frequenz in der Absicht der Schulverwaltung gelegen, so hätten umgekehrt die unteren Klassen stärker vermehrt werden müssen als die oberen. Das ist nicht geschehen und die Ueberfüllung besteht daher namentlich in den unteren Klassen in der Hauptsache fort zum Schaden der Kinder und der Lehrer. Für die letzteren kommt noch ein besonderer Umstand in Betracht. Die Abneigung der städtischen Behörden gegen Verdrängung der Gemeindeschulfrequenz auf ein verständiges Maß wirkt auf die Lehrerschaft, wie die Weigerung industrieller Unternehmer, die Arbeitszeit in ihren Betrieben zu verkürzen, auf die Arbeiterklasse wirkt. Es werden weniger Lehrer gebraucht, wenn man 60 Kinder statt 30 zu einer Klasse vereinigt, genau so, wie weniger Arbeiter Beschäftigung finden, wenn der Unternehmer zwölf Stunden statt acht arbeiten läßt. Mit einem Wort: die Sache wird billiger! Gewiß, Sparfamelei ist ganz schön, aber sie muß nur an der rechten Stelle geübt werden. Wenn aber durchaus im städtischen Schulwesen nach dem Prinzip, jeden Groschen vor dem Ausgaben dreimal umzudrehen, verfahren werden soll, dann muß man sich doch wundern, daß bei den höheren Schulen wenig davon zu merken ist. Einzuweisen giebt die Stadt für die Kinder der Wohlhabenden, die die höheren Schulen besuchen, immer noch beinahe dreimal so viel Zuschuß, wie für die Kinder der Unbemittelten, die sich mit der Gemeindeschule begnügen müssen.

Zu der Angelegenheit Calamé wird uns aus Königsberg i. Pr. mitgeteilt, daß dieser Mann, der auf so tragische Weise im Leben Schiffbruch gelitten, unter den bürgerlichen Parteigenossen als ein begabter und eifriger Agitator für unsere Sache gegolten hat. Zum Besten derer, die mit Calamé näher in Berührung kamen, stellte sich im Frühling dieses Jahres die bedauerliche Thatsache heraus, daß sein Nervensystem in gefährlicher Weise zerrüttet war und man sah sich daher der traurigen Nothwendigkeit gegenüber, ihn schon um seiner selbstwillen von der Vertretungsstellung, die er innegehabt, zu entfernen. Er war leichtfertig in seinem Lebenswandel und unzuverlässig in Geldangelegenheiten geworden. Ende Mai war Calamé plötzlich aus Königsberg verschwunden; die ihm obliegenden Parteigeschäfte hatte er in größter Unordnung zurückgelassen. Eine Woche nach seiner Abreise tauchte er in Mailand auf, von wo er aber noch einmal wieder nach Königsberg zurückkehrte. Seitdem hat er sich an verschiedenen Orten aufgehalten; in dieser Zeit war er mehrfach in ärztlicher Behandlung, bis er dann vor drei Monaten in Berlin seinen Wohnsitz nahm. Seine Frau, die in zwei Monaten wiederkommt, lebt in Anwesenheit, ein Tochterchen im Alter von anderthalb Jahren ist in Königsberg in Pflege. Für die dortigen Parteigenossen war der Unglückliche, der bekanntlich noch ein zweites Menschenleben in den Tod gezogen hat, schon seit Monaten ein geistig toter Mann; wer ihn näher kennt, sucht sein stillschweigendes Verhalten aus der Krankheit heraus, an der er schwer gelitten haben muß, zu begreifen.

Die Refrutenvereidigung wurde gestern Morgen, nachdem die gewohnten Strafenabsperungen streng durchgeführt waren, unter dem üblichen militärischen Aufwand vollzogen. Ein evangelischer und ein katholischer Pastor hatte die jungen Männer auf die Bedeutung des Treuebundes aufmerksam zu machen, nachdem vorher schon, wie es hieß, die Soldaten in Abendandachten auf die Erfüllung dieses Gegenstandes vorbereitet worden waren. Auch der deutsche Kaiser hielt, gleichwie in den vorhergehenden Jahren eine Rede an die Refruten. Nach seinen Aus-

führungen erreicht es den Mannschaften zur besonderen Ehre, daß sie in das Gardekorps aufgenommen worden sind; als eine besondere Auszeichnung hätten sie es zu betrachten, daß sie oben- drein gerade in diesem Jubiläumjahre berufen seien, dem Kaiser den Treueeid zu leisten. Die Refruten sollen fest nach Innen und nach Außen bleiben. — Nach 12 Uhr hatte die Straßenabsperung ihr Ende erreicht.

In der Aera der „indirekten und direkten“ Majestätsbeleidigungs-Prozesse kann nicht oft genug darauf hingewiesen werden, daß sich ein jeder sorgfältig vor allen leichtfertigen Äußerungen über fürstliche Personen hüten möge. Es ist sehr thöricht, das eigene Wohl und das der Familie auf das Spiel zu setzen, bloß um etwa einen Witz oder eine unwillige Bemerkung von sich geben zu können. Derartige soll man in jeglicher Zeit sorgfältig im stillen Busen bewahren. Als gestern Morgen bei der Ankunft von Personen, deren Ansehen durch den Majestätsbeleidigungs-Paragrafen gewahrt werden soll, der Potsdamer Platz für einige Zeit für Fuhrwerke gesperrt war, wurde auf den angehaltenen Omnibussen und Pferdebahnenwagen so manche thörichte Bemerkung gemacht, so daß der Staatsanwalt alle Hände voll zu thun bekommen hätte, wenn — nun wenn er eben Ohrenzeuge gewesen wäre. Da aber niemand unter solchen Verhältnissen den Charakter seines Nebenmannes erkennen kann, so warnen wir nochmals ausdrücklich davor, wo es auch immer sei, Redewendungen zu gebrauchen, die Demüthigungen Anlaß geben könnten, ihr trauriges Handwerk zu üben.

Übermal ein Opfer unserer herrlichen Weltordnung. Wegen Arbeitslosigkeit hat sich vorgestern Nachmittag der 49-jährige Maurer Karl Roggow, der aus Demmin stammt und in der Rostockerstr. 7 wohnte, erhängt. Hausbewohner fanden ihn auf dem Hausboden an einem Dachbalken hängend auf. Sie riefen einen Arzt herbei, der nach erfolglosen Wiederbelebungsversuchen nur den Tod feststellen konnte. Der Mann hatte bereits längere Zeit keine Arbeit mehr und Bekannten und Hausnachbarn gegenüber schon wiederholt geäußert, daß er sich das Leben nehmen werde.

Bedarf ein Konsumverein einer besonderen polizeilichen Anmeldung? Diese Frage hat das Polizeipräsidium auf eine vom Verein selbstständiger Wäldermeister in Moabit gegen den daselbst domicilirenden Konsumverein „Nordwest“ gerichtete Eingabe, weil der Verein polizeilich nicht genehmigt war, verneint, und folgenden Bescheid an den ersten Vorsteher, Wäldermeister Wolf, gelangen lassen: „Dem Vorstände gereicht auf die Eingabe vom 19. August d. J. ergeht zum Bescheide, daß der hieselbst bestehende Konsumverein „Nordwest“ einer besonderen polizeilichen Genehmigung nicht bedarf, sowie daß ein gesetzlicher Zwang für den genannten Verein, sich den Bestimmungen des Reichsgesetzes vom 1. Mai 1889 betr. die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften zu unterwerfen, nicht besteht. (gez.) v. Windheim.“

Eisenbahnstaus und Bahnsteigsperre. Die von der königlichen Eisenbahnverwaltung jetzt durchgeführte Bahnsteigsperre hat jüngst zu zwei Wetten Veranlassung gegeben, worüber die „Presse“ berichtet: Zwei Reisende waren in lebhafter Unterhaltung über die neue Verkehrsordnung und deren Vortheile und Nachtheile begriffen, verteidigten ihren entgegengesetzten Standpunkt mit Eifer und machten schließlich eine Wette, denn Thatsachen bewiesen. Es handelte sich um das Wagniß, eine Eisenbahnreise von 370 km ohne Fahrkarte auszuführen. Der Anstifter ging als Sieger hervor, denn er löste in K. eine Bahnsteigsperre für 10 Pf. und langte unbedrängt in Berlin an, wo der Ausgang im Andrang der Reisenden nicht genau überwacht wurde. Weniger glatt verlief die zweite Wette, von Breslau bis G. (Oberschlesien), auf eine Fahrkarte für 20 Pf. zu reisen. Auch in diesem Falle blieb der Bätler unentdeckt, meldete sich aber nachträglich, um seine Ehrlichkeit durch Nachzahlung des Fahrpreises an den Tag zu legen. An zehnjähriger Seite fand man aber die „Reisefreiheit“ so wenig zeitgemäß, daß man ihn außerdem um die üblichen 6 M. Strafe erleichterte.

Arbeiterrisiko. Ein Unfall ereignete sich am Donnerstag Vormittag beim Verlegen der Schienen für die elektrische Straßenbahn in der Reichensbergerstr. Der 46-jährige Schlosser Franz Schulz aus der Münchbergerstr. 11 war damit beschäftigt, zwei Schienen mit einander zu verbinden. Dabei fiel eine Schiene ihm auf den Rücken der rechten Hand und quetschte ihn bedauernd. Der Verletzte erhielt einen Verband auf der nächsten Sanitätsstation.

Nach Unterschlagung von 50000 M. ist der Mitinhaber der Firma Lagois u. Seibert, Kaufmann Georg Lagois, Schillerstr. 88 wohnhaft, flüchtig geworden. Lagois, dessen Ehe demnächst geschieden werden sollte, hat sich vor etwa 8 Tagen in Begleitung einer Frauensperson heimlich von hier entfernt, nachdem er sich von den an die Firma eingekassierten Geldern etwa 50000 M. angeeignet hatte. In einem zurückgelassenen Briefe an seine Frau hat er diese von seinem Vorhaben unterrichtet. Sie wisse, heißt es in dem Schreiben, daß er Unterschlagungen begangen habe, und da er voraussetze, daß sie bei ihrer gerichtlichen Vernehmung von dieser Kenntnis gegen ihn Gebrauch machen werde, so ziehe er es vor, sich in Sicherheit zu bringen. Uebrigens habe er für alle Fälle zwei Pistolen bei sich, deren er sich sollte man ihn auf die Spur kommen, bedienen würde. Bisher scheint sich diese Voraussetzung noch nicht erfüllt zu haben; wenigstens ist von einer Entdeckung des Flüchtigen noch keine Mittheilung eingegangen.

Eine unangenehme Ueberraschung wurde, wie ein Bericht- erstatler meldet, dem Gastwirth Bartel in der Straße XII vor dem Landsberger Thor zu theil, als er am vorgestrigen Vormittag von einer Reise zurückkehrend in seiner Wohnung eintraf und dieselbe fast ausgeräumt fand. Mit dem Mobilien war aber auch Frau W. verschwunden, welche, wie der verlassene Gatte alsbald erfuhr, mit einem Stammgast des Restaurants eine „Reise nach außerhalb“ angetreten hatte. Der Schmerz des betrogenen Ehemanns ist um so größer, als mit der besseren Hälfte auch sein ganzes Baarvermögen, ca. 30000 M., abhanden gekommen ist. Da Herr W. das Letztere nicht zu wissen gewillt war, so unterrichtete er die Kriminalpolizei von dem Toppelverlust, der ihn betroffen und schon nach wenigen Stunden stellte die Behörde fest, daß Frau W. den „mitgenommenen“ Gash bereits in Hannover — „versteht“ habe. Der unglückliche Liebhaber, der die Ehre gehabt, die Frau für sich und die Dame seines Herzens vorauslag zu dürfen, ist um eine Erfahrung reicher am gestrigen Abend nach hier zurückgekehrt, der Aufenthalt der Frau W. aber ist bis jetzt noch nicht ermittelt worden.

Reigen gesucht! Passanten, welche am 2. September, nachmittags 3 Uhr, in der Großen Franziskanerstraße, am Strausberger Platz, Zeuge eines Aufrittes zwischen einem Schuhmann und mehreren Zivilpersonen gewesen sind, werden gebeten, ihre Adressen an Franz Julin, Theaterstraße 4, gelangen zu lassen.

Verhaftet wurde ein Berliner Zahlmeister in einem Gasthause zu Wriezen. Wie eine Korrespondenz meldet, war er nach Unterschlagung von 16000 M. vor einigen Tagen flüchtig geworden. Der Verhaftete diente bereits 30 Jahre bei der Armee; durch einen Prozeß, den er gegen seinen Hauswirth geführt hat, soll er sich in Unkosten gestürzt haben, die ihn zu der That verleiteten. Er trug auf seiner Brust noch die Uniform. Einer seiner Söhne besucht die Prima eines hiesigen Gymnasiums.

Herr Zimmermeister Paul Müller, Eslingerstr. 30, theilt uns mit, daß er mit dem Baumunternehmer gleichen Namens, der einem Lokalberichte zufolge an einem Bau die Worte nicht im richtigen Auktand oekalten hat, nicht identisch ist.

An einer Kokainvergiftung ist der Hausdiener Karl Planz aus der Schönkeim'schen Apotheke schwer erkrankt. Planz, der schon längere Zeit kokainüchtig ist, nahm vorgestern Nachmittag wieder eine Einspritzung, die ihn bewusstlos machte. Nachdem ein Arzt ihm Gegenmittel gereicht hatte, erbrach er sich zwar, lebte aber doch nicht zum Bewußtsein zurück. Man mußte daher den Schweikranken mit einer Droschke in ein Krankenhaus bringen.

Polizeibericht. Am 6. d. Mts. wurden vormittags ein Arbeiter auf dem Boden eines Hauses in der Havelbergerstraße und nachmittags ein Maurer auf dem Boden eines Hauses in der Rostockerstraße, sowie ein pensionirter Beamter in seiner Wohnung, in der Lehrterstraße, erhängt vorgefunden. Letzterer hatte sich außerdem die Pulsader an der linken Hand geöffnet. — Auf der Mühlenbammbrücke fiel vormittags ein Kaufmann infolge eines Fehltrittes hin und verletzte sich bedeutend am Kopfe. — In der Langenbeckstraße fiel mittags ein Theil eines Bauzaunes um und traf einen achtjährigen Knaben, welcher einen Bruch des Oberschenkels erlitt. — Im Laufe des Tages fanden zwei unbedeutende Feuer statt.

Witterungsübericht vom 7. November 1895.

Stationen.	Barometer- stand in mm, reduziert auf d. Meeressp.	Windrichtung	Windstärke (Scala 1—12)	Wetter	Temperatur nach Celsius (°C. = 5/9 F.)
Swinemünde	755	WSW	5	halb bedeckt	10
Hamburg	757	WSW	5	wolfig	11
Berlin	758	W	5	heiter	12
Biesbaden	764	SW	3	bedeckt	15
München	768	SW	6	wolfig	14
Wien	764	W	2	Nebel	18
Saparanda	760	NO	2	wolkenlos	-10
Petersburg	752	SO	2	bedeckt	4
Ort	755	S	1	Nebel	10
Aberdeen	750	SW	2	halb bedeckt	8
Paris	765	SWW	3	bedeckt	15

Wetter-Prognose für Freitag, den 8. November 1895.
Etwas kühleres, zeitweise aufklarendes, vorwiegend trübes Wetter mit Regenfällen und frischen westlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Gerichts-Zeitung.

Der fidele Tag im Bankhause Scholl. Der Zusammenbruch des „Bankhauses J. Scholl“, dessen Inhaber, der frühere Weber Joseph Scholl, wegen umfangreicher Betrügereien mit Serienloosen zu längerer Gefängnisstrafe verurtheilt wurde, hatte gestern noch ein kleines gerichtliches Nachspiel vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I. Der Kaufmann Hermann L. d. r., welcher einer der Prokuristen der Firma Scholl war, sollte sich einer Unterschlagung in Höhe von 1200 M. schuldig gemacht haben. Am 21. Januar d. J. kam der Dr. med. Conrad aus Biesenthal nach der in der Friedrichstraße gelegenen Filiale des Scholl'schen Geschäfts. Er wußte nicht, daß sich der Chef des Bankhauses schon seit dem November des vorigen Jahres hinter Schloß und Riegel befand. Dr. Conrad übergab dem Personal 1200 M. in baar und ebenso viel in preussischen Staatspapieren mit dem Auftrage, für die Gesamtsumme italienische Aktien zu kaufen. Es wurde ihm baldige Erledigung versprochen. Als dies nach drei Tagen noch nicht geschehen war, fragte Dr. Conrad telegraphisch an und erhielt auf denselben Wege den Bescheid: Abrechnung erfolgt morgen, die Papiere nach drei Tagen. Inzwischen war die Scholl'sche Filiale am 22. Januar, also am Tage, nachdem Dr. Conrad die Einzahlung gemacht, vom Gerichtsvollzieher wegen rückständiger Miethe geschlossen worden. Das Personal machte sich einen vergnügten Tag, auf Veranlassung des Angeklagten Jeder begab sich sämtliche Prokuristen — es gab deren nicht weniger als vier — sowie die Buchhalter nach einer benachbarten Restauration, wo sie auf Kosten der Firma kumpten. Der Angeklagte Jeder gab jedem dazu einen Vorschuß. Wie der letztere im Termin behauptete, hat er diese Maßregel für zweckmäßig gehalten, weil er hoffte, den Wirth bewegen zu können, das Geschäft wieder öffnen zu lassen. Der Angeklagte wollte in diesem Falle das Personal wieder zur Stelle haben. An demselben Nachmittage wurde das Geschäft auch noch auf einige Stunden geöffnet, um am folgenden Tage definitiv wieder geschlossen zu werden, da über die Firma Scholl der Konkurs verhängt worden war. Einer der Angeklagten, der Buchhalter Seydler, hatte inzwischen den vom Dr. Conrad erteilten Auftrag erledigen wollen und sich deshalb vom Angeklagten die Papiere und das Geld erbitten. Jeder soll ihm nur die Papiere übergeben, das Geld aber zurückbehalten haben mit dem Bemerken, daß er dasselbe noch im Geschäft gebrauchen könne, da die Papiere ja erst nach drei Tagen abgenommen zu werden brauchten. Bei der Kassenevision nach der Eröffnung des Konkurses fanden sich nur 1033 Mark vor, diese verfielen der Masse und Dr. Conrad wurde um 1200 Mark geschädigt, während er für die hinterlegten preussischen Staatspapiere Ersatz in italienischen erhielt. Der Angeklagte gab zu, daß er einen geringen Theil des Conrad'schen Geldes dazu benutzt habe, den Wirth zu befriedigen, es seien aber täglich 300 bis 400 Mark durch die Post eingekommen, so daß er mit Sicherheit habe decken können. Das Geschäft für Dr. Conrad würde auch glatt abgewickelt worden sein, wenn die Konkursveröffnung nicht dazwischen gekommen wäre. Der Staatsanwalt hielt eine Unterschlagung für vorliegend und den Fall so schwer, daß er ein Jahr Gefängnis beantragte.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Chodziejewer, plädierte auf Freisprechung, da das vom Dr. Conrad gezahlte Geld in den Besitz des Bankhauses als Eigentum übergegangen und vom Angeklagten theilweise auch nur zu Geschäftszwecken verausgabt worden war. Der Gerichtshof trat diesen Ausführungen bei und erkannte auf Freisprechung.

Zu dem Prozeß gegen den Bäckermeister Weber, welcher im September d. J. vom Schwurgericht des Landgerichts I wegen verurtheilten Mordes zu fünf Jahren Zuchthaus und Ehrverlust verurtheilt wurde, ist vom Verteidiger Rechtsanwalt Sandberg Revision eingelegt worden. Ein kleiner Zwischenfall während der Verhandlung dient zur Begründung. Der Angeklagte behauptete u. a., daß er das in seiner Behausung vorgeschundene Cyanalkali als Nahrungsmittel gegen Kopfschmerz benutzt habe. Einer der Geschworenen erhob sich darauf und erklärte, daß er als Photograph viel mit Cyanalkali arbeite und versichern könne, daß Nischen an dasselbe eher Kopfschmerz erzeuge als vertreibt. Der Verteidiger beantragte darauf, daß diese Erklärung des Geschworenen zu Protokoll genommen werde, da sie den Charakter eines Gutachtens habe und für einen Geschworenen unzulässig sei. Der Vorsitzende lehnte diesen Antrag ab und hierauf stützt der Verteidiger seine Revision. Seitens des Reichsgerichts scheint der Sache näher getreten werden zu sollen, denn der betreffende Geschworene ist bereits vernommen worden.

Zum Kampf der Gasglühlicht-Gesellschaften. Wir erhalten folgende Meldung: In den gestern verhandelten Nichtigkeitsklagen gegen Auer ist erkannt worden, daß die Auer'schen Patente, und zwar das Hauptpatent und das Thorium-Zufußpatent in dem wesentlichen Punkte Nr. 3 theilweise vernichtet werde. Es ist nach der Meinung des Patentamtes dem Auer

zur eine bestimmte Mischung von gewissen Edelerden geschäft. Diese Mischung wird aber weder von Auer noch von der Konkurrenz jetzt mehr verwendet, vielmehr besteht die Imprägnierung wesentlich aus Thorium. Die Verwendung von Thorium, welches keine Beimischung anderer Erden hat, ist nicht geschäft. Wichtig ist ferner, daß die Auer-Gesellschaft in der Verhandlung erklärt hat, daß sie einen Anspruch auf das Fluid und auf die Imprägnierung nicht erhebe.

Es ist zu vermuten, daß keiner von beiden Theilen sich bei dieser Entscheidung, welche im übrigen die Auer'sche Erfindung nicht monopolisiert, beruhigen wird.

Wie das Reichsgericht den Boykott für strafbar erklärt. Die öffentliche Aufforderung zum Boykott der Gewerbetreibenden eines bestimmten Personenzirkels oder auch nur eines bestimmten Gewerbetreibenden kann, nach einem Urteil des Reichsgerichts, IV. Strafsenats, vom 14. Juni 1895, bekanntlich als die Verübung groben Unfugs bestraft werden. Die Entscheidung hat folgenden Wortlaut: „Versteht man unter dem Boykott eine Art Berufsverleumdung, durch welche das Lokal des zu boykottierenden Gewerbetreibenden für alle diejenigen, welche den Boykott ausführen sollen, gesperrt und dadurch der Gewerbebetrieb beeinträchtigt und der Umfang desselben geschränkt wird, so wird, der Regel nach und von besonderen Ausnahmen abgesehen, in der durch die Veröffentlichung allgemein bekannt gemachten Aufforderung an die Parteigenossen oder an die Arbeiter überhaupt eine Handlung gefunden werden müssen, welche geeignet ist, die von dem Boykott betroffenen Personen zu beunruhigen. Sie wird aber auch nicht allein diese Personen, sondern auch andere Gewerbetreibende in mehr oder weniger weiten Kreisen in Unruhe versetzen, indem sie in ihnen den Glauben hervorruft, daß auch ihnen eine gleiche Beeinträchtigung ihres Gewerbes in Aussicht stehe, sobald sie den Wünschen und Willen der Partei, von deren Angehörigen die Aufforderung zum Boykott ausgeht, entgegenhandeln. Ob diese Erklärung im konkreten Falle geeignet war, diese Wirkung herbeizuführen, ist Sache der tatsächlichen Feststellung. Daß aber die öffentliche Aufforderung zum Boykott an sich, wie mit Rücksicht auf diese ihre Wirkungen als eine gegen die öffentliche Ordnung verstoßende Angelegenheit sich darstellen kann, ist nicht zu bezweifeln, ebenso wenig, daß die durch solche öffentliche Aufforderung verursachte Beunruhigung und die damit verbundene Befähigung der zunächst betroffenen Gewerbetreibenden sich sehr wohl zu unmittelbarer Beunruhigung und Belästigung des Publikums ausgestalten kann. Unter dem Publikum hat man nur den Gegenstand zu den einzelnen Personen und individuell begrenzten Personenzirkeln zu verstehen, und es würde nicht rechtzuträglich sein, die weder ihrer Person noch ihrer Zahl oder ihrem Gewerbebetriebe nach bestimmten Gewerbetreibenden unter den Begriff des gefährdeten und belästigten Publikums zu bringen.“

Im Prozesse Schunz erfolgte am Mittwoch die Vernehmung der Zeugen, unter ihnen auch des Stadtdirektors Traumann, die im wesentlichen sämtlich zu ungunsten des Angeklagten ausfielen. Unter anderem bezeugten Oberverwalter Schmiedes und Buchhalter Körtling, sie hätten nach nochmaliger Prüfung der Bücher festgestellt, daß sämtliche Gebühren für von Dr. Stawitz, dem Vorgänger des Dr. Schunz, gemachte gerichtliche Analysen in die Stadtkasse geflossen seien. Auch der Chemiker Klemm, Assistent an der hiesigen Technischen Hochschule, und Dr. Schneider, jetzt Gewerbeinspektor in Köln, erklärten, unter ihrer (der Zeugen) interimsistischen Leitung des Lebensmittel-Untersuchungsamtes hätten sie alle Gebühren für im Amt vorgenommene Untersuchungen, einschließlich der analytischen gerichtlichen Untersuchungen, an die Stadtkasse abgeführt. Chemiker Lange erzählte: die Aufsichtskommission habe einmal angeordnet, daß sie die Räume des Untersuchungsamtes in Augenschein nehmen wolle. Dr. Schunz habe deshalb den Auftrag erteilt, derartig Dämpfe zu entwickeln, daß die Kommissionenmitglieder es im Untersuchungsamt nicht aushalten sollen. Der Angeklagte bezeichnete diese Behauptung als un wahr. Es habe in den Amtsräumen stets ganz naturgemäß ein schlechter Geruch geherrscht. Der Gestank an jenem Sonnabend Nachmittag, an dem die Aufsichtskommission die Amtsräume betrat, war nicht schlimmer als sonst. Ein günstiges Zeugnis erhält der Angeklagte von dem Bürgerverwalter Winkelmann, der ihn für einen sehr energiegelassen Mann erklärt, der auch seinem Amte vollständig gewachsen war. Der Angeklagte sei ein offener und lauterer Charakter gewesen, der in jeder Beziehung wahrheitsliebend war und jeder Unwahrheit schroff gegenübergetreten sei. Auf die Frage des Präsidenten, was der Zeuge von der Ehescheidungs geschichte des Angeklagten wisse, erwiderte er: Der Angeklagte habe mit seiner Frau oftmals bei ihm verkehrt. Dort hätten sich die Schunz'schen Eheleute derartig benommen, daß er, als er von der Ehescheidung gehört, ganz erstaunt darüber gewesen sei. Donnerstag hofft man mit der Verhandlung zu Ende zu kommen.

Wegen Mißhandlung wurden die Polizeiergeanten Bienen und Schulz aus Ostrow von der dortigen Straßammer zu je vier Monaten Gefängnis verurteilt. Ein hiesiger Bäckermeister aus Maschlow, namens Dombrowski, wurde vor einigen Wochen von den beiden Angeklagten wegen angeblicher Beleidigung verhaftet und auf der Wachtstube von diesen beiden Geseßeshütern derart zugerichtet, daß er längere Zeit im Ostrower Kreis-Krankenhaus zu seiner Wiederherstellung zu bringen mußte.

Verfassungen.

Im fünften Reichstags-Wahlkreis wurde am Mittwoch eine Versammlung der Kommunalwähler bei Wüste, Gensbierstr. 33, abgehalten. Der Saal war so überfüllt, daß noch vor Beginn der Versammlung die Tische entfernt werden mußten. An Stelle des durch andere wichtige Verhandlungen behinderten Genossen Paul Singer hatte der Stadtverordnete Borgmann das Referat übernommen. Er leitete seine wirkungsvolle Rede mit einem Hinweis auf den Vorwärters Sieg ein, der uns ein gutes Vorzeichen zu den Stadtverordneten-Wahlen sein sollte. Die Stadtverordneten-Wahlen hätten sich früher keiner großen Beliebtheit erfreut, weil sie auf Grund eines volksfeindlichen Wahlrechts vor sich gehen, immerhin aber böte es etwas mehr Bewegungsfreiheit als das Landtags-Wahlrecht. Unsere positiven Erfolge im Rothen Hause seien zwar nicht immer sehr bedeutend gewesen, aber viel Schlechteres sei verhindert und schon die bloße Angst vor den „Rothen“ habe einen heilsamen Einfluß ausgeübt. Man habe den Sozialdemokraten häufig — und auch jetzt wieder im Wahllampfe — vorgeworfen, sie vertäten nur einseitige Klasseninteressen; aber diesen Vorwurf könnten sie mit mehr Recht der Majorität der Stadtverordneten-Versammlung zurückgeben, die doch statutenmäßig zur Hälfte aus Hausbesitzern bestehen müsse, jedenfalls also ausgesprochenen Vertretern des bürgerlichen Klasseninteresses. Diese Majorität nenne sich zwar „freisinnig“, aber ihre Handlungen seien eine einzige lange Kette von Verleugnungen freisinniger Grundsätze; zu wirklich weitestgehenden Verbesserungen auf dem kommunalen Gebiete hätten sie selten die Anregung gegeben. Sie trühten sich mit der Behauptung, daß von der Stadt „so viel für die Armen gethan würde“. Die Sozialdemokraten hätten diese Behauptungen stets unterstützt, aber im Grunde wollten sie doch nicht Wohlthaten für Arme geben, sondern die Ursachen der Verarmung der arbeitenden Klassen aufheben. (Beifall.) Auf die Schulfrage eingehend, bemerkte der Redner, daß auch auf diesem Gebiete, trotz des freisinnigen Nühmens, vieles faul sei; er wies darauf hin, daß die Stadt für den Gemeinderath nur 58 M., für den Schuler der höheren Lehranstalten dagegen ca. 200 M. zuzahle; hier läge

eine offensbare Bevorzugung der bestehenden Klasse vor: auf Kosten der Gesamtheit würde den Kindern der Bourgeoisie die an sich ja sehr wünschenswerthe Möglichkeit zu höherer Ausbildung gegeben, die nach unserem Willen allen beschäftigten Kindern, auch den ärmsten, freistehen müsse. Aber dafür sei die Majorität im Rothen Hause nicht zu haben; unsere Forderungen: freie Lieferung der Lehrmittel, Frühstück für arme Kinder, Beseitigung der fliegenden Klassen, Desinnung der höheren Schulen auch für arme Kinder u. s. w. würden immer zurückgewiesen. Aber für andere, nach Meinung weiteßer Volkstheile vollkommen überflüssige Zwecke, da hätte die städtische Verwaltung immer noch Geld übrig gehabt. Nachdem Genosse Borgmann dann noch die Steuerfrage eingehend behandelt und besonders unsere Stellung zur Mieths- und Gewerbesteuer erläutert hatte, wandte er sich zur Kritik der bestehenden Verhältnisse. Hier müsse energisch eingegriffen und der Ausnutzung städtischer Straßen und Anlagen durch einige große kapitalistische Gesellschaften ein Ende bereitet werden. Wenn Gas- und Wasserwerke in Regie der Stadt gediehen, dann könnten es auch die Verkehrsanlagen. Freilich müsse man nicht auf einem Standpunkt stehen wie der bisherige Stadtverordnete des Bezirkes, der gemeint habe, man dürfe den Zehnpfennigtarif auf der Pferdebahn nicht einführen, weil dann die Wagen noch voller würden und man an den Haltestellen noch länger warten müßte! (Schallendes Gelächter.) Ein frischer Geist müsse in die Stadtverwaltung einziehen, und wie hier große Gesichtspunkte nötig seien, so auch bei der Frage der Eingemeindung der Vororte. Der Redner zeigte, wie auch hier die Sozialdemokraten den einzig richtigen Standpunkt einnehmen.

In der Diskussion wies Rosenkhal nochmals auf die Schulverhältnisse hin. Dann suchte ein junger Mann, der sein Alter offenherzig auf neunzehn Jahre angab und sich als Vertreter der freisinnigen Volkspartei einführte, in recht unglücklicher Form die von Borgmann als passabel vernünftig bezeichnete „Volks-Zeitung“ zu desavouieren; es erregte nicht geringe Heiterkeit in der Versammlung, als er behauptete, er träte „nun auch schon 19 Jahre das Berliner Pflaster und kenne demnach die Verhältnisse“. Nachdem Borgmann ihn mit einigen schlagenden Wörtern abgeführt hatte und die Diskussion noch mehrere beachtenswerthe Punkte berührt hatte, nahm der Kandidat des Bezirkes, Genosse Millarg, das Wort, um sein Programm kurz vorzutragen; jedenfalls gedachte er, wenn die Wahl auf ihn falle, es nicht zu machen, wie die Freisinnigen, die sich zwar wählen ließen, aber dann 6 Jahre lang ihren Wählern keine Rechenschaft ablegten. Der Freisinnige Jacoby tabelte in scharfen Worten ebenfalls das Benehmen seiner Parteifreunde und meinte, einem echten Volksvertreter würden die Stimmen aller Wähler zufließen, ob er Sozialdemokrat sei oder nicht. Borgmann stellte demgegenüber nochmals unsere prinzipiellen Anschauungen fest und erklärte, daß es uns nicht um Stimmenlang zu thun sei.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heutige Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Stadtverordneten Borgmann durchweg einverstanden und verspricht, mit aller Energie für die Wahl der sozialdemokratischen Kandidaten zur Stadtverordneten-Versammlung einzutreten.“

Die Delegierten des Fachvereins der Musikinstrumenten-Arbeiter waren am 31. Oktober im Saale von Randenberg, Oranienstr. 180, zahlreich versammelt, um über die Arbeitsniederlegung der Kollegen der Pianofabrik von Steuer u. Comp., Straßburg 52 und über die Unterstufungsfrage bei ferneren Streiks Beschlüsse zu fassen. Wutrow gab den Bericht der Agitations- und Werkstatt-Kontrollkommission, worin er die Erfolge schilderte, die durch die Thätigkeit der beiden Kommissionen schon erreicht worden sind. In mehreren Fabriken sind Lohnforderungen durchgesetzt worden und nur zwei Fabrikanten haben es zum Ausstand kommen lassen, der indes infolge der Einmüthigkeit der Kollegen nur einige Tage dauerte. Die Arbeitsniederlegung in der Pianofabrik von Steuer u. Comp. wurde für gerechtfertigt anerkannt und den beteiligten Kollegen die Unterstufungsfrage des Vereins zugesichert. Wegen der Unterstufungen wurde von sämtlichen Rednern die Gründung eines Streikfonds gefordert, damit derartige kleine Streiks der Organisation geführt werden könnten. Vlossie beauftragte, daß von jetzt ab bis Weihnachten jeder Kollege 50 Pf. zu zahlen habe, wovon alle in den Streik tretenden Kollegen unserer Branche unterstützt werden sollen. Der Antrag wurde gegen 6 Stimmen angenommen. Der Vorredner Dr. Baubill theilte daraufhin mit, daß vom Verein Sammelstellen zum Streikfonds angegeben werden. Diese werden an die Werkstatt-Delegierten nur nach Vorzeigung der Delegiertenkarte verabsolgt. Mit den Listen muß jede Woche abgerechnet werden und sämtliche Kollegen haben darauf zu achten, daß ihnen die Quittung über die abgelieferten Gelder gleich vorgezeigt wird. — Es fehlten die Delegierten der Fabriken von O. Köhler, Aufe, Otto, Hansen, Hoffmann, Neufeld, Kunkmann, Laurinas u. Ko.

In einer Volksversammlung in Weissenhof hatte der Delegierte Schilling aus Weidenau in seinem Bericht über den Breslauer Parteitag bedauert, daß sowohl in dem im „Vorwärts“ erschienenen Parteitag-Bericht wie auch im Parteitag-Protokoll die Begründung seines Antrages, daß Versammlungsreferenten am 1. Mai unentgeltlich zu arbeiten haben, falsch wiedergegeben sei, so daß es den Anschein gewinne, als habe er gegen seinen eigenen Antrag gesprochen. Wenn er auch eine Willkürlichkeit des betreffenden Berichterstatters nicht annehme, so protestire er doch gegen eine solche grobe Fahrlässigkeit. Wir hatten zu diesen Auslassungen bemerkt: „Wenn Schilling's Aeußerungen zu dem Antrage in dem uns aus Breslau zugegangenen Bericht unzutreffend wiedergegeben waren, so hätte er eine Berichtigung einreichen sollen; dann wäre es auch möglich gewesen, die betreffende Stelle im Protokoll zu berichtigen. Den Vorwurf der „groben Fahrlässigkeit“ müssen wir übrigens auch namens unseres Parteitag-Berichterstatters zurückweisen. Die ungebührlich ungenaue Wiedergabe von Reden beruht nur allzu oft auf unklarer Ausdrucksweise der betreffenden Redner selbst. Dann sollten die Genossen doch auch bedenken, daß über die Reden, die nachmittags in Breslau gehalten worden sind, schon am nächsten Morgen im „Vorwärts“ berichtet wurde. Daß da Irrthümer mit unterlaufen können, liegt doch auf der Hand. Statt daß die Genossen nun mit ihren Beschwerden in Versammlungen haften gehen, hätten sie, wie schon angedeutet, vernünftiger gethan, für das Protokoll Berichtigungen einzubringen.“ Zu dieser Bemerkung sandte uns Genosse Schilling eine Berichtigung, die wir hier wörtlich folgen lassen, einerseits, damit er nicht sagen kann, er sei im „Vorwärts“ nicht zu Worte gekommen, andererseits um den Genossen in diesem einen Fall ein Urtheil zu ermöglichen, daß für die meisten der so zahlreichen Klagen über „ungenau Berichterstattung“ zutreffen dürfte. Die Schilling'sche Berichtigung lautet:

„In der Nr. 200 zweite Beilage des „Vorwärts“ vom Mittwoch, den 6. November 1895 befindet sich der Versammlungsbericht betreffs Berichterstattung vom Breslauer Parteitag, der am 2. d. M. in Weissenhof im „Prälaten“ von nachstehendem gegeben wurde. Im zweiten Absatz fünfte Zeile von oben heißt es: „Wenn Schilling's Aeußerungen zu dem Antrage in dem uns aus Breslau zugegangenen Bericht unzutreffend wiedergegeben waren, so hätte er eine Berichtigung einreichen sollen, dann wäre es auch möglich gewesen, die betreffende Stelle im Protokoll zu berichtigen.“ Zur Sache selbst muß ich bemerken, daß nach Fischer's Ausführungen auf dem Parteitag möglich! so viel wie nichts heißt! — Weiter erkläre ich, daß ich nach meinem Tascherhalten nicht mehr in der Lage war, eine Berichtigung mit Erfolg einbringen zu können, wie ich nachstehend zu beweisen glaube. Am

Freitag, den 11. Oktober, nachmittags, kam ich erst zum Worte resp. zur Begründung des Antrages 87. Am Sonnabend, den 12. Oktober, mittags, wurde der Parteitag geschlossen, so daß ich also erst am Sonntag, den 13. Oktober, Gelegenheit hatte, mich von der Wiedergabe meiner Ausführungen im „Vorwärts“ zu informieren; ich nahm sofort Rücksprache mit mehreren Genossen über die Ausführungen des Antrages 87 im „Vorwärts“, und wir wurden uns dahin schlüssig, daß die Einsendung einer Berichtigung keinen Zweck mehr haben könne, erstens weil das Protokoll gar zu gleicher Zeit mit der Zeitung am selben Tage gesetzt wurde, zweitens nahmen wir auch an, daß das Protokoll die Ausführungen richtiger bringen würde, wenigstens ausführlicher als der „Vorwärts“. Außerdem muß ich erklären, daß ich nicht gewillt war, meine Ausführungen erst nachträglich mit der Feder zu machen, wie das von vielen geschehen ist, sondern verlangte das von dem betreffenden Berichterstatter des Parteitag, der dazu beauftragt war. Weiter wird gesagt: „Den Vorwurf der groben Fahrlässigkeit müssen wir übrigens auch namens unseres Parteitag-Berichterstatters zurückweisen.“ Das mag die Redaktion thun, aber die Meinung der Parteigenossen wird sie damit nicht aus der Welt schaffen. Weiter wird gesagt: „Die angebliche ungenaue Wiedergabe von Reden beruht nur allzu oft auf unklarer Ausdrucksweise der betreffenden Redner selbst.“ Daß vorstehendes nicht zutrifft, werde ich sofort beweisen, indem ich meine Ausführungen, die ich auf dem Parteitag über Antrag 87 gemacht habe, hier folgen lasse. Muß jedoch hier noch vorausschicken, bevor ich zum Wort kam, meldete sich Genosse Nebel zur Geschäftsordnung und sagte, der Antrag wäre anzunehmen, aber? — Wie wird's am 1. Mai werden, wenn einer oder der andere sagt, daß er keine Zeit habe? Ich lasse nunmehr die Begründung meinerseits über Antrag 87 folgen, ich sagte: Parteigenossen und Genossen, wenn Genosse Nebel schon auf dem Standpunkte steht, daß die Sache so liegt in unserer Partei, dann selbstverständlich muß ich das bedenken. Weiter sagte ich: Wir wären nicht dazu gekommen, einen derartigen Antrag zu stellen, wenn wir nicht gerade in unserem Kreise die Erhaltung gemacht hätten, daß einzelne Personen daraus suchen ein Geschäft zu machen, daß sie an dem Tage drei und vier Versammlungen abhalten und sich in jeder Versammlung so bezahlen lassen, daß dieses zusammen ein anständiges Wochenlohn ergibt. Wobingegen gar doch der einzelne Arbeiter viel größere Opfer zu bringen hat, indem er an dem Tage seinen Arbeitsverdienst einbüßt und die Sache noch peluniar fördert, also sozusagen doppelt für den Zweck der guten Sache eintritt. Jedoch will ich den Antrag dahin erweitern, daß die betreffenden „Referenten“ am 1. Mai ihre peluniar Auslagen ersetzt erhalten. Aus all diesen angeführten Gründen ersuche ich den Parteitag, unseren Antrag anzunehmen. — Dieses waren meine Ausführungen über den Antrag 87 der Reifezeit und überlasse es nunmehr den Genossen, sich selbst ihr Urtheil über diese lendenlähmende Bertheidigung der Redaktion, die da spricht, daß die Delegierten in den Versammlungen mit ihren Beschwerden haufiren gehen, wo sich die Redaktion vielleicht sehr gut drauf versteht! Was allen Anschein erweckt! Selbst zu bilden und zu urtheilen.“

Zu dieser Erwiderung Schilling's bemerken wir nur, daß das Protokoll über den Parteitag erst zwölf Tage nach Schluß des Parteitages erschienen ist, Schilling also noch vollauf Zeit zur Berichtigung gehabt hätte. Wenn er seine Ausführungen für so wichtig hielt, um aus deren verkürzter Wiedergabe einen schweren Vorwurf herzuleiten, so hatte er selbst die Pflicht, dem „Vorwärts“ eine Berichtigung zuzusenden, die dann selbstverständlich für das Protokoll benutzt worden wäre. Im übrigen bedauert uns seine heutige Zuspätkommen in unserer ursprünglichen Vermuthung, daß seine Ausführungen in Breslau unserem Berichterstatter schwer verständlich waren.

Eingelassene Druckschriften.

Der Sozialdemokrat. Zentral-Organblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Expedition in Berlin SW., Brühlstraße 3). Die Nr. 46 hat folgenden Inhalt: Wochenchau. — Englische Winkerton's. — Aus dem Reich des Jaren. — Die Kämpfer unter der Kommande. — Die Sozialdemokratie und die jüdischen Arbeiter. — Parteinachrichten. — Wie man uns behandelt. — Torkenfälle. Die Petition der Arbeiter an den deutschen Reichstag. — Ueber die Aufhebungspolitik der Sozialdemokraten. — Welcher Name hat die Bewegung Sozial? — Arbeiterorganisationen. — Arbeiterrecht. — Vermischtes. Von der „Neuen Zeit“ (Einzeltag, J. & W. Dieß Verlag) ist soeben das 6. Heft des 14. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Der Septemberkrieg. — Der Breslauer Parteitag und die Taktik in den Landtagen. — Die böhmische Frage. Von Eduard Wolffschäfer. — Die Berliner Agrar-Resolution. Von Eduard David. — Die Breslauer Resolution und ihre Kritik. Von R. Kautsky. — Kollagen. — Freilassung: Ausgehoben. Novelle von Fritz Schallier. Von der Wiener Wochenchrift „Die Zeit“ ist soeben das 37. Heft erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die erste Entscheidung. Von S. — Barthelemy-St. Gilaire und der Krieg von 1870. Von Karl Bind. — Ertrag von Bergbauern an Arbeiter. Von Dr. Julius Ober. — Die neueste Arbeiterbewegung Englands. Von Dr. Joseph Reichel. — Das philosophische Staunen. Von Professor W. Jerusalem. — Neue französische Volk. Von Edmund Wilson. — Gabelsteden. Von Dr. Schallier. — Konrad Dreher. — Drei Reize. Von Otto Julius Bierbaum. — „Gefahr“. — Von Oskar Blumenthal und Paul Lindau. — Künstlerhaas. Von Hermann Vahr. — Die Woche. — Wäcker. — Renne der Reuen. — Das Wäcker der 172. Nacht. Von Hugo von Hofmannsthal.

Vermishtes.

Wie der adelige Theaterintendant den Redakteur und einer bürgerlichen Zeitung herausberuft. Aus Weimar, 8. November, wird der „Frankfurter Zeitung“ berichtet: In den hiesigen „Neuesten Nachrichten“ erzählt der frühere Redakteur der hier erscheinenden Zeitung „Deutschland“, Paul Böhrer, den Hergang seiner plötzlichen Entlassung als Redakteur dieses Blattes. In mehr als einer Beziehung ist diese Darstellung auch für weitere Kreise von Interesse. Böhrer hatte in „Deutschland“ beim Weggang des Kapellmeisters Richard Strauß der Vermuthung Ausdruck gegeben, daß dies vielleicht mit auf die Frau des früheren Intendanten, Ingeborg v. Bronsart, zurückzuführen sei. Der Intendant v. Bronsart schrieb darauf an den Verleger von „Deutschland“, Oberst z. D. Panse, einen Brief, in dem er für die „schwer beleidigte Ehre“ seiner Frau Genugthuung verlangte, die entweder durch Entfernung des Redakteurs Böhrer oder durch einen Angelwechsel zu erfolgen habe. Es erschien auch in der Wohnung des Obersten z. D. Panse, der sich um die Redaktion der Zeitung „Deutschlands“ übrigens gar nicht kümmert, Graf Bothmer als offizieller Kartellträger mit dem Entveder — Ober. Oberst z. D. Panse gab darauf Herrn v. Bronsart das ehrenwörtliche Versprechen, den Redakteur Böhrer zu entlassen, falls er noch etwas gegen Herrn v. Bronsart und seine Leute schrieb. Als Böhrer aus dem Sommerurlaub zurückkehrte, theilte ihm Oberst z. D. Panse mit, daß er ihm kündigen müsse, Böhrer nach einem Zögern mittheilend, daß v. Bronsart (der, wie bekannt nicht mehr Theaterleiter ist) seine Entlassung fordere. Einige Tage darauf drückte Graf Bothmer in einem Schreiben seine Verwunderung aus, daß Böhrer immer noch als verantwortlicher Redakteur zeichne, und kategorisch wurde dessen sofortige Entlassung verlangt. Noch an demselben Tage mußte Böhrer die Redaktion niederlegen. In dem, wie Böhrer sagt, von lobenden Attributen ordentlich wimmelnden Brief, welches Oberst z. D. Panse bei Böhrer's Weggang diesem ausstellte, befindet sich folgende Stelle: „Wir beklagen, daß durch einen Konflikt mit der Zeitung des Hoftheaters Böhrer's Entlassung nöthig wurde.“

Pariser Weltausstellung 1900. Die Garantie für die Errichtung der Gebäulichkeiten der Weltausstellung von 1900 in der Gesamthöhe von 65 Millionen ist nun definitiv gesichert. Die Regierung wird daher demnächst das diesbezügliche Gesamtprojekt, welches die Errichtung zur Ausgabe von Bonds und eine Kreditforderung von 20 Millionen umfaßt, dem Parlament unterbreiten können.

Unferm neuesten Kurs.

Oktober.

1. **Rudolstadt.** In der Berufungsinstantz Genosse Hofmann-Saalfeld wegen Verleumdung eines Hauptmanns 100 M. Geldstrafe.
2. **Chemnitz.** Genosse Hafner wegen Verübung groben Unfugs — Plakat anheften — 20 M. Geldstrafe.
3. **Nürnberg.** Sechs Wochen Gefängnis Genosse Dertel wegen Verleumdung des Magistrats.
4. **Frankfurt a. M.** Wegen groben Unfugs (Boykottaufruf) Genosse Meyer 4 Wochen Haft.
5. **Hildesheim.** Wegen des gleichen Vergehens Genosse Goldstein 100 M. Geldstrafe.
6. **Oberberg.** 15 M. Geldstrafe Genosse Baum wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz.
7. **Stettin.** Von der Anklage der Majestätsbeleidigung Genosse Herbert freigesprochen.
8. **Nürnberg.** 51 Mitglieder des Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins eine Gesamt-Geldstrafe von 271 Mark wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz.
9. **Dalle.** Genosse Zilge wegen Majestätsbeleidigung 5 Monate Gefängnis.
10. **Karlruhe.** Je 15 M. Geldstrafe die Genossen Reinfried, Marx und Schaufelberger wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz.
11. **Frankfurt a. M.** Wegen groben Unfugs, Boykottaufruf, Genosse Schmidt 4 Wochen Haft.
12. **Stettin.** In der Revisionsinstanz Genosse Trompeter wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz 25 M. Geldstrafe.
13. **Altona.** Die Tischler Schütt, Strad und Maas von der Anklage der Majestätsbeleidigung freigesprochen.
14. **Vörring.** Von der gleichen Anklage Genosse Schaur freigesprochen.
15. **Berlin.** Wegen dergleichen Straftat Genosse Roland 6 Monate Gefängnis.
16. **Leipzig.** 3 Monate Gefängnis der ausländische Maurer Keller wegen unbefugten Betretens des Hauses.
17. **Nürnberg.** Genosse Segitz wegen Fälschung des Titels „Arbeiterzeitung“ 30 M. Geldstrafe.
18. **Chemnitz.** Wegen Verleumdung eines Kirchenchors Genosse Bender 50 M. Geldstrafe.
19. **Breslau.** Je 15 M. Geldstrafe die Genossen Zahn und Schütz wegen Veranlassung einer öffentlichen Kollekte.
20. **300 M. Geldstrafe** Genosse Reutrich wegen Verleumdung des Ministeriums.
21. **Dresden.** Genosse Fleißner aus Pirna wegen Verleumdung der Amtshauptmannschaft und des Amtsgerichts in Pirna 6 Monate Gefängnis.
22. **Stade.** Wegen vorzeitiger Veröffentlichung eines Theiles einer Anklageschrift Genosse Kaufmann 15 M. Geldstrafe.
23. **Hamburg.** Genosse Martens wegen Verleumdung in 2 Fällen 35 M. Geldstrafe.
24. **Soran.** 15 M. Geldstrafe Genosse Rüdert wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz.
25. **Leipzig.** Wegen Majestätsbeleidigung Genosse Hendgen 2 Monate Gefängnis.
26. **Dresden.** Genosse Lungwitz aus Pieschen 2 Tage Haft wegen Ungehorsams vor Gericht.
27. **Münsterberg.** Wegen Verleumdung eines Polizeibeamten der Kohgerber Schmidt 6 Wochen Gefängnis. Antrag: 1 Jahr und 14 Tage.
28. **Berlin.** 50 M. Geldstrafe Genosse Stadthagen wegen Verleumdung der Gemeindevorstellung in Friedrichshagen.
29. **Leipzig.** Von der Anklage, den Herrn Seiler in Dessau beleidigt zu haben, Genosse Zilge freigesprochen.
30. **Leipzig.** In der Berufungsinstantz 5 Genossen (Boykottkommission) wegen Verübung groben Unfugs je 20 M. Geldstrafe.
31. **Leipzig.** In der Revisionsinstanz Genosse Diehl in Burgstadt wegen Verleumdung der Amtshauptmannschaft 4 Monate Gefängnis.
32. **In gleicher Instanz** Genosse Breuer-Kiel 3 Wochen Gefängnis wegen Verleumdung der Kanalkommission.

33. **Frankfurt a. M.** Wegen Verleumdung eines Ortsvorstehers Genosse Schmidt 300 M. Geldstrafe.
34. **Stuttgart.** In der Revisionsinstanz Genosse Geiger wegen Verleumdung eines Redakteurs 100 M. Geldstrafe.
35. **Leipzig.** In gleicher Instanz Genosse Zauscher in Stuttgart wegen Gotteslästerung 3 Monate Gefängnis.
36. **Dessau.** Genosse Schwerdtfeger wegen Ministerbeleidigung 100 M. Geldstrafe.
37. **Dresden.** In der Revisionsinstanz Genosse Wehler wegen Verleumdung eines Gendarmen 4 Monate Gefängnis.
38. **Freiburg.** Von der Anklage, groben Unfug verübt zu haben, Genosse Krüger freigesprochen.
39. **Langenbriesen.** Je 30 M. Geldstrafe die Genossen Feldmann und Kühn wegen Veranlassung einer Kollekte, Sammlung für die Familien der Opfer Verurtheilten.
40. **Saalfeld.** Genosse Wagemann wegen Verleumdung des Oberförsters in Sonneberg 15 M. Geldstrafe.
41. **Dresden.** Wegen mehrfacher Verleumdungen Genosse Horn in Böhlen 10 Monate Gefängnis.
42. **Frankfurt a. O.** Genosse Jappenz 2 Monate Gefängnis wegen Verleumdung des Schöffengerichtes in Forst.
43. **Elberfeld.** Wegen Verleumdung von Vorgesetzten des Oeres Genosse Gewehr 4 Monate Gefängnis.
44. **Preusslan.** Genosse Ziske in Briesen 3 Monate Gefängnis wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt.
45. **Offenburg.** 20 M. Geldstrafe Genosse Seyritz aus Hartmann wegen Verleumdung eines Wachtmeisters.
46. **Langenburg.** Wegen Verleumdung des Vorstehers der Stadtgarten-Gesellschaft Genosse Breder 25 M. Geldstrafe.
47. **Breslau.** 4 Monate Gefängnis Genosse Zahn wegen Majestätsbeleidigung. Antrag 9 Monate Gefängnis.
48. **Erfurt.** Genosse Wiche wegen Verleumdung des Staatsministers a. D. Lucius 50 M. Geldstrafe.
49. **Stettin.** Wegen Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen Genosse Mathias 50 M. Geldstrafe.
50. **Bremen.** 4 Monate Gefängnis Genosse Holtmann wegen Verleumdung eines Zeugen. Zehter war der Angeklagte in einem Majestätsbeleidigungs-Prozess.
51. **Düsseldorf.** Genosse Wessel wegen Verleumdung des Oberbürgermeisters 500 M. Geldstrafe.
52. **Leipzig.** 14 Tage Haft Genosse Schicht in Bant wegen Verleumdung eines Gendarmen.
53. **Stuttgart.** Wegen Verleumdung eines Güterbeförderers Genosse Hildenbrand 50 M. Geldstrafe.
54. **Offen.** Der Redakteur der „Vergarbeiter-Zeitung“, Genosse Hue, wegen Verleumdung des Ersten Staatsanwalts 150 M. Geldstrafe.
55. **Kiel.** In der Berufungsinstantz 14 Genossen aus Breeh von der Anklage, an einem nicht genehmigten Aufzug theilgenommen zu haben, freigesprochen.
56. **Königsberg.** Genosse Lorenz wegen Verleumdung des Generalcommandos, 60 M. Geldstrafe.
57. **Dresden.** 7 Monate Gefängnis Genosse Reichert wegen verschiedener Verleumdungen durch die Presse. Erstinstanzliches Urtheil 15 Monate Gefängnis.
58. **Leipzig.** Wegen Majestätsbeleidigung Genosse Weichelt in Burgen 8 Monate Gefängnis.
59. **Dormund.** Genosse Bloch wegen Verleumdung einer Jochenverwaltung 3 Wochen Gefängnis.
60. **Hannover.** 4 Monate Gefängnis Genosse Rauch wegen Majestätsbeleidigung. Antrag: 1 Jahr Gefängnis.
61. **Berlin.** Wegen Aufreizung zum Klassenhass Genosse Rohrlach 6 Monate Gefängnis.
62. **Altona.** Durch Androhung der Sperre wegen Erpressungsverdachts, der Buchbinder Kammann in Hamburg 8 Tage Gefängnis.
63. **Hannover.** Von der Anklage der Majestätsbeleidigung Genosse Thielhorn freigesprochen.
64. **Neustadt a. S.** Wegen Verleumdung eines Kaufmanns Genosse Stein 15 M. Geldstrafe.
65. **Berlin.** Genosse Solbrodt wegen Preßbeleidigung 150 M. Geldstrafe.
66. **Hamburg.** Von der Anklage der Richterbeleidigung Genosse Stempel freigesprochen.

67. **Malug.** Der Tischler Weiler aus Henningen wegen Majestätsbeleidigung 8 Monate Gefängnis.
68. **Langenbriesen.** Wegen Verübung einer unerlaubten Sammlung Genosse Bille 30 M. Geldstrafe.
69. **Kassel.** Genosse John wegen Privatbeleidigung 1 Woche Gefängnis.
70. **Berlin.** 8 bzw. 3 Tage Gefängnis die Genossen Näther und Neumann, wegen Aufforderung zur Arbeitsniederlegung und Verurtheilung.
71. **Wegen Majestätsbeleidigung** Genosse Pund 6, Genosse Dierl 9 und Genosse Kaufmann 12 Monate Gefängnis.
72. **Erfurt.** Von der Anklage, die Staatsanwaltschaft in zwei Fällen beleidigt zu haben, Genosse Viertelars freigesprochen.
73. **Schöft a. M.** Wegen Veranlassung eines nicht erlaubten öffentlichen Aufzugs Genosse Knoop aus Frankfurt a. M. 30 M. Geldstrafe.
74. **Stettin.** Genosse Ohl wegen Verübung groben Unfugs 50 M. Geldstrafe.
75. **Berlin.** Von der Anklage der Aufreizung zum Klassenhass, Genosse Schulze, Königsberg, freigesprochen.
76. **Neumünster.** 50 M. Geldstrafe Genosse Mehrrens wegen Verleumdung zweier Polizeibeamten.

Insgesamt wurde erkannt auf 241 M. Geld- und 10 Jahre und 1 Monat Gefängnisstrafe.

Der Parteivorstand.

Mißstände im Baugewerbe Berlins.

IV.

In den baupolizeilichen Bestimmungen und zwar im § 31 der Bauordnung steht: „Im Innern von Neubauten sind die Balkenlagen eines jeden Geschosses sofort nach ihrer Verlegung auszufüllen, Treppen und sonstige offene Räume aber sicher zu überdecken oder zu umfriedigen.“ Wegen dieses Paragraphen wird auf den meisten Bauten gesündigt, wovon nur einige Beispiele.

In einem Bau waren an verschiedenen Stellen circa 1 bis 2 Quadratmeter große Löcher, die senkrecht durch alle Etagen gingen, weder abgedeckt noch gefüllt. Im Seitenflügel waren die ganzen Leitergänge weggenommen und die freigebliebenen Balkenfelder standen offen und zeigten gähnende Abgründe. Im Vorderhaus desselben Gebäudes war eine 1½ßige Wand liegen geblieben. Die Balken waren an dieser Stelle ca. 70 Zentimeter weit von einander entfernt und durch alle vier Etagen offen. Ein unachtsames Ueberlaufen der Balkenlagen konnte an diesen Stellen den Sturz in die Tiefe zur Folge haben oder durch irgend welche Ursache konnte ein Stein oder sonstiger Gegenstand in den Fall kommen und einem zufällig unter einem derartigen Dach hinweggehenden den Schädel oder das Rückgrat zermettern. Auf einem anderen Bau stellten die Zimmerleute den Dachverband auf. Die letzte Balkenlage war aber so schlecht abgedeckt, daß die Entfernung mancher Bretter von einander 20—25 Zentimeter betrug und deshalb ein Mann leicht hindurch fallen konnte. Eine Etage tiefer waren Maurer mit der Ausführung der Scheidemauern beschäftigt. Wie leicht könnte es da vorkommen, daß ein Stück Werkzeug oder ein Stück des Verbandholzes durch diese ungenügende Balkenabdeckung hindurch fiel. In der dritten Etage hing ein etwa 5 Meter langes Schalbrett, das durch einen Drahtnagel an einem über die Balkenträger gelegten Brett befestigt war und vom Winde hin und her geweht wurde; darunter arbeiteten die Steinträger, ohne irgend eine Schutzvorrichtung über sich zu haben.

Ein allgemeiner Mißstand auf vielen Schwindelbauten, der zum größten Theil auf die Zahlungsunfähigkeit der betreffenden Unternehmer zurückzuführen ist, ist folgender. Man benützt bekanntlich als Unterlage für Feuerstätten Wellblech, das auf der einen Seite in der Mauer und auf der anderen in einem zu diesem Zweck eingelegten Träger ruht. Gewöhnlich ist es bei Verlegung der Balkenlage wegen Zahlungsmangels des Unternehmers noch nicht am Platze. Infolge dessen bleiben oft die 5—6 Meter langen und ca. einen Meter breiten Deckungen 3—4 Etagen übereinander offen stehen, ohne daß ein provisorischer Bretterbelag

führt. Kehren sie nicht bis Montag zu ihrer Pflicht zurück, so soll dem Publikum die Ursache ihres Verfalls dargelegt werden, welche kein Beweis von ewiger Dankbarkeit ist, deren mich die Mehrsten unter ihnen wiederholt versichert haben.

Hamburg, den 20. Okt. 1897. J. E. Schröder.

„Derr Schröder hat sich erlaubt, gegen uns so eben eine Art Anklage vor das Publikum zu bringen; obgleich wir nun völlig von der billigen Denkart und der Gerechtigkeitsliebe des Hamburgerischen Publikums überzeugt sind, so daß es uns nicht auf der einseitigen Anschuldigung des Herrn Schröder als Pflichtvergeßene ansehen wird, so halten wir es doch aus Achtung für dieses Publikum notwendig, hiermit im voraus anzugeben, daß des Herrn Schröder's unregelmäßiges, unerlaubtes und ungerechtes Verfahren gegen uns, in den ersten Tagen, wohl dokumentirt erscheinen soll.“

Hamburg, den 20. Okt. 1897.

Karl Reinhard. Ch. Henriette Reinhard. Karl Braun. Karoline Braun. E. Jaime. J. Krug. Werdy.“ Es geht aus diesen Dokumenten nicht hervor, ob es „Ehrentreue“ waren, welche die sieben Künstler veranlaßt haben, unter dem Siegel des großen Tragöden zu streifen. Auf jeden Fall verdient die Solidarität, welche hier auf weiblicher Seite geübt wurde, Beachtung.

Wenn die Polizei in der Kunst zu bestimmen hat. Herr Emil Reithaler, Direktor des neuen Deutschen Theaters in München, übersendet der „Frankfurter Zeitung“ folgenden Bescheid, der ihm von der Polizeidirektion in Leipzig zugegangen: „Auf Ihr Gesuch vom 15. ds. Mts., betreffend die Aufführung der „Weber“ von Gerhart Hauptmann, haben wir Ihnen folgendes zu eröffnen: Bereits im Mai dieses Jahres hatte Herr Karl Wertmeister, Mitglied des Deutschen Theaters in Berlin, um Genehmigung zur Aufführung dieses Stückes hier gebeten. Der Rath der Stadt Leipzig und das untergeordnete Polizeiamt aber haben durch gemeinschaftlichen Beschluß das Gesuch abgelehnt. Wenn nun auch in dem von Ihnen überreichten Exemplare einige Streichungen vorgenommen worden sind, so können diese doch nur als Regelmäßigungen angesehen werden, so daß nichts geändert ist an dem Inhalt und der Tendenz des Stückes, die auf die Schädigung des Glanzes in den kassierten Farben und auf die Verherrlichung der rohen Gewaltthat gegen die besitzende Klasse und gegen die Staatsorgane gerichtet ist. Wir sind deshalb nicht in der Lage, den früheren, vorher erwähnten Beschluß zu ändern, und können Ihnen die Genehmigung zur Aufführung des Stückes hier nicht erteilen. Leipzig, am 21. Oktober 1895. Das Polizeiamt der Stadt Leipzig. Bretschneider, Polizeidirektor.“

Rath und Polizeiamt der Stadt Leipzig würden konsequent handeln, wenn sie auch die Tramen eines gewissen Schiller auf die Verbrennen ansehen würden, die bei Hauptmann eine Rolle spielen.

Buch der Jugend.*)

Jede Errungenschaft, auf welchem Gebiete es auch immer sei, hat seine Vorarbeiten zu tragen. Es fällt keine Eich auf den ersten Streich, das haben auch diejenigen erfahren, denen eine proletarische Jugendliteratur als Nothwendigkeit erschien. In den letzten Jahren ist im sozialdemokratischen Verlag manch Wüchlein erschienen, das auch die jüngsten Herzen des arbeitenden Volkes mit Massenbewußtsein erfüllen und die gar so unmoralischen Märchen ersetzen sollte. Aber wenn auch manche Gabe darin aus verständigem und wohlmeinendem Herzen gegeben war, so war doch der ganze Versuch bis jetzt als nicht gelungen zu bezeichnen, und die unmoralischen, nicht bearbeiteten Märchen behielten die Oberhand. Wieder naht des Jahres Wende und der Weihnachtsmann, dieser große Zauberer, der ganze Straßen in blinkende Pracht taucht, um verdorrte Herzen zu besiedigen, hat auch für die Kinder des Proletariats eine Gabe in seinem Sack und legt sie zur Prüfung in unsere Hände. Ein schmuddes Buch, auf weißem Papier ein klarer Druck. Auf dem geschmackvollen Umschlag sehen wir ein liebliches Aeschenbrödel, von Laubchen umgeben. Also wieder ein Märchenbuch für die Kleinen, denken wir und fangen an zu lesen. Das erste Märchen: Wer zuerst zornig wird, befremdet sehr. Die Geschichte vom dummen Hans, der die Klugen überlistet, wird hier nicht ohne Humor variirt, aber das ist kein Humor für Kinder, und einige ziemlich geschmacklose Grausamkeiten könnten füglich ganz gestrichen werden. Mit leisem Zweifel lesen wir weiter. Aber unser Interesse und unsere Befriedigung wächst mit der Fülle des Gebotenen. Nicht gern unterbrechen wir die Lektüre, doch als wir einmal wieder das Titelblatt betrachten, hat es sich in unseren Augen verändert. An stelle des kindlichen Aeschenbrödel sehen wir eine ernste Frau, die klagende Kornelia, die ihre heranwachsenden Kinder in die Widersprüche des Lebens einweiht. Sie sagt ihnen auch, daß die Glückseligkeit aller das Endziel des menschlichen Strebens ist, daß wir aber erst am Anfang der Laufbahn stehen, und sie weist die Wege, welche einzuschlagen sind. In diesem Sinne möchte ich das „Buch der Jugend“ gelesen und gewürdigt wissen. Es ist eine werthvolle Gabe, die uns hier geboten wird. Naturwissenschaft und Kunstgeschichte, Kulturbilder und bedeutungsvolle Lebenserinnerungen reihen sich aneinander, Sagen aus allen Ländern sind darin verflochten. Die Tendenz ist immer in das Gewand der rein Menschlichen gekleidet und ist in dieser Gewandung ihrer Einwirkung auf das Gemüth noch sicherer. Das Stoffliche ist gut. Die Form ist schön.

*) Buch der Jugend für die Kinder des Proletariats. Herausgegeben von Emma Adler. Berlin 1895. Buchhandlung des „Vorwärts“. Elegant gebunden 2 M.

Aber die Form ist nicht immer gut gewählt. Sie geht oft weit über das Fassungsvermögen derjenigen hinaus, denen das Buch gewidmet ist: der reiferen Jugend des Proletariats. Sätze wie: „Nant hat diesen Anspruch aus Prinzipien a priori abgeleitet“, oder: „Ein geringer Grad von Zivilisation entfernt die Menschen von der ursprünglichen Moral, und vieler Zivilisation bedarf es, sie wieder zurückzubringen“, zwingen uns in diesem „Buch der Jugend“ zu leiserem Nicken. Und sie stehen nicht vereinzelt. Auch ganze Sätze verlangen zum Verständnis eine recht herangereifte Empfindung, und oft wird sich das verständige lesende Proletariatfind hülfesuchend an Vater und Mutter wenden müssen.

Aber hierin ist eigentlich ein weiterer Vorzug des Buches zu erblicken. Es wird in Proletariatskreisen von Hand zu Hand gehen, denn es bringt vieles und wird daher jedem etwas bringen. Den Erwachsenen die Kultur- und Sittenbilder, die naturwissenschaftlichen Unterweisungen, den Kindern die Märchen, der reiferen Jugend beides. Wir haben also nichts gegen einen über das bestimmte Alter hinausgehenden Inhalt einzunenden, wohl aber gegen eine Form, die dem ungeschulten Geiste nicht zugänglich ist.

Möge die zweite Auflage des Buches, die ja wohl der ersten bald folgen wird, in dieser Hinsicht eine verbesserte sein. Den einfachen, aber doch zu Herzen gehenden Ton haben jedenfalls am besten diejenigen Mitarbeiter getroffen, welche dem Arbeiterstande angehören. Nach ihnen sich zu richten dürfte kein Fehler sein. — Bei den aus allen Ländern gesammelten Märchen vermischen wir mitunter eine gewisse poetische Naivität, die den eigentlichen Reiz des Märchens ausmacht. Auch hörte das häufig vorkommende häßliche Wort „Leiche“. Bei Grimm heißt es: der Wolf ist „tödlich“, die Stiefmutter war „tödtlich“. Das ist etwas Unkörperliches und belastet das kindliche Gemüth nicht.

Alles in allem genommen ist das „Buch der Jugend“ ein großer Schritt weiter auf dem Gebiete der Jugendliteratur, und es ist eine vornehme Gabe, für welche wir der Herausgeberin dankbar sein müssen.

Kunst und Wissenschaft.

Ein Bühnenstreit in der „guten alten Zeit“. Aus Friedrich Ludwig Schröder's Direktionsführung des Hamburger Theaters sind zwei Schriftstücke, welche damals veröffentlicht wurden, auch heute noch von Interesse.

Es ist heute kein Schauspiel; weil, anstatt sich an die Obrigkeit zu wenden, wenn sie eine gerechte Beschwerde gegen mich haben, Herr Krug, Junger Jaime, Herr und Frau Reinhard, Herr Werdy, Herr und Frau Braun sich weigern, zu spielen, und das Vergnügen des Publikums

Hull ist da!!!
Der Mann von Eisen??
wird bald das Tages-
gespräch sein.
Jeden Abend 10 Uhr in
Kaufmann's
Varité - Theater
Lützowstrasse, Kolonnaden.
Vollständig neues
Programm.
Die Berliner Barrisson,
der grossartige Equilibrist Vallo,
der verrückte Musiker Jones,
der dicke Liebling Edl. Blum,
das schöne Modell Miss Luciani,
der Dampfdichter Samson, die
vorzüglich. Gymnastiker Rogino,
kurz und gut, ein Programm, wie
es noch nie da war.

Neuer Circus.
Circus Busch.
(Bahnhof Börsen).
Freitag, den 8. November,
abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Novitäten-Vorstellung.
Zum 1. Male: Brothers Duo, die
lustigen Chinesen. Zum 1. Male: The
three Guitars, Elite-Akrobaten. Zum
1. Male: Der orient. Genghi Mustapha,
als Blumen- und Feuerpferd dressiert
und vorgeführt vom Dir. Busch. Zum
1. Male: Der Matrose im Schiffbruch,
mimische Szene zu Pferd von Mr. Lloyd.
Zum 1. Male: Texas George als Pferde-
kämpfer. Mr. George wird in fünf
Minuten ein besonders böses Pferd
einfangen, fesseln und reiten. 500 M.
Prämie dem, der in gleicher Zeit die-
selbe Leistung ausführt. Der Elefant
als Kapellmeister u. 8 Hengste, dress.
und vorgeführt vom Direktor Busch.
Ein equestrisches Arrangement von
100 Pferden, dressiert und vorgeführt
vom Direktor Busch, von seiner
Konstante erreichbar. Eine
Damen-Schulquadriga, ger. v. 8 Damen.
Conversano II. nach den Regeln der
alten spanischen Schule dressiert und ge-
ritten von Herrn Pottitt - Burghard.
Fauler Zauber, optisch. Genghi, ger. von
Mme. Maria Doré. Hierauf: Baguette-
sprung auf dem engl. Vollblut Vigliant.
Festung des gesamten Personals.
Kulturren sämtlicher Clowns.
Sonabend: Gala-Vorstellung.
Neues Programm.
Sonntag: 2 Vorstellungen. Nachm.
4 Uhr (ermäßigte Preise und 1 Kind
frei) und abends 7 1/2 Uhr.

Neues Klubhaus
72 Kommandanten-Strasse 72.
Sonabend, den 30. November,
7 u. 14. Dezember, sowie Sonntags
noch Gäle frei. 1181b

W. Noack's
Konzert- und Gesellschafts-Säle,
Brunnenstr. 16.
Jeden Sonntag, Montag, Dienstag
und Donnerstag:
Konzert, Theater, Spezialitäten-
Vorstellung.
Eine Stunde Kaiser von Oesterreich!
Distor. Lustspiel in 1 Akt v. Oppenheim
Neptun
oder: Der Verräter in Gips.
Komisches Singspiel in 1 Akt von
R. Kinderer. Musik von Thiele.
Jeden Sonntag, Dienstag u. Donnerstag:
Tanzfränzchen.

Fritz Wilke,
Andreasstr. 20, (8307L*)
(nahe Schles. Bahnhof) empfiehlt sein
Restaurant,
sowie Saal für 200 Personen,
Vereinssaal, Kegelbahn und
Fremden-Logis.
Telephon: Amt VII, Nr. 3459.

Arbeitsanträge **W. Fahr,**
Brunnenstr. 112.
Stempel,
Vereins-Abzeichen,
Thürschilder etc.
H. Guttman, Brunnenstr. 9.
3541L*

Betten - Teilzahlung.
Reichhalt. Bettfedern - Spezialgeschäft,
Weidenstrasse 8 (Jannowitzbrücke).
Jed. Sonnabend Gänge-Ausstellungen
bei Voelz, Breslauerstr. 9. 1195b
Nähmaschine (Singer) 15 M. Bräutigam-
strasse 88, D. R. 1204b
Erfindungs-Reise, Zephyr, Rockwolle
zu Partipreisen sehr Holzmärktstr. 60,
Hof links 1 Tr.

Achtung!
Künstl. Zähne v. 8 M. an, Zehn-
wöchentlich 1 M., wird abgeholt. Zahn-
ziehen, Zahnreihen, Nervendrüsen wa-
schend Gabel, Saugheber Platz 2, Elsfasser-
strasse 12.

Gardinen auch Reste
zu 1-4 Fenstern passend, spottbillig
in der Gardinenfabrik v. Bruno Güther,
Grüner Weg 80, part., Eing. v. Platz

**Sophastoff-
Reste**
in Rips, Damast, Crêpe,
Phantasia, Gobelins und
Plüsch spottbillig!
Proben franko!
in allen Qualitäten zu
Fabrikpreisen.
Läuferstoffe
Emil Lefèvre, Berlin S.,
Oranienstrasse
158.

Möbel-Kaufgelegenheit.
Passendste Gelegenheit für Brautleute.
In meinem größt. Möbelspeicher, Neue
Königstr. 59, I, sollen ca. 300 Wohnungs-
Einrichtungen, verleihten gewesene und
neue Möbel, zu jedem annehmbaren
Preis verkauft werden. Teilzahlung
gestattet. Beamten ohne Anzahlung.
Kleiderständer 12 Mark, Kommoden 8,
Küchenschränke 12, Stühle 2 M. Neue
Aufbaum-Kleiderständer und Vertikows
30 M., Kuchenschrank und Vertikow
35, Bettstellen m. Matratzen 18, Sophas
18, Säulen-Kleiderständer 55 M.,
Truhen m. Säul. 60, Zylinderbureau,
Herrn-Schreibtische, Damen-Schreib-
tische, Schreibstühle 30 M., Plüsch-
garnituren 60 M., Pianosophas
75 M., Steppdecken, Tischdecken, Gar-
dinen, Fenster 5 M. Empfehle allen
Herrschaften, vor Einkauf von Möbeln
mein größtes und billiges Möbelspeicher
zu besichtigen und von den ständigen
billigen, aber festen Preisen sich zu
überzeugen. Gekaufte Möbel können
drei Monate kostenfrei lagern und
werden durch eigene Gespanne trans-
portiert.

**Während des
Umbaus**
stelle ich meine großen
Waarenbestände
bedeutend unter Preis
zum 3674L*

Ausverkauf.
Reste u. zurückgesetzte
Gegenstände sind in der
1. Etage
spottbillig ausgelegt.
Carl Schloss
Warenhaus „Süd-Ost“
22 Wienerstrasse 22,
Grünauerstr. 1, am Gröbiger Bahnhof.

**Kein Fabrikant und
kein Händler**
übernimmt für seine Cognac-Effenz
eine rechtsverbindliche Garantie, welche
die richtige Zusammenfassung des
daraus hergestellten Cognacs gewähr-
leistet. Man hätte sich daher vor an-
geblichen Cognac-Effenzen dunklen Ur-
sprungs und laufe nur Meltinghoff's
Cognac-Effenz, denn der zweifels-
sprechende Aufbau dieser Effenz ist
ausdrücklich verbürgt:
„Ich zahle demjenigen 1000 Mark,
welcher in der von mir bereiteten
Cognac-Effenz, in Flaschen mit meinem
Namenszuge, außer dem notwendigen
Färbemittel Stoffe entdeckt, welche in
echtem Cognac nicht enthalten sind.“
Dr. G. W. Meltinghoff.

!! Teppiche !!
Eine große Partie Teppiche mit kleinen
Farbenflecken in Gormania, Brüssel
und Plüsch zu spottbilligen Preisen.
Größe 138x200 cm = 3,-, 5,-, 8,-, 10,- M.
170x250 „ = 5,-, 11,-, 13,- „
200x300 „ = 8,-, 13,-, 17,- „
in reiner Wolle, das Stück
2,00 M.
Portièren
in allen Farben, reine
Wolle, 160 x 200 cm,
das Stück 3,50 M.
Otto Büchler, Berlin C.,
Königstr. 26, Ecke
Verband-Abteilung D.

Schwarze Straußfedern,
welche echte lange, besondere Spezialität,
sowie loul. Köpfe, Reiter, Phantasie,
Stübe, Blumen, Perlen re. die Hälfte
billiger als überall. Aufseher-Fabrik
D. Lentze, Neu-Cölln 23, I. bei
der Waisenbrücke. Eben dafelbst Waf-
schfedern inkl. Kranzen 25 Pf., nur
Kranzen 10 Pf. 8853L*

Wo kaufen Sie?
eine gute Cigarre? 1176b
Winneböck, Saugheber-Platz 1.

Todes-Anzeige.
Allen Freunden und Bekannten die
traurige Nachricht, daß unsere Tochter
Martha am 3. d. M. nach kurzem,
schwerem Leiden gestorben ist. Die Be-
erdigung findet am 8. d. M., nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichenhalle
des Friedhofs von Heinersdorf aus
statt. Die trauernden Eltern
Carl Meier nebst Frau.

Seiten erschien:
**Friede
auf Erden**
oder:
**Die Ausweisung
am Weihnachts-Abend.**
Soziales Bild in 2 Aufzügen von
Rich. Lipinski.
Preis 40 Pf. (Porto 5 Pf.)
7 Bächer (Rollens) mit Porto 2,50 M.
Katalog gratis. Viele Neuheiten.
A. Hoffmann's Verlag,
Berlin O 27, Blumenstr. 14.
Fernsprecher VII Nr. 8928.

**Hypotheken
Baugelder**
speziell schwierige Fälle, werden prompt
durch Bankbeziehung vermittelt. An-
fragen unter J. R. 9101 Rudolf Mosse,
Berlin SW. M*

Möbel-Gelegenheitskauf
Zum Umzug Oranien-Strasse 73, Hof 1.
günstigste Gelegenheit für Brautleute, Hotels,
Wiederverkäufer. In meinem 8 Etagen großen
Möbelspeicher, alles bill und überflüssig, fein
haben, sollen sofort ca. 200 neue ganze Wohnungs-
Einrichtungen von 100-1000 Mark und darüber
verkauft werden. Speziell empfehle ich die großen
Bettstätten verleihten gewesener zum Teil sehr
wenig benutzter Möbel für jeden annehmbaren
Preis. Teilzahlung gestattet. Kleiderständer,
Sopha 18 Mark, Kommode, Küchenschränke, Wasch-
toilette 18 Mark, Stühle 2 Mark, Vertikows
mit Federmatratze und Kissen 18 Mark,
elegante Aufbaum-Kleiderständer und Küchens-
ständer 30 Mark, Kuchenschrank 40 Mark,
Säulen-Kleiderständer und Vertikows, hoch-
elegante 40 Mark, Truhen mit Stufen 55 Mark,
Plüschgarnituren 60 und 100 Mark, Pianosel-
garnituren, Pianosophas 80 Mark, Kuchens-
garnituren, Chaiselongues, Chaiselochs, Schreib-
tische, Kuchenschrank, Buffet, Schreibstühle,
Tische, Spiegel etc., alles stannend billig, sowie
fertig dekorierte Salons, Speise- und Schlaf-
zimmer. Beschäftigung erbeten ohne Kaufzwang.
Gekaufte Möbel können drei Monate kostenfrei
lagern und eigene Gespanne werden durch
transportiert und aufgestellt. 3109 L*

Bitte lesen Sie!
Da ich große Vollen auf Auktionen
sehr billig gekauft habe, empfehle ich
jedem Genossen, der seinen Bedarf an
Winter-Paletots,
Anzügen, Mänteln, Joppen, einzelnen
Jaquetts, Hosen, Westen, ferner Arbeits-
anzügen billig und gut kaufen will,
mein bekanntes reichhaltiges Lager von
Herren- und Knaben-Garderoben
aller Art zu enorm billigen Preisen.
A. Wergien,
Schneidermeister, 8515L*
127 Skalitzerstrasse 127.
Bestellungen nach Maß werden
gut und billig angefertigt.
Bitte sehr, recht genau an Namen
und Hausnummer zu achten.

Geigen (Stradivarius) mit
Kasten und Bogen,
Stimmstifte etc. 12 Mark.
**Musikische
Concert-
Zichharmonika**
markdurchdrin-
gende Musik.
40 St., Doppelbässe, Stahldecken 4 1/2 M.
40 " " extr. 5 1/2 "
60 " " " groß 7 1/2 "
80 " " " " 9 1/2 "
mit 197 sichtbaren Nickelbeschlagteilen
daran, Musik gleich einer sehr großen
Orgel, 3500L*
versendet einzelne Stück zu Duzend-
preisen
**Caspar Eickmann, Musik-
werke,**
Altena i. Westf.

Sophastoff-Reste
in Bezügen ausreichend
in Phantasia, Rips, Damast,
Crêpe, Gobelins, Moquette
und Plüsch sowie Sattel-
taschen spottbillig.
J. Adler Teppichfabrik,
Spandauerstrasse Nr. 30,
vis-à-vis dem Rathhause.
Hört, hört! für 92 M. liefere feinste Dose
n. Maas-Krausenstr. 14, I

Buchhandlung des „Vorwärts“
Berlin SW., Deuth-Strasse 2.
Seeben ist in neuer Ausgabe erschienen:
Karl Marx vor den Kölner Geschwornen
Mit einem Vorwort von Friedrich Engels.
32 Seiten 8°. Preis 20 pfennig. Porto 3 Pf.
Zum Vorwort stellt Engels in seiner meisterhaften Kürze die Haupt-
ereignisse der 48er Revolution und legt mit schlagenden Hinweisen auf die
jüngste Vergangenheit die Bedeutung der Marx'schen Rede dar, die gegenüber
der heuchlerischen Gefühlsheile der Regierung den revolutionären Standpunkt
unbeugsam vertretet.
Weitere neue Erscheinungen:
Buch der Jugend. Von Emma Adler. eleg. geb. 2,- —, 30
Der „Sozialdemokrat“ rühmt das Buch als den ersten
geglückten Versuch, der proletarischen Jugend ein weis-
nachts-Buch für Geist und Herz zu geben.
Protokoll des Breslauer Parteitag. —, 30 —, 10
— Dasselbe, gebunden —, 50 —, 20
Die Verhandlungen des 4. Part. Programms machen
das Protokoll zu dem bedeutungsvollsten der Partei.
Essener Meinungs-Prozess. 2. Auflage. —, 15 —, 05
Der Essener Urteilspruch, nunmehr vom Reichsgericht
bestätigt, wird immer wieder in den Vordergrund des
öffentlichen Interesses gedrängt, so daß eine Neu-
auflage nötig wurde.
Die Arbeiterin im Kampfe ums Dasein. —, 20 —, 05

Koppenstr. 29, Louis Keller's Festsäle, Koppenstr. 29.
Sonabend, den 9. November:
34. Stiftungsfest
des Gesang-Vereins „Liedesfreiheit I“, Berlin
(Mitglied des A. S. V.) Dirigent: Herr Rudolf Tietz
bestehend in
Gr. Vokal- u. Instrumental-Konzert u. Tanz.
Komische Vorträge, ausgeführt vom Gesangschoristen Herrn Otto Koch.
Für Aufführung gelangt: 65/10
„Ein Wintermärchen“ von Heinrich Heine, mit Orchesterbegleitung.
Entree 25 Pf. Tanz 50 Pf. Anfang 8 Uhr. Ende?

Arbeiter, Parteigenossen!
Die ausgesperrten Schuhmacher Burgen haben hier
Invalidenstrasse Nr. 112, Ecke Chausseestrasse,
eine Verkaufsstelle errichtet und führen nur gute und reelle Waare zu
billigsten Preisen. 3202L*
Wir bitten die Genossen, uns durch reichliche Einkäufe zu unterstützen.
Burger Genossenschafts-Schuhfabrik.

Echt Blandsdorfer Likör,
à Liter 1,20 M., 5 Liter 5,50 M., 10 Liter 10 M.
Echten alten Nordhäuser, à Liter 1,— M., 5 Liter 4,50 M.
Ingber, Getreidekümmer, Wachholder, à 2, 1 M., 5 L. 4,50 M.
Himbeer-, Kirsch-, Johannisbeer-Saft, vorzüglich, à Liter 1,20 M.
Medicin. Ungarwein, beste Qualität, Bitterflasche 2,10 M. 3803L*
empfehlen und senden einzelne Flaschen frei Haus Berlin
Eugen Neumann & Co.,
6a Bellealliance-Platz 8a. 81 Neue Friedrichstrasse 81.
8 Oranienstr. 8. 29 Genthinerstr. 29. Potsdam, Waisenstr. 27.

14. Brunnen-Strasse 14.
Billigste Bezugsquelle
für
Mehl, Mühlenfabrikate, Hülsenfrüchte u. Kolonialwaren
im Spezial-Beischäft **Lust & Co.**
14. Brunnen-Strasse 14.
Berlin N. 1162b
Bei Bestellungen von 3 M. an franco Versand, auch nach den Vor-
orten. Nach ausserhalb fernte Bahnhof Berlin bei freier Verpackung.
Bitte genau auf die Firma u. Nummer zu achten. 14. Brunnen-Str. 14.

R. F. Mittelstädt, Berlin N., Brunnenstr. 152.

Original-Löwenbitter ist aus passenden
Kräutern abdestilliert be-
fördert vorzüglich die Ver-
daulichkeit und regt besonders
den Appetit an.
Im Fl. Mk. 0,60, 1,10, & 1,80.
Im Ansehang und in Flaschen überall zu haben.

Bohrtabak.
Ordnung Auswahl! Billigste Preise
Sämtliche Fabrikations-Artikeln.
Heinrich Franck,
Nr. 185, Brunnenstrasse Nr. 185.
Brockhaus' Meyer's
Getröten, Broch's Thierleben, Welt-
geschichten, Klassiker etc. lauft Anti-
quariat, Kochstr. 55, höchste Preise.
Vereinsszimmer noch einige Tage zu
vergeben. Preis-
lauer Allee 234. Defill. u. Vignol.

4. Wahlkreis (Osten).

Heute, Freitag, ab. 8 1/2 Uhr, bei Fiebig, Gr. Frankfurterstr. 28:
Resultatsverkundigung.

273/7 Das Komitee.

Achtung! Süd-Ost. Achtung!

Heute Freitag, den 8. November,
Abends 8 1/2 Uhr

Große öffentliche Volks-Versammlung

in Heute's Lokal, Rannhuststraße 27.

Verkündigung der Stadtverordnetenwahl-Resultate.

Um zahlreiches Erscheinen, auch der Frauen, ersucht

273/5 Das Komitee.

Achtung! 5. Wahlkreis. Achtung!

Freitag, den 8. November, abends 9 Uhr, im Lokale des Herrn
Buske, Grenadierstr. 33:

Öffentliche Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Verkündigung des Wahlergebnisses sämtlicher Bezirke.

273/4 Das Komitee.

Achtung! Achtung!

Parteigenossen der Schönhauser Vorstadt.

Montag, den 11. November 1895, abends 8 1/2 Uhr,
im Berliner Praetor, Kastanien-Allee 6-9:

Große öffentliche Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die Stellung der Mittelschichten zur gewerkschaftlichen und politischen
Betheiligung. Referent Genosse Otto Schmidt. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Der Einberufer.

Achtung! Moabit. Achtung!

Große öffentliche Volks-Versammlung

am Montag, 11. Nov., abends 8 Uhr, in der Kronenbrauerei,
Alt-Moabit 47/49.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Wilhelm Liebknecht
über: Die Frage gegen die Sozialdemokratie. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

219/6 Der Vertrauensmann.

Öffentliche sozialdemokratische Versammlung

am Sonntag, den 10. November 1895, mittags 1 1/2 Uhr,
im Lokal des Herrn Vowinkel in Rummelsburg, Hauptstr. 83,
für die Ostschichten

Friedrichsberg, Stralau, Rummelsburg-Boxhagen und
Friedrichsfelde.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Genossen Sonnenburg vom Breslauer Parteitag.
2. Diskussion. 3. Bericht des Vertrauensmannes von Rummelsburg und
Neuwahl desselben. 4. Wahl der Lokalkommission. 222/19

Zur Deckung der Unkosten Entree nach Belieben.
Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es durchaus notwendig, zahl-
reich zu erscheinen.

Der Vertrauensmann.

Freie Vereinigung der Bauarbeiter Berlins.

Sonntag, den 10. November 1895, vormittags 10 Uhr, im Lokale
des Herrn Wilke, Andreasstraße 26:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Hoffmann über: „Glaube und Vernunft.“
2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.
Gäste willkommen. Neue Mitglieder werden aufgenommen. 31/7

Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Achtung!

Achtung!

Verein z. Wahrung d. Interessen aller an Holz- u. Kohlenplätzen
beschäftigten Arbeiter und Aufseher Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 10. November, nachmittags 2 1/2 Uhr, bei Böllig,
Hans-Friedrichstraße 44: 42/6

Vereins-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Vereins-
angelegenheiten. 5. Verschiedenes. — Gäste haben freien Zutritt.
Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Deutsch. Schneider- u. Schneiderinnen-Verband

(Filiale Berlin).

Stiftungs-Fest

am Sonntag, 10. November, in der Berliner Ressource,
Kommandantenstr. 57.

Grosses Konzert, ausgeführt von der Hauskapelle unter Leitung des
Musikdirektors Herrn Campi. Gesangsvorträge von einem Quartett
des Gesangsvereins „Typographia“ und des Konzertängers Herrn Max Aschinger.
Deklamatorische Vorträge. Festrede.

Nach dem Konzert: Grosses Tanzkränzchen. Herren, die daran
theilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

Kassensperre 12 Uhr. Eröffnung 5 Uhr. Anfang 6 Uhr.

Billets à 30 Pf. sind zu haben beim Kollegen Rander im Zentral-
Arbeitsnachweis- und Auskunfts-Bureau, Alte Jakobstr. 83, Gartenhalle rechts,
in sämtlichen Zahlstellen, sowie bei den bekannten Kollegen und Kolleginnen.
Die Bevollmächtigten.

Allgemeine Orts-Krankenkasse

(früher Meyer'sche Kasse).
Sonntag, den 10. November, vor-
mittags 10 Uhr, im „Englischen
Garten“, Alexanderstr. 27c:

Versammlung

sämtlicher Mitglieder, welche eine
möglichst freie Arztwahl wieder ein-
geführt wissen wollen.

Tages-Ordnung:

1. Die am 18. Dezember statt-
findende Delegiertenwahl.
2. Diskussion.

Bei der Wichtigkeit der Tages-
ordnung und dem Umstande, daß die
Gegner der freien Arztwahl mit Hoch-
druck arbeiten, um ihre Kandidaten und
somit die bisherige Beamtenwirtschaft
wieder durchzubringen, ist es Pflicht
aller zielbewußten Mitglieder, zu er-
scheinen. Es werden deshalb folgende
Branchen nochmals aufgefordert, in
obiger Versammlung zu erscheinen und
ihre Kandidaten in Vorschlag zu bringen,
wzu auch die Buchnummer des Be-
treffenden sehr erwünscht ist.
Steinseher, Steinmeyer, Rifen-
macher, Färber, Bürsten- u. Pinsel-
macher, Blumen- u. Blätterfabrika-
tion, Pflaster-Arbeiterinnen,
Bilderrahmenmacher.

Zur Deckung der Unkosten findet
Zellersammlung statt. 263/6*

Alle Mann zur Stelle!

Die 13er Kommission.

Mechanikern, Schlossern,
ertheilt Ingenieur billige Unterricht in
Elektrotechnik. Off. B. L. 100. Postamt 24.

Wedding-Kasino, Schulstr. 29.

Todten-Sonntag, sowie mehrere
Sonntage zu vergeben. (1202b
Während d. Sonntage auch freigegeben.)

Arbeitsmarkt.

Achtung, Klavierarbeiter!

Die Kollegen der Pianofabrik von
B. Steuer, Krautstr. 52, haben wegen
Lohnunterschieden die Arbeit niedergelegt.
Die Werkstatt-Kontrollkommission.

Möbelpolierer.

In der Werkstatt von Jerabeck,
Grienerowstr. 3, haben die Kollegen
aufgehört wegen Lohnunterschieden. Bitte
dieses zu beachten. 145/19

Der Vorstand.

Tüchtiger Maurer

mit sauberer Frau für Portier-, Haus-
und Hofreinigungstelle im größeren
Haus u. Fabrikgrundstück. 1. Januar
geplant. Nur Leute mit besten Zeug-
nissen, die gleicher Stelle vorgestanden,
wollen sich Sonntag Vormittag von
9-11 Uhr beim Verwalter Freund,
Mühlenstr. 8, vorstellen. 36732*

Peitschenfabrik

(Rusland), 15 Minut. v. d. Grenze, sucht
tücht. erf. Werkst. Meister m. vergüt.
Offert. an Gutf. Alte Jakobstr. 20. 1.

Durchaus tücht. Werkst. u. Maschinen-
schlosser m. verl. Off. m. Zeugn. Abschr.
u. Lohnanspr. unt. U. S. Postamt 13.

Flaschenbier-Kutscher

tüchtiger, mit Kundschaft, für eine
Weissbier-Brauerei gesucht,
Schönebergstr. 23. 1200b

Vergolder, Farbigmaler und
Verfälscher verlangt D. Glische,
Neu-Weissenhof, Charlottenburgerstr. 108

Gesucht per sofort 1191b

Tüchtige Wollumpen- Sortirerinnen

bei gutem Lohn.
Offerten sub T. H. Exped. d. Bl.

Lehrer und Mädchen auf Piano-
Mechanik werden verlangt
1208b Mariannenstr. 31/32.

Tüchtige Plattenschnitzer finden
dauernde Beschäftigung bei
Kenshow & Markert, Knopfabrik,
Vor dem Stralauer Thor 22.

Klaviaturmacher

für Harmonikas finden
sofort dauernde Stellung bei
Ch. F. Pietschmann & Söhne,
Berlin, Prennestr. 25.

Schneider empf. sich den Familien
f. Reparatur u. neu i. Hause. Denda
bei Buchwald, Hauptstr. 10.

Für die höchsten Löhne liegt
der heutigen Nummer unseres
Blattes die gewürdigte Gewinnliste
der preuss. Lotterie bei.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin).

Bezirks-Versammlungen:

Südosten. Montag, den 11. November, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des
Herrn Rautenberg, Oranienstr. 180.

Tagesordnung: 1. Die wirtschaftliche Lage der Holzarbeiter. Referent
Kollege Wiedemann. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 78/17

Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Drehzähler und Bürstenmacher sind besonders eingeladen.

Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt. Sonntag, 10. November,
vormittags 10 Uhr,

in Mörschel's Salon, Schönhauser Allee 28.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Millarg über: Fortschritt und
Armut. 2. Diskussion. 3. Werkstattangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Alle Möbeltischler des Nordens werden ersucht, pünktlich zu erscheinen,
auch nicht organisierte Kollegen haben Zutritt.

Heute, Freitag, 8. Nov., abends 8 1/2 Uhr, bei Brochuow,
Sebastianstraße 39:

Kombinierte Sitzung

der Ortsverwaltung und der Werkstatt-Kontrollkommission.

Die Zahlstellen des Verbandes befinden sich:

Für den Norden:
Ruppinerstr. 44 bei Raabe.
Treschowstr. 24 bei Schmidt.
Lothringenstr. 67 bei Dieke.
Schwedterstr. 31 bei Lisko.
Müllerstr. 7a bei Glöckner.
Bergstr. 60 bei Hilgenfeld.
Thurmstr. 83 bei Holzbücher.
Birkenstr. 28 bei Bugo.

Für den Osten:
Friedrichsbergerstr. 19 bei Winkelmann.
Blumenstr. 38 bei Wiedemann.
Frankfurter Allee 90 bei Zabel.
Koppenstr. 47 bei Lorenz.
Langestr. 65 bei Tempel.
Landsberger Allee 27a bei Lange.

Für den Westen:
Rannhuststr. 86 bei Streif.
Grünauerstr. 3 bei Golz.
Görlicher- und Sorauerstraßen-Ecke bei
Tolksdorf.
Pückerstr. 55 bei Schilling.
Diefenbachstr. 31 bei Gauls.
Rantaustr. 69 bei Brödenfeld. (Da-
selbst befindet sich auch die Biblio-
thek der Drechsler.)

Für den Süd-Ost:
Guvernstr. 25 bei Erbe.
Ritterstr. 123 bei Stramm.

Für den Süd-West:
Gneisenaustr. 35 bei Rosse.
Gulmstr. 38 bei Raumann.
Welle-Allianzplatz 6 bei Hilscher.

Für Friedrichsberg:
Friedrich-Karlstr. 11 bei Holnicko.

Für Rummelsburg:
Rant- und Türschmidtstraßen-Ecke bei
Schroder.

Jeden Sonnabend: Zahlabend.

Alle Werkstatt-Angelegenheiten sind zu melden bei dem Kol. Wiedemann,
Annenstr. 39, auf dem Arbeitsnachweis, oder an den Vorsitzenden der Werkstatt-
Kontrollkommission, Kollegen Grunert, Rantaustr. 64.

Die Ortsverwaltung.

Stellmacher Berlins!

Sonntag, den 10. November, vormittags 9 1/2 Uhr, in Gröndel's
Festsälen, Grunnenstraße Nr. 185:

Öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Bruno Pörsch über: „Die Bedeutung der
Organisation.“ 2. Abrechnung und Neuwahl der Agitations-Kommission.
3. Werkstattangelegenheiten.

In dieser Versammlung sind die Kollegen aus den Werkstätten von
Boermann, Dittmann und der kgl. Hofwagenfabrik von Ed. Kahlstein eingeladen.
150/6 Die Agitations-Kommission.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin Osten.

Mitglieder-Versammlung

am Sonntag, 9. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Birk, Straußbergerstr. 13.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten, Verschiedenes
und Fragekasten. 114/4

Gäste sehr willkommen.

Um pünktliches Erscheinen ersucht Die Ortsverwaltung.

Die Kollegen werden auf das am 16. November, abends 9 Uhr,
stattfindende Familienfranzögen bei Diez, Weberstr. 17, aufmerksam
gemacht. Billets sind in der Versammlung, in den Zahlstellen und bei
den Vertrauensleuten zu haben.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Rixdorf.

Sonntag, den 10. November, nachmittags 3 Uhr, bei Herrn Kummer,
Berlinerstr. 55:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen F. Hoffmann über: Das Vertrauensmänner-
System. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein mit Cam.
Die Ortsverwaltung.

114/3

Metallarbeiter!

Sonntag, 10. November, vorm. 10 Uhr, im Lokal von Cohn (großer Saal),
Beuthstr. 20:

Versammlung

sämtlicher Vertrauensleute der Metallarbeiter.

Tages-Ordnung:

Fortsetzung der Diskussion über: Der gegenwärtige Stand der Berliner
Metallarbeiterbewegung und unser ferneres Vorgehen.

Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter.
Otto Knothe, N., Anklamerstr. 44.

116/8

Sozialdemokratischer Wahlverein
für Teltow - Beeskow - Charlottenburg.

6. Stiftungs-Fest

Sonabend, den 9. November 1895, im Lokal „Bismarckshöhe“,
Wilmersdorferstrasse No. 39.

Konzert. — Vorträge.

Festrede, gehalten von W. Liebknecht.

Billets zu 30 Pf. sind zu haben bei dem Hilfskassier und bei sämt-
lichen Vorstandsmitgliedern. — Freunde können eingeführt werden.

Anfang 8 Uhr Abends. — Pässe findet nicht statt. 152/4

Der Vorstand.

R. Buske (seefeld) Kaiser Wilhelmstraße 18 M,
2. Eing. Grenadierstraße 33.

Große und kleine Hälte, sowie
mehrere Vereinszimmer
Sonntags zu vergeben.